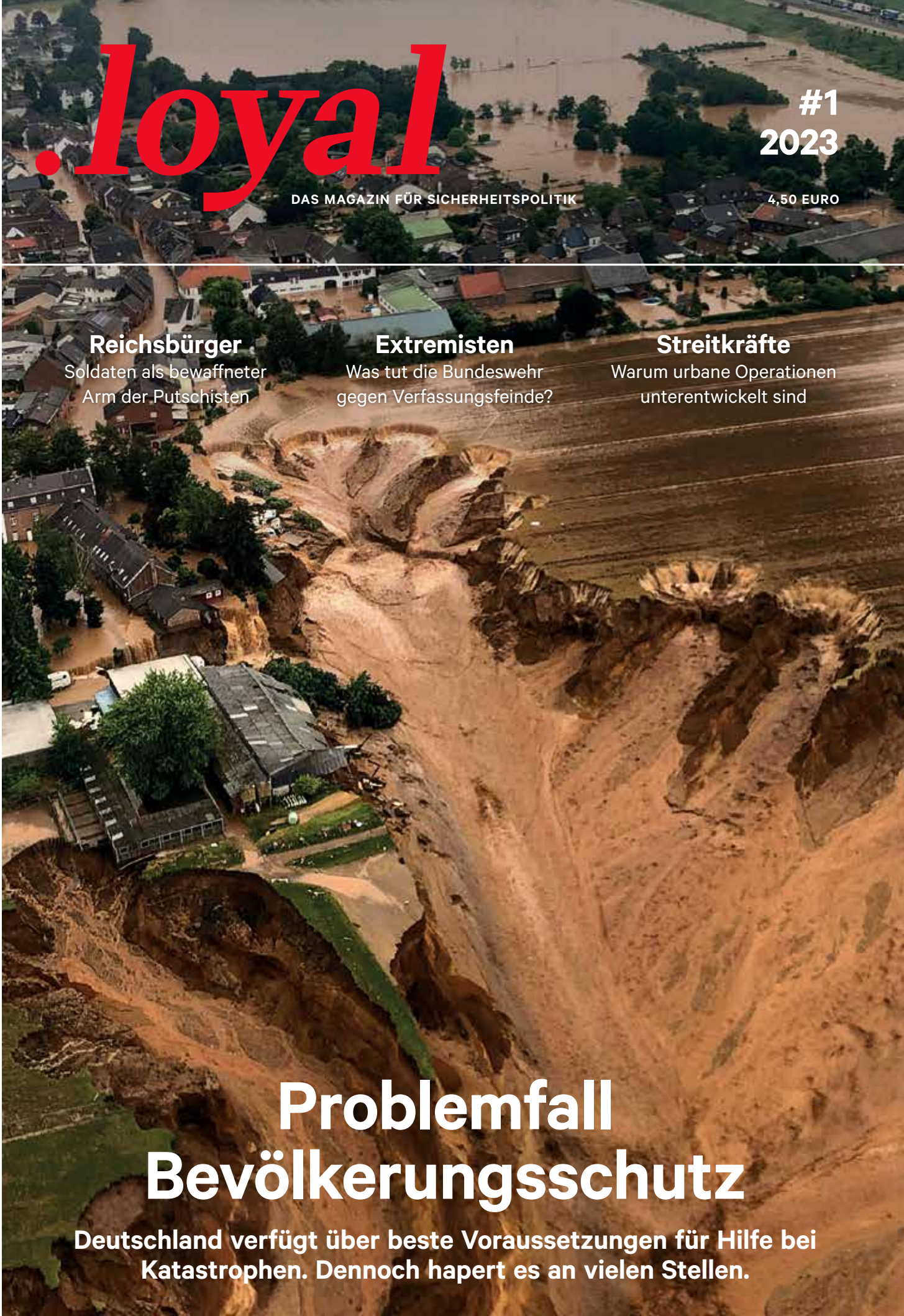
4 190780 150450 1 01

.loyal

DAS MAGAZIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK

#1
2023

4,50 EURO



Reichsbürger
Soldaten als bewaffneter Arm der Putschisten

Extremisten
Was tut die Bundeswehr gegen Verfassungsfeinde?

Streitkräfte
Warum urbane Operationen unterentwickelt sind

Problemfall Bevölkerungsschutz

Deutschland verfügt über beste Voraussetzungen für Hilfe bei Katastrophen. Dennoch hapert es an vielen Stellen.

reservistenverband.de — Wir sind die Reserve

F-35: Die richtige Wahl für Deutschland.

© 2022 Lockheed Martin Corporation

Ohne die Reserve in ihrer Gesamtheit geht es nicht!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine lässt uns aus dem Traum der Friedensdividende erwachen und zeigt uns deutlich, dass Frieden und Sicherheit jeden Tag hart erarbeitet werden müssen. Er zeigt aber auch, dass Resilienz eine ganze Gesellschaft betrifft und dass nur eine ernsthaft durchhaltefähige Gemeinschaft potenzielle Aggressoren abschrecken kann. Gesamtgesellschaftlich müssen wir daher unsere Durchhaltefähigkeit in Deutschland neu aufbauen. So wurde auch der Zivilschutz in Deutschland in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt und wenig beachtet. Die Titelgeschichte im Heft beleuchtet diesen essenziellen Bereich der Krisenvorsorge und zeigt auf, was wir benötigen, um für Krisen künftig besser gewappnet zu sein.

Für eine funktionierende Landes- und Bündnisverteidigung und das Funktionieren der Bundeswehr insgesamt benötigt es eine starke Reserve in Deutschland und dies in allen Facetten. Reserve ist mehr als die Besetzung von Dienstposten im Heimatschutz. Reserve ist mehr als Spiegeldienstposten. Reserve ist mehr als Reservistinnen und Reservisten in Auslandseinsätzen. Reserve ist mehr als unendliches Engagement in der unbeorderten Reserve – sie ist eine Haltung 365 Tage im Jahr! Sie ist auch der Rückhalt einer aktiven Truppe in einer Gesellschaft, die resilient in allen ihren Aufgaben ist. Die Reserve, insbesondere mit ihrem großen ehrenamtlichen Anteil, benötigt daher eine noch größere Aufmerksamkeit. In der Bundeswehr und der Gesellschaft insgesamt müssen wir die Reserve noch zentraler mitdenken. Heimatschutz durch die Reserve im kalten Winter geht eben auch nicht ohne warme Bekleidung, und auf diese möchte die Reserve auch nicht bis 2025 warten. Der Dienst in der Reserve ist nach der Aussetzung der Wehrpflicht freiwillig. Uns allen muss klar sein, dass nur, wenn Reservistinnen und Reservisten für ihren Dienst hinreichend Wertschätzung erfahren und der Dienst zum Schutz der Heimat relevant ist, sie auch kommen werden. All dies sehen wir gerade in der Ukraine.

Deshalb werden wir uns im Jahr 2023 noch stärker als bisher für alle Reservistinnen und Reservisten einsetzen, ob für Beorderte oder Unbeorderte, ob gerade neu in die Grundbeorderung Hinzugekommene oder seit Jahrzehnten engagierte Mitglieder. Der Reservistenverband ist der besonders beauftragte Träger der Reservistenarbeit in Deutschland – und wir betreuen die Reservistinnen und Reservisten ein Leben lang.

Wir können nicht mehr erwarten, dass unsere Sicherheit fast ausschließlich von anderen geleistet wird. Vielmehr erwarten unsere Partner im westlichen Verteidigungsbündnis von uns, und das sollte auch unser eigener Anspruch sein, einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherheit Europas zu leisten. Der Reservistenverband steht einerseits als sicherheitspolitischer Akteur und Gestalter sowie andererseits als Brücke zwischen Bundeswehr und Gesellschaft für den Dialog und die Mitarbeit auch im Jahr 2023 bereit. Schließlich geht es darum, unseren Frieden und unsere Freiheit auch künftig zu schützen. Arbeiten wir alle gemeinsam daran!

Ich wünsche Ihnen ein fröhliches und gesegnetes neues Jahr. Mit kameradschaftlichen Grüßen

PROF. DR. PATRICK SENSBURG, OBERST d.R.,
Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

Titelfoto: picture alliance / AP; Foto: Vincent Mosch / VdRBw

Inhalt #1 2023

Unser Titelbild

Im Juli 2021 riss die Erft eine Schneise der Verwüstung durch Erftstadt. Wegen Starkregens kam es an Ahr und Erft zu bisher nie dagewesenen Überflutungen und Zerstörungen.

TITEL

Bevölkerungsschutz

8 **Drohende Katastrophen**
Deutschland könnte sich gut gegen Katastrophen wappnen. Statt Stärken zu entwickeln, blockiert sich der Föderalismus.

20 **Pflichtdienst nötig?**
Die meisten Akteure im Bevölkerungsschutz wollen keinen Pflichtdienst. Besser kommt eine andere Idee an.

BLICKPUNKT

22 **Waffen an die Ukraine**
Panzer, Haubitzen, Mehrfachraketenwerfer: Was wurde bisher an die Ukraine geliefert und was bringt das?

GESELLSCHAFT

24 **Reichsbürger-Razzia**
Beim geplanten Reichsbürger-Putsch waren an führender Stelle ehemalige und aktive Soldaten mit dabei.

STREITKRÄFTE

28 **Extremisten in Uniform**
Bundeswehrsoldaten hetzen in den Sozialen Medien gegen die Regierung, muslimische und jüdische Soldaten.

36 **Zentrales Schlachtfeld**
Kämpfe finden verstärkt in Städten statt. Doch im Orts- und Häuserkampf muss die Bundeswehr besser werden.

40 **Krise der Inneren Führung?**
Nein, sagt Brigadegeneral Robert Sieger vom Zentrum Innere Führung. Eine Replik auf unsere Titelgeschichte der November-Ausgabe.

FORUM RESERVE

44 **Weisung Reservistenarbeit**
Das sind die nächsten Meilensteine für die Reserve.

46 **Porträt**
Musa Baray kommt aus Afghanistan, ist Reserveoffizier der Bundeswehr und hilft seinen afghanischen Landsleuten.

Aus den Landesgruppen

55 **Bayern**
Auszeichnung für Ersthelfereinsatz: Reservist rettet Verunglücktem das Leben.

5 **IMPRESSUM**

6 **FORUM / GASTKOMMENTAR**

34 **NACHRICHTEN**

Fotos: Maximilian Schulz / Bundeswehr; picture alliance / EPA-EFE; picture alliance / AA

Impressum

LOYAL – DAS MAGAZIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK
erscheint elf Mal jährlich mit ständigem Heftteil *Die Reserve*

HERAUSGEBER
Wolfgang Wehrend
Vizepräsident für Kommunikation und digitale Transformation

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Zeppelinstraße 7 A, 53177 Bonn
Postfach 20 14 64, 53144 Bonn
Telefon 0228 / 2 59 09 - 0, Fax 02 28 / 2 59 09 - 29
www.reservistenverband.de
info@reservistenverband.de

REDAKTION
Dr. André Uzulis (uz), Chefredakteur
Tel. 069 / 75 91 - 23 92
andre.uzulis@fazit.de

Björn Müller (bm), Redakteur
Tel. 069 / 75 91 - 23 95
bjoern.mueller@fazit.de

Dr. Julia Egleder (je), Redakteurin
Tel. 069 / 75 91 - 30 39
julia.egleder@fazit.de

GESTALTUNG & LAYOUT / ARTDIREKTION
Ruwen Kopp

ANSCHRIFT DES VERLAGS
Fazit Communication GmbH
Pariser Str. 1, 60486 Frankfurt am Main
Fax 069 / 75 91 - 26 73
Geschäftsführung: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

VERTRIEB & ABOVERWALTUNG
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon 089 / 8 58 53-832, Fax 089 / 8 58 53-68 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de
ISSN 0343-0103 7805

BEZUGSPREIS
Das Jahresabonnement umfasst elf Ausgaben und kostet im Inland 45 Euro (inklusive MwSt. und Versand). Es verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird. Die Abonnementpreise sind fest gebundene Ladenpreise.

ANZEIGENVERKAUF
Jürgen Vehling (verantwortlich)
Reservisten Service GmbH
Zeppelinstraße 7a, 53177 Bonn
Telefon 0172 / 6 27 64 19
E-Mail: RSG@reservistenverband.de
www.reservisten-service.de

ANZEIGENVERWALTUNG & DISPOSITION
Fazit Communication GmbH,
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon 089 / 8 58 53-836, Fax 089 / 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

DRUCK
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Rezensionen kann keine Haftung übernommen werden. Die mit Namen oder Verfasserzeichen versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion, des Verbands oder des Verlags. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

AUFLAGE DIESER AUSGABE
125.350

VERBANDSKOMMUNIKATION
Nadja Klöpping (Leitung), Telefon 0228 / 2 59 09-20
zgl. Ansprechpartner für *loyal*

DIE RESERVE
REDAKTIONELLE LEITUNG
Benjamin Vorhölter

REDAKTION
Nadja Klöpping, Sören Peters, Julian Hückelheim, Florian Rode, Julia Spieß (Praktikantin)

GESTALTUNG & LAYOUT
Julia Spieß, Benjamin Vorhölter, Gina Patan

REDAKTIONSANSCHRIFT
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn
Telefon 0228 / 2 59 09-20, Fax 0228 / 2 59 09-29
presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR FORUM RESERVE
Benjamin Vorhölter
c/o Reservistenverband, Bundesgeschäftsstelle
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn
Telefon 0228 / 2 59 09-26, Fax 0228 / 2 59 09-29
b.vorhoelter@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG
Johann Michael Bruhn, Lembergerweg 23
74392 Freudental, Telefon 07143 / 88 10 26
baden-wuerttemberg.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BAYERN
Harald Emmerling, Landesgeschäftsstelle Bayern,
Postfach 1264-RES, 82242 Fürstenfeldbruck,
Mobil 0172 / 8 10 33 47, bayern@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BERLIN
Dr. Sebastian Söllner, Landesgeschäftsstelle Berlin,
Kurt-Schumacher-Damm 41, 13405 Berlin,
Telefon 030 / 49 81 30 23, berlin@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BRANDENBURG
Ronald Nitschke, Paul-Wegener-Straße 7
14480 Potsdam, Mobil 0170 / 6 97 47 77
brandenburg.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR BREMEN
Hinnerk Brüning, Falkenberger Landstraße 95 b
28865 Lilienthal, Mobil 0160 / 99 22 70 25
bruening_falkenberg@yahoo.de

VERANTWORTLICH FÜR HAMBURG
Karsten Bebensee, Hoogezand-Sappemeer-Ring 37
21502 Geesthacht, Mobil 0177 / 7 59 89 01
hamburg.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR HESSEN
Prof. Dr. phil. h.c. Michael Ruiss,
Meisengasse 28, 60313 Frankfurt am Main,
Telefon 069 / 97 67 18 82, Mobil 0163 / 6 00 50 00
hessen.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN
Peter Schur, Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-Vorpommern, Werder-Kaserne, Walther-Rathenau-Straße 2a, 19055 Schwerin, Telefon 0385 / 55 52 67
schur-schwerin@t-online.de

VERANTWORTLICH FÜR NIEDERSACHSEN
Alfred Claußen, Ziegelweg 6
26188 Edewecht-Friedrichsfehn
Mobil 0160 / 98 03 68 64
AlfredClaussen@ReserveNiedersachsen.de

VERANTWORTLICH FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN
Daniel Rasch, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen, Vogelsanger Weg 80, Green Office,
40470 Düsseldorf, Telefon 0211 / 5150 880
nordrhein-westfalen@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR RHEINLAND-PFALZ
Michael Sauer, Landesgeschäftsstelle Rheinl.-Pfalz
Kurmainz-Kaserne, Postfach 4369, 55033 Mainz,
Mobil 0160 / 96 65 65 66
E-Mail: michael.e.sauer@t-online.de

VERANTWORTLICH FÜR DAS SAARLAND
Werner Theis, Landesgeschäftsstelle Saarland
Dillinger Straße 7, 66822 Lebach
Telefon: 06881 / 5 23 78
E-Mail: wernertheis60@t-online.de

VERANTWORTLICH FÜR SACHSEN
Michael Reinwaldt, Landesgeschäftsstelle Sachsen
August-Bebel-Straße 19, Gebäude 019
01219 Dresden, Mobil 0174 / 9 06 63 97
reinwaldt@reservistenverband-sachsen.de

VERANTWORTLICH FÜR SACHSEN-ANHALT
Tobias Krull, Schillerstraße 45, 39108 Magdeburg
Mobil 0172 / 3 21 02 80, Fax 0391 / 5 40 27 80
sachsen-anhalt.presse@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN
Landesgeschäftsstelle Schleswig-Holstein
Ilke Just, Telefon 0431 / 23 93 55 03
i.just@reservistenverband.de

VERANTWORTLICH FÜR THÜRINGEN
Jörg Heise, Unter der Mühle 230
99100 Bienstädt, Mobil 0173 / 3 71 70 47
thueringen.presse@reservistenverband.de

Briefe an die Redaktion

Zu: „Schlachtfeld Hohe See“, *loyal* 12/2022

Actium und Lepanto gehören dazu

Mit Interesse habe ich den Artikel gelesen. Die Seeschlachten von Actium und Lepanto gehören meines Erachtens dazu. Wären sie anders verlaufen, hätte es den Okzident, wie er heute ist, nicht gegeben. Das Orientalische hätte dominiert.

Claus Wedemeyer, StBtsm a.D.

Zu: „Die Trump-Dämmerung“, *loyal* 12/2022

Trump-Phobie

Das Wahlergebnis der Republikaner könne nicht als Entwarnung gelten, heißt es in dem Artikel. Entwarnung für was? Für eine US-Regierung, die sich nicht in alle Angelegenheiten der Welt einmischt? Kommt in Deutschland schon wieder Trump-Phobie auf?

Frank Wies, Funker d.R.

Zu: „Geschönte Meldeketten“, *loyal* 11/2022

Ein Hohn

An sich ist es richtig, von Bürgern, insbesondere Soldaten, Mut zur Wahrheit einzufordern. Solchen Mut als Lösung vorgetragen zu bekommen, erscheint jedoch als Hohn, nachdem in den letzten zwei Jahren Kritiker und andere Abweichler systematisch fertiggemacht wurden. Wenn Konformismus und Autoritätshörigkeit bestimmende Merkmale der Bundesrepublik geworden sind, ist es nicht verwunderlich, diese auch bei der Bundeswehr anzutreffen. Militär ist eben Teil des Landes, und so hat Deutschland genau die Armee, die es verdient.

Maximilian Blech, OStGefr. d.R., Berlin

Kritik in der Sache ist richtig

Der Artikel und die Interviews fand ich sehr interessant. Es ist richtig, Kritik in der Sache zu üben und nicht Personen anzugehen. Aber es ist auch ein Fehler, wenn man als Autorin Negativbeispiele von Kameraden aufnimmt, die ihr Geschlecht und ihre sexuellen Vorlieben in den Vordergrund stellen, um sich darzustellen und sich im Nachhinein auf Diskriminierung zu berufen.

Dominik Balthasar

Zu: „Wo sind die Scharnhorsts?“, *loyal* 12/2022

Qualifikationen aberkannt

Wo soll speziell in den neuen Bundesländern dieses starke, aus Reservisten bestehende Territorialheer herkommen? Den am 3. Oktober 1990 vorhandenen Reservisten der NVA hat man mit dem Einigungsvertrag ihre militärischen Qualifikationen aberkannt. Gleiches galt für Bundeswehrsoldaten des Dienstverhältnisses Weiterverwender im Moment der Entlassung aus dem aktiven Dienst. Man müsste jetzt wenigstens die letzten 15 sehr starken Jahrgänge unter 65 den ordentlichen Bundeswehr-Reservisten gleichstellen, was der mit „kindlich anmutender Naivität“ agierende Bundestag niemals tun wird.

Tilo Stock, ehemaliger Oberleutnant in NVA und Bundeswehr

Scharnhorst wäre heute chancenlos

Glückwunsch zu der *loyal*-Ausgabe, die einmal mehr ein Lesevergnügen war. Diesmal lohnte sich auch die Kombination der Artikel von Julius Braun, wir bräuchten einen neuen Scharnhorst, und von Natascha Zowislo-Grünewald über die Blindheit der Eliten. Ich befürchte, ein Offizier Marke Scharnhorst hätte in unserer politischen Gegenwart keine Chance, solange Political Correctness, Gendern oder das Festhalten am Bürokratismus wichtiger sind als Landes- und Bündnisverteidigung.

Thomas Gerlach, Bad Hersfeld

Zu: „Die Blindheit der Eliten“, *loyal* 12/2022

Mehr sachliche Informationen

Wir brauchen, gerade im Kontext der Außen- und Sicherheitspolitik, nicht mehr populistische Ideologie und Schimpfen über die „Eliten“ da oben, sondern mehr sachliche und differenzierte Informationen darüber, wie schwierig und komplex die Probleme national wie international sind, die wir alle gemeinsam als Gesellschaft zu lösen haben.

Prof. Dr. Stefan Siegel, Oberstarzt d.R., Berlin

Die Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Von den Zuschriften, die uns zu jedem Heft erreichen, können wir nur einen Teil veröffentlichen – in Print wie in den Sozialen Medien. Dabei ist es nicht entscheidend, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Ihre Meinung zu unseren Themen ist uns wichtig. Wünsche, Anregungen und Meinungsäußerungen senden Sie bitte an: **loyal-magazin@fazit.de**

„Quick Wins sind nötig“

Zwar ist das 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr tatsächlich ein Befreiungsschlag, meint Hans-Peter Bartels. Aber damit tatsächlich mehr neues Gerät bei der Truppe ankommt, braucht es mehr: schnelle Bestellungen bei der Industrie zum Beispiel.

Hans-Peter Bartels

Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, zuvor Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages von 2015–2020

Dass nichts, was wirklich wichtig ist, an mangelnden Haushaltsmitteln scheitern muss, haben wir in den Krisen der letzten Jahre gelernt. Geld ist da. In der Ukrainekriegs-Krise scheint jetzt plötzlich auch das Geld vorhanden zu sein, das die Bundeswehr seit Jahren schon gebraucht hätte, um ihre Bündnisverpflichtungen mit einsatzbereiten, modernen Streitkräften voll erfüllen zu können. 100 Milliarden Euro extra sind ein Befreiungsschlag, um, wie der Bundeskanzler es vorgibt, zur stärksten konventionellen Armee in der Mitte Europas zu werden.

Aber die Milliarden aus dem Sonderfonds sind tatsächlich nicht so zusätzlich, wie es auf den ersten Blick aussieht. Sie müssen zunächst einmal Löcher im regulären Haushalt stopfen. Denn trotz Rekordinflation ist das Verteidigungsbudget bei 50 Milliarden Euro eingefroren, keine Steigerung im beschlossenen Etat für 2023, keine Wachstumsperspektive in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung. Aber Gehälter und Betriebskosten explodieren. Vom Zwei-Prozent-Ziel bleibt Deutschland auch nächstes Jahr (mit vielleicht 1,6 oder 1,7 Prozent vom BIP) weiterhin weit entfernt, die geplanten Zuflüsse aus dem Sondervermögen schon eingerechnet.

Trotzdem steht politisch gewollt wirklich mehr Geld zur Verfügung. Nach der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, in der er das Sondervermögen ankündigte, hätte deshalb im Verteidigungsministerium unverzüglich ein Programm zur Ausgabenbeschleunigung entwickelt werden müssen.

Je schneller das Extrageld, sobald der Bundestag es im Juni bewilligt hatte, abgeflossen wäre, desto größer wäre die Kaufkraft gewesen – und desto größer die Chance, in der plötzlich von Sofortbestellungen aus aller Welt bedrängten Rüstungsindustrie halbwegs zeitige Liefertermine zu bekommen. Die deutsche Industrie bot an. Und wartet, wie man hört, bis heute. Produktionsslots für Munition blieben ungenutzt. Nahezu nichts, was an die Ukraine abgegeben wurde, ist schon nachbestellt. Die ersten aus dem Sondervermögen finanzierten Großaufträge werden jetzt wohl Beschaffungen über die amerikanische Regierung sein.

Das Management der Zeitenwende für die Bundeswehr steht öffentlich extrem in der Kritik. „Quick Wins“ wären nötig. Mit mehr Geld mehr zu beschaffen und das schnell, das sollte eigentlich kein Zauberwerk sein. Also: Auf auf, im geschlossenen Sprung! Befreit das Beschaffungswesen von seinen Fesseln! Und dann heißt es, für die zwei Prozent zu kämpfen. ■

Illustrationen: Stefan Bachmann

TITEL
TITEL

KATASTROPHEN VORAUS

Deutschland verfügt beim Bevölkerungsschutz über beste Ressourcen. Doch für die anstehenden Gefahren ist das Land schlecht aufgestellt. Eine Weiterentwicklung fällt schwer.

Die durch Starkregen angeschwollene Erft fräste sich im Sommer 2021 durch die Kleinstadt Erftstadt und hinterließ eine Schneise der Verwüstung.

Soldaten eines Panzerpionierbataillons der Bundeswehr unterstützen mit ihrem Pionierpanzer Dachs beim Hochwassereinsatz 2021 im Ahrtal.

VON BJÖRN MÜLLER

Deutschlands Bevölkerungsschutz muss weiterentwickelt werden. Denn vermehrte Notlagen wie bei der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 bei angespannten Ressourcen sind die Zukunft. Bis jetzt scheitert die Menschheit kläglich an der Eindämmung des Klimawandels. Dessen katastrophenträchtige Phänomene wie Hitzewellen und Starkregen, nehmen zu. Sie treffen auf eine Bundesrepublik mit zunehmend gestressten Schutzressourcen. Verwaltungen, Krankenhäuser und Verkehrswege leiden zum Beispiel unter Cyberangriffen. Diese sind Teil einer entgrenzten Konfliktaustragung im Zeitalter globaler Vernetzung und Digitalisierung. Kritische Infrastruktur wie Gaspipelines erweisen sich als leicht verwundbar. Der brutale Invasionskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt zudem die Bedeutung von Zivilschutz und auch, dass die Bundeswehr mit Soldaten, Reservisten und Material keine allzeit verfügbare Fluthelferarmee ist.

Dabei ist Deutschland im internationalen Vergleich ein Bevölkerungsschutz-Traumland. Dessen Hauptwerkzeug, die Feuerwehren, hat die relativ kleine Bundesrepublik als üppiges Territorialheer zur Gefahrenabwehr mit einer Million Männer und Frauen zur Verfügung. Das sind nur geringfügig weniger als in den riesigen USA, wo es 1,1 Millionen Brandbekämpfer gibt, so die jüngste Erhebung des Internationalen Verbands der Feuerwehren. Dazu gesellen sich sieben weitere Schutzorganisationen wie der Malteser Hilfsdienst und das Technische Hilfswerk plus Spitzenforschung an diversen Universitäten. Allerdings wird dieses Füllhorn an Möglichkeiten erschreckend dürftig genutzt.

In der Bundesrepublik gilt laut Verfassung folgender Bevölkerungsschutz: Der Bund ist für den Zivilschutz zuständig, also für den Schutz der Bevölkerung vor Kriegseinwirkungen. Mit dem Ende des Kalten Krieges schien diese Aufgabe obsolet. Der Bund ergänzt seit 1997 nur noch den Katastrophenschutz, über den wiederum die Länder bestimmen. Nach deren Maßgaben führen die Kommunen ihn aus.

„Das deutsche System ist schwer steuerbar, heterogen und unübersichtlich“, so Jens von den Berken, der seit Jahrzehnten als Fachmann im Bevölkerungsschutz aktiv ist, unter anderem bei den Johannitern, im Gespräch mit *loyal*. „Es gibt Landkreise, in denen existiert eine einsame hauptamtliche Stelle für den Katastrophenschutz, bei anderen besteht eine Abteilung innerhalb der Feuerwehr. Wieder andere verfügen über ein gut aufgestelltes Amt. Im besten Fall stellen Kreistage zudem Ausschüsse zum Bevölkerungsschutz auf, was dem Thema politisches Gewicht verleiht.“ Die Kleinstaaterei funktioniert leidlich, wenn es zu vereinzelten regionalen Notständen kommt, auf welche die föderale Gemeinschaft ihre Hilfen verteilen kann.

Dafür gibt es das gemeinsame Lagezentrum von Bund und Ländern in Bonn, wo wie bei einer Börse Hilfsgesuche und -angebote untereinander gehandelt werden. Doch inzwischen gab es mit der Corona-Pandemie eine nationale Krise. Und die Zukunft wird mehr Notstände mit sich bringen, die sich zudem überlappen können. Wenn viele Länder und Kommunen unter Druck geraten, fehlt Deutschland eine einheitliche Organisation, die alle Ressourcen ▸

Entweichendes Gas sprudelt aus der vermutlich von Russland angesprengten Pipeline Nord Stream 2 an die Oberfläche der Ostsee.

Foto vorherige Seite: imago images / Reichwein; Fotos: Bundeswehr / Tom Twardy; imago / tt

Sitzung des Krisenstabs im Bundesinnenministerium in Berlin während der LÜKEX-Übung 2018.

kennt und zuteilen kann. Bevölkerungsschutzexperte Jens von den Berken: „Wir verharren in einem problematischen Status quo beim Bevölkerungsschutz: Die Länder gestalten den Katastrophenschutz nach ihrem Gusto, der Bund ergänzt für den Zivilschutz, Kommunen sind oft klamm und auf kleinere Einsatzlagen fokussiert. Dieses Gesamtsystem erweist sich nicht immer als abgestimmt und tragfähig. Dabei wissen wir, dass uns nationale Notlagen erwarten können, eine Gasmangellage war beispielsweise schon 2018 das Szenario der länderübergreifenden Katastrophenschutzübungsreihe LÜKEX."

Gerade die Feuerwehren haben Organisationsdefizite. Per Kleist, Leiter des Stabes der Berliner Feuerwehr, gegenüber *loyal*: „In spätestens zehn Jahren rechne ich mit hochdynamischen Waldbränden, auch über Ländergrenzen hinweg. Aber in Deutschland existieren keine länderübergreifenden Führungsstrukturen für solche Lagen." Die Länder postulieren zwar Handlungsbedarf, wollen aber keine Souveränitätsabgabe an den Bund. Dement-

Feuerwehrkräfte bei der Waldbrandbekämpfung in Brandenburg Im Sommer 2018.

Durch den Klimawandel steigt auch die Waldbrandgefahr in Deutschland. Brandenburg mit seinen trockenen, sandigen Böden und den vorherrschenden Kiefernwäldern ist besonders gefährdet.

sprechend schlägt die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren, in der Per Kleist den Fachausschuss Zivil- und Katastrophenschutz leitet, seit Längerem vor, dass die Länder via Staatsvertrag einen gemeinsamen Führungsstab gründen. Doch dieser konsequente Ansatz findet bis heute keinen Widerhall. Der stattdessen gewählte Pfad führte ins Nichts: Bereits 2003 beschloss die Innenministerkonferenz die Länder-Führungssysteme zu harmonisieren, indem sich alle die Feuerwehrdienstvorschrift 100 als Vorlage nehmen, die deren Führungssystem regelt. Bis heute hat das nicht funktioniert, weil diese von Bayern bis Bremen unterschiedlich interpretiert wird.

Best Practice wäre für Per Kleist, wenn sich die Länder auf standardisierte taktische Module einigten, die bundesweit einheitliche Fähigkeiten abbilden – ein Konzept, wie es das Technische Hilfswerk mit seinen Fachzügen bereits umsetzt. „Brandenburg forderte bei eskalierenden Waldbränden im vergangenen Sommer kurzfristig Hilfe aus Berlin an. Doch die angeforderten Einheiten entsprechen in ihren Fähigkeiten nicht den in Berlin vorgeplanten Bereitschaften. Die sehen zum Beispiel keine geländegängigen Tanklöschfahrzeuge vor. Die mussten wir dann aus dem Stegreif aktivieren und Einheiten daraus zusammenstellen“, erinnert sich Kleist.

Das riesige Bevölkerungsschutzreservoir der Berufs- und Freiwilligenfeuerwehren hängt auf der kommunalen Ebene fest. Ebenso das der sogenannten Regieeinheiten aus Ehrenamtlichen. Das sind im Schwerpunkt Führungstrupps mit Fernmeldetechnik für das Kerngeschäft bei Notständen – die Einsatzleitung. Einst unterhielt sie der Bund für den Zivilschutz. Seit dessen De-facto-Aufgabe schreiben die Ländergesetze den Kommunen vor, Regieeinheiten aufzubauen, sollte es Bedarf geben. Augenscheinlich gibt es den. Ende der 1990er-Jahre sank die Zahl der Regieeinheiten-Helfer zunächst von 25.000 auf 15.000. Doch inzwischen ist die Helferzahl sogar auf 30.000 angewachsen, so deren Dachverband ARKAT. Weil aber eine bundesweite Organisation fehlt, können die kommunalen Regietrupps nicht entsprechend eingesetzt werden.

Das Bundesinnenministerium, das den Bevölkerungsschutz für den Bund führt, zeigt keinerlei Ambition, solche Potenziale zu gestalten. Gegenüber *loyal* äußert ein Sprecher: „Die Initiativen des Bundes, mit Verwaltungsvorschriften auf bundeseinheitliche Stärke bei Strukturen und Führungsorganisation im Katastrophenschutz hinzuwirken, haben bis Ende der 1990er-Jahre nicht zum Erfolg geführt. Der Bund akzeptiert seit- ▸

Fotos: Bundesinnneministerium; imago / snapshot; imago images / xcitepress

Bundesweiter Warntag

Die Bevölkerung rasch und sicher vor Gefahren warnen zu können, ist die Kernkompetenz des Staates im Bevölkerungsschutz schlechthin. Doch gerade die Fähigkeit zum Warnen ist in Deutschland nach dem Kalten Krieg völlig zerfallen. Der Bund gab sein Sirenennetz dafür auf und überließ den Kommunen eine Übernahme auf freiwilliger Basis. Einige Landkreise und Städte wie Hamburg betrieben ein paar Sirenen, andere verzichteten. Erst 2019 beschloss die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern, ab 2020 wieder einen jährlichen Warntag einzuführen. Der erste geriet zum Desaster. Neben zahllosen Sirenen zeigte auch die Warn-App NINA des BBK technische Defizite. Eine umfassende und gleichzeitige Warnung der Menschen in Deutschland gelang nicht. Auf die als EU-Standard vorgesehene Warnmeldung via SMS, eine bewährte Methode, meinte Deutschland bis dahin verzichten zu können. Zwecks einer besseren Vorbereitung entfiel der Warntag 2021; der vom vergangenen Jahr lief besser. Doch der Weg ist noch weit. So hat der Wiederaufbau eines Sirenennetzes in der Bundesrepublik erst begonnen.

dem die von den Ländern geschaffenen Strukturen und beschränkt sich auf Ergänzung."

Das traurige Kind dieser Status-quo-Politik zwischen Bund und Ländern ist das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn. Es soll von beiden Seiten ausgehandelte Vorgaben für besseren Katastrophenschutz umsetzen. Dazu forscht, analysiert und entwickelt es laufend Ideen und Konzepte. Aber das BBK ist nur ein Dienstleister ohne jegliche Weisungsbefugnis, weshalb seine Arbeit eine überschaubare Wirkung hat.

Klar ist aber, dass einheitliche und zweckmäßige Strukturen in Deutschland nur entstehen, wenn auch die Verwaltungen ein Verständnis für Standards im Katastrophenschutz entwickeln. Naturgemäß sind diese auf das rechtssichere Steuern von Prozessen ausgelegt, nicht auf agiles Handeln. In Rheinland-Pfalz konnte die „Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion" als Krisenstab für die von der Ahr-Flut zerstörten Kommunen nicht überzeugen. Kein Wunder, schon der Name zeigt, dass diese Behörde für die Betreuung bürokratischer Verfahren ausgelegt wurde und nicht für das Katastrophenmanagement. Obwohl Landräte und Bürgermeister die zentralen Krisenmanager sind, fehlt ihnen oft ausreichendes Wissen im Umgang mit Notsituationen samt Einsicht in die Notwendigkeit stetiger Übungen. Das zu vermitteln, müht sich die Akademie des BBK seit zwei Jahrzehnten mit Schulungen für Krisenstäbe aus Stadt und Land. Allerdings ist sie auch das Nadelöhr dafür. Die Länder haben ihre Katastrophenschutzschulen abgeschafft, sodass sich ein Mindset für Bevölkerungsschutz in deutschen Amtsstuben kaum nachhaltig verankern lässt. Beispiel Berlin: Die mit 3,6 Millionen Einwohnern größte Stadt Deutschlands hat bis heute keinen Notfallplan für einen Energieausfall. Erst 2021 wurden die Arbeiten dazu angestoßen und dauern noch an, wie eine *loyal*-Anfrage beim Senat für Inneres ergab.

Der Ergänzungsföderalismus ist nicht nur ein Ballast für eine bessere Organisation im Katastrophenschutz, sondern auch für bessere Ressourcen. Sein Handlungsmuster: Die Länder stellen exorbitante Finanzierungswünsche an den Bund, ohne selbst Zusagen zu machen. Der Bund wiederum versucht, seine Ergänzung gering zu halten und auf Sicht zu fahren. Auch die jüngsten Bemühungen seit der Flutkatastrophe im Ahrtal folgen diesem Drehbuch. So fordern die Länder über den Bundesrat zehn Milliarden vom Bund zur Erneuerung des Bevölkerungsschutzes, unter anderem für Warnsirenen. Ein konsolidiertes Ergänzungsangebot ihrerseits gibt es nicht, nur die diffuse Aussage, selbst investieren zu wollen – natürlich jedes Land nach eigenem Gutdünken. Auf Seiten des Bundes wurde der sinkende Etat des Innenministeriums für 2023 so umgeschichtet, dass für den Bevölkerungsschutz eine kleine Finanzspritze von 80 Millionen Euro möglich wurde, mehr aber auch nicht.

Eine stringente Umsetzung von Bevölkerungsschutzprojekten, die Bund und Länder vereinbaren, gelingt ▸

Fotos: Andreas Friedrichs / imago; ben kolde via unsplash; Screenshot

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn ist das traurige Kind der Status-quo-Politik.

unter diesen Bedingungen nicht. Ein Paradebeispiel dafür sind die sogenannten Medical Taskforces – ein BBK-Konzept, das noch als Antwort auf die Terrorgefahr nach 9/11 aufgegleist wurde und weiterhin Sinn ergibt. Dafür sollen im Bundesgebiet 61 mobile Sanitätseinsatzstaffeln aufgebaut werden, um bei massenhaft Verletzten rasch helfen zu können. Mehr als eine Dekade später ist keine einzige dieser Taskforces einsatzbereit. Das Vorhaben startete 2007. Zwei Jahre später gab es erste Fahrzeuge, doch erst 2018 konnten sich Bund, Länder und die Hilfsorganisationen auf ein Ausbildungskonzept verständigen. Der Zulauf der fehlenden Fahrzeuge lässt sich laut BBK nicht absehen, da er abhängig von „der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel" ist. Klar ist: Die damals gelieferten Erstfahrzeuge fahren schon in Richtung Ausmusterung.

Eine weitere Facette des Ressourcenproblems im Bevölkerungsschutz Deutschlands ist die Bundeswehr. Formal sollen die Fähigkeiten der Streitkräfte kein fester Teil der Ressourcen zur Katastrophenbewältigung sein. Denn die Armee unterhält und beübt diese schließlich für den ultimativen Worst Case, die Landes- und Bündnisverteidigung. De facto wird Entlastung durch die Truppe jedoch seit jeher als gegeben von Bund und Ländern miteinkalkuliert. So sieht das Bund-Länder-Konzept zur Brandbekämpfung aus der Luft vier Stufen vor: die ersten beiden mit Länder-Polizeihubschraubern samt Löschtanks, dann mit solchen der Bundespolizei, zuletzt mit Bundeswehrhelikoptern. Ein weiteres Beispiel: Die bundesweit fünf Bundeswehrkrankenhäuser sind bereits im Alltag fester Bestandteil der zivilen Versorgung; gerade bei großen Notsituationen wären sie umso mehr gefordert. Im Fall der Bündnisverteidigung würde das Personal jedoch zu Sammelpunkten in Frontnähe beordert. Für deren Ersatz gibt es bis jetzt keinen Plan, wie *loyal* vom Kommando Sanitätsdienst in Koblenz erfuhr. Hier hofft der San-Dienst, dass die via Grundbeorderung verbreiterte Reservistenbasis perspektivisch Ersatz bietet, so eine Sprecherin.

Belastbare Territoriale Strukturen, die über eine starke Reserve Nebenaufgaben wie den Bevölkerungsschutz leisten, besitzt die Bundeswehr nicht. Das Feldheer muss ran, was in heutigen Kriegszeiten anachronistisch anmutet. Während Russland seine Invasionstruppen zusammenzog, um über die Ukraine herzufallen, bildete die Bundeswehr aus Divisionsstäben regionale Führungskommandos, um ihr Corona-Kontingent mit mehr als 20.000 Soldaten koordinieren zu können. Die Landeskommandos mit dem Kommando Territoriale Aufgaben in Berlin an der Spitze

Zwei junge Helfer in Erftstadt nach der Flutkatastrophe 2021. Der Fluss Erft wurde zum reißenden Strom und zerstörte vor allem den Ortsteil Blessem völlig.

waren zu schwachbrüstig dafür. Vor Kurzem wurde das Kommando zum „Territorialen Führungskommando" aufgewertet, um künftig Amtshilfe bundesweit besser leisten zu können, insbesondere bei großen Notlagen wie einer Pandemie. Doch das neue Kommando erhält erst langfristig Truppen, und die sind überschaubar. Kümmerliche zehn Züge Heimatschutzkräfte in drei Jahren soll es als Anfangsbefähigung für das Territoriale Kommando geben, so die Planung des Wehrressorts. Langfristig sind fünf Heimatschutzregimenter vorgesehen. Dazu soll bis 2030 eine Territoriale Reserve von 26.000 Männern und Frauen aufgebaut werden, so ein Sprecher des Verteidigungsministeriums gegenüber *loyal*. Ob das gelingt, ist offen.

Personalprobleme drohen in Zukunft allen Akteuren im Bevölkerungsschutz wegen der Überalterung der Gesellschaft. Eine Umfrage von *loyal* unter den acht Trägerorganisationen zeigt, dass die meisten ihr Heil darin suchen, freiwilliges Engagement attraktiver zu machen, anstatt einen Pflichtgesellschaftsdienst für junge Menschen einzuführen, wie er zunehmend diskutiert wird (Umfrage siehe Seite 20/21). Zudem gilt bis jetzt: Das ehrenamtliche Engagement in Deutschland nimmt seit Jahren zu, gerade bei Älteren, so der Freiwilligensurvey des Familienministeri-

Foto: David Young / picture alliance / dpa

ums. Der Ehrenamtsmonitor der Malteser zeigt zudem: Anders als in der öffentlichen Debatte behauptet, sind gerade junge Menschen bereit und motiviert für Hilfsdienste an der Gesellschaft – allerdings projektbezogen und nicht regelmäßig und organisiert in festen Strukturen (siehe unten, Grafik aus dem Ehrenamtsmonitor).

„Mit dem Potenzial an Helfern, die projekt- und ereignisbezogen helfen wollen, tun sich öffentliche Hand und Trägerorganisationen schwer, da die Menschen eben nicht bei ihnen organisiert sind", sagt der Sicherheitsingenieur Ramian Fathi, der an der Bergischen Universität Wuppertal zum Bevölkerungsschutz forscht, im Gespräch mit *loyal*. „Dank Digitalisierung lässt sich spontanes Engagement aber immer besser zügig erfassen und koordinieren." Fathi hat mit anderen Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz das Virtual Operations Support Team VOST aufgebaut. Bei der Flutkatastrophe 2021 erstellten sie über die Analyse der Sozialen Medien ein Lagebild spontaner Hilfsbereitschaft und kartierten dieses für den Krisenstab in Wuppertal.

So konnte frühzeitig festgestellt werden, dass die spontane Hilfsbereitschaft auch bei dieser Einsatzlage ausgeprägt war, sodass sich zum Beispiel unter dem ▸

Welche der folgenden ehrenamtlichen Aktivitäten zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen wären Sie bereit unter Berücksichtigung Ihrer aktuellen Lebensumstände zu übernehmen?

Ich würde mich immer spontan entscheiden wollen, ob ich mithelfen kann, möchte mich aber nicht langfristig engagieren	36 %
Ich würde mich offiziell als Spontanhelfer registrieren lassen, damit man mich bei Bedarf direkt ansprechen kann	12 %
Ich würde eine Basisschulung absolvieren, um besser helfen zu können	10 %
Ich würde mich regelmäßig in einer Hilfsorganisation engagieren	8 %
Ich bin bereits regelmäßig in einer Hilfsorganisation engagiert	7 %
Keine der genannten ehrenamtlichen Tätigkeiten	23 %
Weiß nicht / keine Abgabe	13 %

Quelle: Malteser Ehrenamtsmonitor Ausgabe 03, August 2022

Hashtag #TalSuchtPumpe zahlreiche Hilfsinitiativen organisierten. Über den Twitter-Kanal der Feuerwehr Wuppertal wurde eine effiziente Integration von Spontanhelfern angestoßen, durch die die Helferinnen und Helfer mit der Zeit ihre Registrierung und Einweisung selbst organisierten. Nach vier Stunden waren über 2.000 Sandsäcke verfügbar. Fathi: „Soziale Medien werden oft im Kontext Katastrophentourismus und Desinformation gesehen. Sie können aber auch ein mächtiger Katalysator sein, der Hilfsbereitschaft schafft." Inzwischen ist das VOST die erste formale Cyberhilfseinheit des THW mit Stärke- und Ausstattungsnachweisung sowie 46 ehrenamtlich tätigen Männern und Frauen.

Eine Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes behindert auch das konservative Verständnis, mit der die staatlichen Bürokratien das Thema handhaben. Das kritisiert Manuel Atug, Sprecher der AG Kritis gegenüber *loyal*. Die Arbeitsgruppe ist eine Vereinigung unabhängiger IT-Fachleute, die sich damit befasst, wie Deutschland seine kritische Infrastruktur sinnvoll schützen kann. Atug: „Die maßgeblich verantwortlichen Innenministerien folgen meist einer Gewaltmonopol-Fixierung samt offensiver Befugniserweiterungen, die keine Wirkung bringen und ins Populistische abgleiten." Atug nennt als Beispiel die Reaktion des Bundesinnenministeriums auf die Attacken gegen die Bahninfrastruktur im Herbst 2022. Unbekannte durchtrennten damals an zwei neuralgischen Stellen Kabel und legten so für drei Stunden den Zugverkehr lahm. „Als Maßnahme verkündete Bundesinnenministerin Nancy Faeser mehr Überwachung und Stellen für eintausend neue Bundespolizisten zur Überwachung der Schienen- und Kabeltrassen – was bei deren Umfang völlig wirkungslos sein wird." Wirksam wäre dagegen ein strategischer Ausbau von technischen Entstörtrupps der Bahn im Rahmen des Notfallmanagements, um die Widerstandskraft der Infrastruktur gegen Störangriffe zu erhöhen, so Atugs Einschätzung. Effizient sei es, die stetigen Übergriffe durch technische Leistungsfähigkeit in ihrer Wirkung auf ein unbedeutendes Level zu drücken. Eine Abschreckung oder Abwehr solcher Attacken mit den üblichen Machtmitteln des Staates sei bei kritischer Infrastruktur ein stumpfes Schwert.

Verbesserungen in Richtung Bevölkerungsschutz der Zukunft gibt es in Deutschland nur als Stückwerk. Ein Quäntchen Fortschritt ist die Beschaffungskooperation zwischen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zur Ausrüstung ihrer Feuerwehren. Beide kauften in einer europaweiten Ausschreibung jüngst 46 Tanklöschfahrzeuge, elf für Brandenburg, 35 für Mecklenburg-Vorpommern. Das gemeinsame und damit günstigere Beschaffen dank größerer Stückzahlen ist ein Novum in Deutschland, wo jede Dorffeuerwehr gehalten ist, ihr Gerät selbst zu besorgen und wo die Länder entscheidende Finanziers sind. Schwerin und Potsdam schätzen die Kooperation als so erfolgreich ein, dass sie inzwischen auch das Basisgefährt der Feuerwehren, die Drehleiterwagen, über einen gemeinsamen Rahmenvertrag besorgen, ergab eine Anfrage von *loyal* beim Innenministerium Brandenburgs. Hoffnung macht auch, dass einige Länder wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin begonnen haben, Landeseinrichtungen für Katastrophenschutz aufzubauen.

Beim zentralen Aspekt einer leistungsfähigen nationalen Aufstellung sieht es aber weiterhin düster aus. Das von der Politik als „Meilenstein" gepriesene neue Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz schafft keine effizientere Organisation und Führung. Es ist ein Bund-Länder-Gesandtenkongress beim „Gastgeber" BBK; orchestriert von einer Verwaltungsjuristin. Ein Konstrukt, das darauf ausgelegt ist, umständliche Kleine-Gemeinsame-Föderalismusnenner auszuhandeln. So soll nun ein Plan entwickelt werden, wie der Bund seine Rettungshubschrauber, die er als Ergänzung für die Länder beschafft hat, auch selbst einsetzen kann. Des Weiteren hat das Zentrum den Auftrag, erstmals eine Gesamtübersicht zu erstellen, was alles an Katastrophenschutzeinheiten und -material in Deutschland vorhanden ist. Für einen kooperativen Föderalismus im Geiste des Grundgesetzes ist das eine längst überfällige Selbstverständlichkeit. ■

Das neue Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz schafft keine effizientere Organisation.

Die Innenministerkonferenz ist die Aushandlungsplattform für Bevölkerungsschutzmaßnahmen in Deutschland. Foto oben: Eine Pressekonferenz beim letzten Zusammentreffen im November 2022. V. l. n. r.: Peter Beuth (CDU), Innenminister von Hessen, Joachim Herrmann (CSU), Innenminister von Bayern, Nancy Faeser (SPD), Bundesinnenministerin, und Boris Pistorius (SPD), Innenminister von Niedersachsen. Foto unten: Ein Bundespolizist inspiziert einen Kabelschacht am Hauptbahnhof Leipzig nach den Sabotageattacken gegen die Deutsche Bahn im Oktober vergangenen Jahres.

Fotos: Matthias Balk / picture alliance / dpa; Jan Woitas / picture alliance / dpa

Pflichtdienst im Bevölkerungsschutz?

loyal hat die Trägerorganisationen des Bevölkerungsschutzes in Deutschland gefragt, ob sie einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Menschen befürworten, wie das der Reservistenverband tut. Der Tenor: Klar bevorzugt wird Freiwilligkeit. Doch es gibt Unterschiede.

Deutlich abgelehnt wird ein Gesellschaftspflichtdienst für junge Frauen und Männer von der Deutschen Lebens-Rettungs- Gesellschaft (DLRG). Deren Präsidentin Ute Vogt zu *loyal*: „Wir sind seit der Gründung 1913 eine Gemeinschaft von Freiwilligen, die sich der großen Aufgabe verschrieben hat, Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren. Dafür arbeiten die Mitglieder aus Überzeugung ehrenamtlich. Zu solch einem freiwilligen Engagement lassen sich Menschen nicht zwingen." Besser wäre es aus DLRG-Sicht, die bestehenden Freiwilligendienste für junge Menschen attraktiver zu machen.

Ebenfalls deutlich gegen den Pflichtdienst positioniert sich der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB). Dessen Hauptgeschäftsführer Uwe Martin Fichtmüller: „Eine bewusste und freiwillige Entscheidung der jungen Menschen für gesellschaftliches Engagement ist unverzichtbar." Sinnvoller wäre es, das Ehrenamt zu stärken. Zentral dafür wären aus ASB-Sicht eine bundesweit einheitliche Regelung für die Freistellung im Einsatzfall sowie für Aus- und Fortbildung. „Eine klar geregelte Freistellung durch den Arbeitgeber ist die Voraussetzung dafür, dass die Ehrenamtlichen im Ernstfall gut vorbereitet und schnell zum Einsatz kommen", so Fichtmüller.

Nicht explizit gegen einen Pflichtdienst sind die beiden weiteren christlichen Trägerorganisationen, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser Hilfsdienst. Die Johanniter sehen sich als Hilfsorganisation und großes Unternehmen in der Sozialwirtschaft mit breitem Dienstleistungsspektrum von der Überalterung der Bevölkerung betroffen. „Daher beschäftigen wir uns intensiv mit dem Thema Pflichtdienst und nehmen gerne Impulse aus der Diskussion auf ", so Johanniter-Bundesvorstand Jörg Lüssem gegenüber *loyal*. Allerdings sehen die Johanniter bis dato eine Stärkung der Freiwilligendienste als das größere Potenzial.

Das gilt auch für die Malteser. „Bevor die Einführung eines Pflichtdienstes erwogen wird, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um freiwilliges Engagement zu fördern", so ein Pressesprecher des Generalsekretariats zu *loyal*. Das Hauptproblem aus Malteser-Sicht: Die jetzigen Freiwilligendienste entsprechen in ihren Formaten nicht mehr dem Bedarf. Denn die Krisen der vergangenen Jahre zeigten: Es brauche mehr Einsatzkräfte. Die zwölf Monate Dienstzeit von Bundesfreiwilligendienst und Co. könnten diesen Bedarf nicht mehr decken. Besser sei der Aufbau einer schnell mobilisierbaren „stillen Reserve" großen Umfangs über einen gestreckten Dienst freiwilliger Selbstverpflichtung. Dazu haben die Malteser das Konzept eines „Gesellschaftsdienstes im Bevölkerungsschutz" entwickelt. Hier sollen sich Frauen und Männer, egal welchen Alters, für vier Jahre in Teil- oder Vollzeit verpflichten können.

Auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) schätzt, „dass zunächst die

Typisch für den Bevölkerungsschutz Deutschlands ist die Mischung aus staatlichen Ehrenamtsorganisationen wie dem THW und freien Trägern wie DLRG, DRK und Maltesern.

Potenziale der Freiwilligendienste konsequenter ausgeschöpft werden sollten, bevor über einen Pflichtdienst nachgedacht wird“, wie es in einer Stellungnahme erklärte. Das DRK möchte den Bundesfreiwilligendienst im Bevölkerungsschutz ausbauen. Unter anderem mit mehr Werbung in den letzten Schuljahren, einem übersichtlicheren Bewerbungsverfahren, mehr Taschengeld und kostengünstigen Unterbringungsmöglichkeiten. „Ziel sollte es sein, den Freiwilligendienst als selbstverständlichen Bestandteil der Lebensbiografie zu sehen, der sowohl von Universitäten als auch Arbeitgebern angesehen und gewertschätzt wird“, heißt es weiter.
Das Technische Hilfswerk (THW) – zentraler Akteur des Bundesbeitrags im Bevölkerungsschutz – sieht einen Pflichtdienst lediglich als ein Extra. „Wir wären offen für Dienstpflichtleistende als Verstärkung; einen Bedarf sieht das THW jedoch nicht“, heißt es in der Rückmeldung der Bundesanstalt. Das Engagement der Ehrenamtlichen im Hilfswerk liege stabil bei rund 83.000. Dasselbe Niveau wie vor Aussetzung der Wehrpflicht samt Ersatzdiensten. Seit einiger Zeit steige die Zahl der Helferinnen und Helfer sogar, so das THW gegenüber *loyal*.
Unterstützer einer Dienstpflicht, die auch im Bevölkerungsschutz geleistet werden kann, sind der Feuerwehrverband (DFV) sowie der Dachverband der Regieeinheiten des Katastrophenschutzes (ARKAT)*. Der DFV ist dabei sehr nahe am Freiwilligen-Konzept der Malteser. DFV-Präsident Karl-Heinz Banse zu *loyal*: „Wir würden es begrüßen, wenn alle Menschen – nicht nur junge – einen Gesellschaftsdienst leisten.“ Ein Jahr Vollzeit sei für die Feuerwehren jedoch ineffizient. Ähnlich dem Wehrersatzdienst sollte das Pflichtengagement mit Ausbildung auf vier bis sechs Jahre verteilt werden. Das wäre mit den gelernten Grundkenntnissen in der Brandbekämpfung auch ein wichtiger Beitrag für die generelle Resilienz der Gesellschaft. Banse erhofft sich zudem einen Doppelnutzen. „Erfahrungsgemäß sind viele Wehrersatzdienstleistende auch nach Ende der Verpflichtung in den Feuerwehren aktiv geblieben.“
Der Verband der Regieeinheiten befürwortet mittelfristig die Einführung eines Pflichtdienstes für junge Menschen. Dieser solle auf Teilzeit über mehrere Jahre hinweg absolviert werden. Damit ließe sich ein Bevölkerungsschutz aufbauen, der leistungsfähig und belastbar sei.
ARKAT-Bundesvorsitzender Klaus-Dieter Kühn: „Pandemie und Hochwasser haben zwar gezeigt, dass es eine hohe Zahl an Spontanhelfern gibt; für nationale Schadenslagen, gerade auch in der Zivilverteidigung, braucht es aber gründliche Ausbildung über langfristige und regelmäßige Verfügbarkeiten.“ ■

* Regieeinheiten: Von Kommunen aufgestellte Einheiten für den Katastrophenschutz, im Kern Führungs- und Fernmeldeeinheiten.

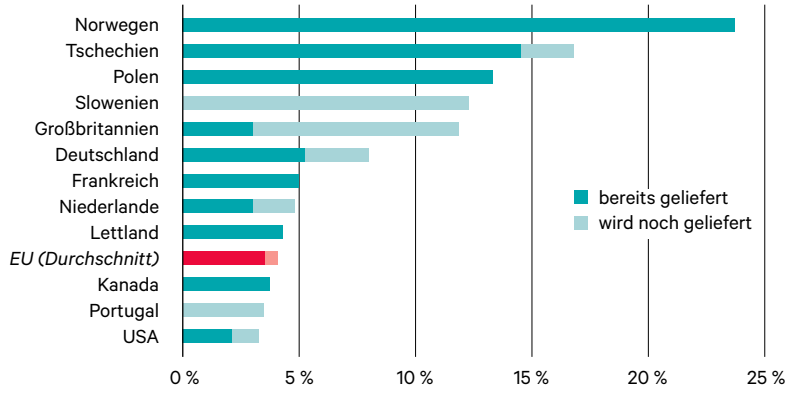
Fotos: THW; picture alliance / dpa ; picture alliance / KEYSTONE; Malteser Hilfsdienst

Waffenlieferungen an die Ukraine

Ohne die umfangreiche militärische Unterstützung der westlichen Länder hätte die Ukraine keine Chance, sich gegen die russische Übermacht zu wehren. Deutschland zum Beispiel hat seit März vergangenen Jahres unter anderem Panzerhaubitzen (14 Exemplare), Mehrfachraketenwerfer (5), Brückenlegepanzer (3), Transportfahrzeuge Dingo (50) und Überwasserdrohnen (10) an die Ukraine abgegeben. Doch die Bundesregierung schickt nicht nur Waffen: Auch 14.000 Schlafsäcke, 116.000 Kälteschutzjacken, 240.000 Wintermützen, 116 Feldheizgeräte und 195 Stromerzeuger gehen an die ukrainischen Streitkräfte – das schont die Kampfkraft bei eisigen Temperaturen. Anders als Polen, Slowenien und Tschechien schickt Deutschland zwar keine Kampf- oder Schützenpanzer an die Ukraine, aber immerhin acht Prozent der Haubitzen und Mehrfachraketenwerfer aus dem Bestand der Bundeswehr. **je**

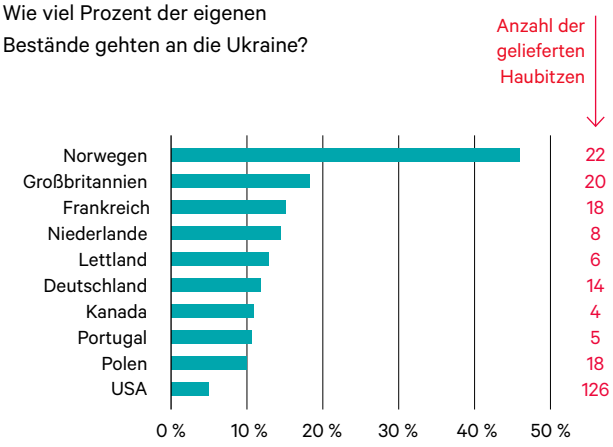
Waffenhilfe

Panzer, Haubitzen und Mehrfachraketenwerfer:
Wie viel Prozent der eigenen Bestände gehen an die Ukraine?



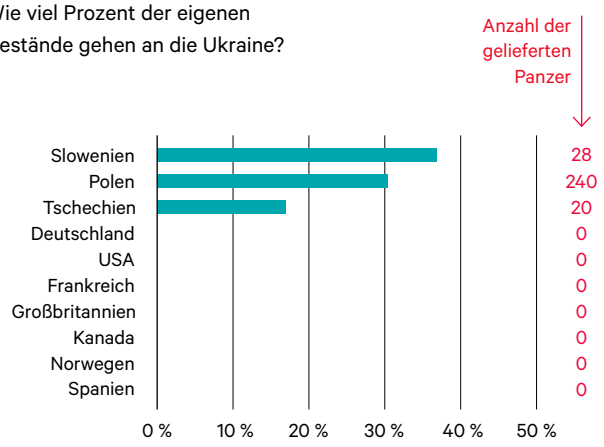
Haubitzen

Wie viel Prozent der eigenen Bestände gehten an die Ukraine?



Panzer

Wie viel Prozent der eigenen Bestände gehen an die Ukraine?



Quelle: IfW Kiel; Daten von Januar bis Oktober 2022;

Deutsche Waffenunterstützung an die Ukraine:
Eine Auswahl

PzH 2000
Panzerhaubitze

Hersteller: KMW und Rheinmetall
Lieferung: 14 geliefert

Aus Beständen der Bundeswehr gingen 14 Panzerhaubitzen 2000 an die Streitkräfte der Ukraine. Diese auf Ketten mobile Haubitze ist das Standardgeschütz der deutschen Artillerie. Eingesetzt wurde sie auch zur Feuerunterstützung in Afghanistan. Die Haubitze verfügt über eine 155-mm-Kanone, die bis zu zehn Granaten pro Minute abfeuern kann. Die Reichweite der Panzerhaubitze: mit Standardmunition 30 Kilometer, mit Spezialmunition 54 Kilometer.

GEPARD
Flugabwehrpanzer

Hersteller: KMW
Lieferung: 30 geliefert, 7 weitere geplant

Der Gepard gilt als das schnellste Waffensystem seiner Art: Der Turm mit seinen zwei Kanonen dreht sich in zweieinhalb Sekunden komplett um die eigene Achse, vom Erkennen eines anfliegenden Ziels bis zu dessen Bekämpfung dauert es circa vier Sekunden. Die Bundeswehr hat den Gepard 2012 (bei Auflösung der Heeresflugabwehrtruppe) ausgemustert. Die an die Ukraine gelieferten Geparden stammen aus Lagerbeständen von KMW.

IRIS-T SLM
Flugabwehrsystem

Hersteller: Diehl Defence
Lieferung: 3 geliefert, 3 weitere geplant

Das System Iris-T wurde von Diehl in Zusammenarbeit mit Airbus, Hensoldt und Rohde & Schwarz entwickelt. Bestehend aus drei Startfahrzeugen (Launchern), einem Radarfahrzeug und einem Führungsfahrzeug kann es gegnerische Flugzeuge, Hubschrauber und Marschflugkörper bis zu einer Höhe von 20 Kilometern und einer Entfernung von maximal 40 Kilometern abschießen. Eine solche Feuereinheit kann zum Beispiel als Schutz für eine Großstadt eingesetzt werden.

MARS II
Mehrfachraketenwerfer

Hersteller: KMW
Lieferung: 5 geliefert

Mit dem Mehrfachraketenwerfer Mars II können die Ukrainer Ziele bekämpfen, die bis zu 84 Kilometer entfernt sind – Mars II schießt also weiter als eine Panzerhaubitze. Das System ist zudem sehr mobil und entfernt sich nach dem Schuss schnell wieder vom Abschussort – bevor die russische Abwehr zuschlagen kann. Mars II kann zwölf Raketen pro Minute abschießen. Die Treffgenauigkeit des Mehrfachraketenwerfers wird von den ukrainischen Streitkräften sehr gelobt.

COBRA
Ortungsradar

Hersteller: Euro-Art (Konsortium aus Thales, Airbus und Lockheed Martin)
Lieferung: 1 geliefert

Das Ortungsradar „Cobra“ kann 40 Feuerstellungen innerhalb von zwei Minuten aufklären. Geortet werden können Haubitzen, Mörser und Raketenartillerie. Das System errechnet zudem die Flugbahn und die Einschlagsstelle von gegnerischen Geschossen innerhalb von Sekunden. „Cobra“ unterstützt die ukrainische Armee somit vor allem bei Artillerieduellen – für rasches und präzises Gegenfeuer auf die russischen Angreifer.

Fotos: Bundeswehr (2); Hans-Hermann Bühling via Wikipedia; Boevaya mashina via Wikipedia; Hensoldt

Deutsches Reich statt Bundesrepublik

Nie zuvor waren in der Geschichte der Bundesrepublik mehr Polizeibeamte im Einsatz, um Verdächtige festzunehmen und Beweismaterial sicherzustellen: Etwa 3.000 Polizeibeamte, darunter die GSG 9 und SEKs mehrerer Landespolizeien, nahmen am 7. Dezember in elf Bundesländern 25 Personen aus der Reichsbürger-Szene fest. Diese hatten, so der Generalbundesanwalt, eine terroristische Vereinigung gebildet, um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu beseitigen und einen Staat nach Vorbild des Deutschen Reichs von 1871 zu errichten.

Nach Angaben des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, hatten die Verfassungsschutzbehörden diese Reichsbürger-Gruppierung und ihre Umsturzplanungen bereits seit dem Frühjahr 2022 auf dem Schirm. Deren Planungen seien im Laufe des Jahres immer konkreter geworden, es seien auch schon Waffen beschafft worden. Das BfV arbeitete eng mit dem Generalbundesanwalt und den Polizeibehörden zusammen. „Die deutschen Sicherheitsbehörden insgesamt hatten die Lage jederzeit unter Kontrolle“, so Haldenwang am Tag der polizeilichen Zugriffe.

Die Reichsbürger-Gruppe steht im Verdacht, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, die mit Waffen-

Fotos: picture alliance / dpa

Die Großrazzia gegen Reichsbürger hat einer breiten Öffentlichkeit ein erschütterndes Maß an Staatsverachtung in der rechtsradikalen Szene offengelegt. Besonders bedenklich: Auch aktive und ehemalige Soldaten sind offenbar Teil der Gruppierung, die einen Putschversuch gegen die Bundesregierung und eine Besetzung des Bundestags geplant haben soll.

VON STEFAN GOERTZ

Heinrich XIII. Prinz Reuß ist der mutmaßliche Rädelsführer der Reichsbürger-Putschisten. Er wurde in Frankfurt festgenommen.

gewalt eine neue Regierung installieren wollte und auch Tote in Kauf genommen hätte. Sie soll geplant haben, den Bundestag zu stürmen, die Bundesregierung abzusetzen, durch Anschläge auf die Stromversorgung bürgerkriegsähnliche Zustände herbeizuführen, um dann die Macht zu übernehmen. Hierfür sollen bereits Mitglieder für Ministerposten ausgesucht worden sein.

Die von den deutschen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden als extremistisch eingestuften Reichsbürger und sogenannten Selbstverwalter lehnen die Bundesrepublik Deutschland, ihre Rechtsordnung und ihre Beamten ab und definieren sich als außerhalb der deutschen Rechtsordnung stehend und legitimieren auf diese Weise Verstöße und Straftaten. Das Auftreten von Reichsbürgern und Selbstverwaltern gegenüber Amtsträgern staatlicher Institutionen ist häufig durch eine starke verbale Aggression gekennzeichnet.

Eine zentrale Figur der Reichsbürger-Gruppe und ihrer Pläne soll Heinrich VIII. Prinz Reuß sein, der beim „Worldwebforum“ in der Schweiz 2019 als Redner erklärt hatte, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat, sondern nach wie vor von den Alliierten kontrolliert und die BRD und ihre Justiz seien „Firmen“. Reuß ist als Finanzberater in Frankfurt am Main tätig und besitzt ein Jagdschloss in Thüringen, wo sich Mitglieder der Gruppe wiederholt getroffen haben sollen.

Für das Justizressort im „Schattenkabinett“ nach der geplanten Machtübernahme soll die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete und Berliner Richterin Birgit Malsack-Winkemann vorgesehen gewesen sein. Tim Paul G., promovierter Jurist, sollte Außenminister werden, die Ärztin Melanie R. aus Niedersachsen hatte die Gruppe als Gesundheitsministerin auf dem Zettel. Sie soll sie auch finanziell unterstützt haben.

Die Verfassungsschutz- und Polizeibehörden bewerteten diese Reichsbürger-Gruppierung als hochgefährlich, weil auch aktive und ehemalige Bundeswehrsoldaten, auch Spezialkräfte, zu den Beschuldigten gehören. Intern wurde von einem „bewaffneten Arm“ gesprochen und dem Plan, Heimatschutzkompanien aufzubauen. Zu den Beschuldigten soll Rüdiger von P. gehören, Anfang der 1990er-Jahre Kommandeur eines Fallschirmjägerbataillons, bis dieses in dem neu gegründeten KSK aufging. Er war aus der Bundes- ▸

wehr entlassen worden, weil er Waffen aus Beständen der NVA veruntreut oder verkauft hatte. Ein weiteres Mitglied der Gruppe, Marco v. H., ein vorbestrafter, ehemaliger Zeitsoldat und ehemals Soldat des KSK, soll ebenso wie von P. in der Corona-Protestbewegung in Pforzheim aktiv gewesen sein und dort für die Reichsbürger-Gruppe rekrutiert haben. Diese habe beabsichtigt, auch aktive Soldaten aus der Bundeswehr, darunter aus dem KSK, zu rekrutieren, dies scheinbar mit Erfolg. Ein Stabsfeldwebel des KSK, ein Logistiker, gehört zu den Beschuldigten.

Der in Bezug auf die Razzien bei den Reichsbürger-Gruppen beschuldigte aktive KSK-Angehörige war nach Angaben der Wehrbeauftragten des Bundestags, Eva Högl, schon länger unter Beobachtung, daher stelle das für sie nicht den Weg der Reformen im KSK infrage. Weil sich nach Angaben des Verteidigungsministeriums neben dem KSK-Angehörigen noch zwei weitere nicht aktive Soldaten unter den Verdächtigen der Gruppierung befinden, ist die Großrazzia auch ein Thema für den Verteidigungsausschuss des Bundestags. Dessen Ausschussvorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) erklärte, sie habe das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, um Details vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) zu erfahren. „Wir werden diese braune Suppe austrocknen“, so Strack-Zimmermann.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte zu den Zugriffen: „Das war ein sehr, sehr großer Schlag, und es ist gut und richtig, dass Demokratie so wehrhaft ist.“ Was die Gruppierung so gefährlich mache, sei, „dass es einen militärischen Arm davon gab. Mit Menschen, die früher in der Bundeswehr waren, also auch mit Waffen umgehen können“. Bei Behörden, die mit Waffen zu tun haben, etwa bei Bundeswehr oder Bundespolizei, müsse man „noch mal genauer hingucken“, so die Bundesinnenministerin. Wer Umsturzfantasien habe und die demokratische Grundordnung überwinden wolle, der habe nichts mehr im öffentlichen Dienst zu suchen, erklärte Faeser weiter. Sie arbeite gerade daran, das Disziplinarrecht zu verändern, „damit wir solche Verfassungsfeinde schneller loswerden“.

BfV-Präsident Haldenwang fordert einen Sicherheitscheck für alle Personen, die in die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern aufgenommen werden. Nötig seien auch intensive Fortbildungsmaßnahmen zum Umgang mit Rechtsextremismus in den eigenen Reihen und verbesserte Meldepflichten.

Nach Angaben des BfV muss bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern auch die Anwendung massiver körperlicher Gewalt gegen Vertreter des deutschen Staates einkalkuliert werden. Vor allem bei polizeilichen Maßnahmen gegen diese Gruppierungen bestehe zunehmend ein „hohes Eskalationspotenzial“. Das teilweise er-

Bei Reichsbürgern muss die Anwendung massiver körperlicher Gewalt einkalkuliert werden.

Fotos: picture alliance / dpa (2); imago images / JeanMW

hebliche Gewaltpotenzial der Reichsbürger- und Selbstverwalter-Szene richtete sich in den letzten Jahren und Monaten vornehmlich gegen Gerichtsvollzieher und Polizeibeamte. Die Szene bezeichnet Polizeieinsätze als „Überfälle“, gegen die „Notwehr“ geboten sei.

Seit Mitte 2020 beobachten die deutschen Sicherheitsbehörden, dass sich Reichsbürger und Selbstverwalter immer wieder nicht mehr damit begnügten, im Zusammenhang mit Corona-Demonstrationen lediglich ihren Protest zu äußern, sondern auch körperliche Gewalt anzuwenden, beispielsweise gegen eingesetzte Polizeikräfte. So beteiligten sich Reichsbürger und Selbstverwalter Ende August 2020 am Demonstrationsgeschehen gegen die Corona-Maßnahmen im Umfeld des Reichstagsgebäudes in Berlin, was medial „Sturm auf den Reichstag“ genannt wurde. Laut Polizeimeldung wurden damals 33 Polizeibeamte verletzt, 316 Personen festgenommen sowie 131 Strafanzeigen gestellt, unter anderem wegen Beleidigung, tätlichem Angriff auf Polizeibeamte, Gefangenenbefreiung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Körperverletzung. Zudem wurden 255 Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeitsverstößen aufgenommen.

Die Gewaltbereitschaft von Reichsbürgern und Selbstverwaltern zeigte sich in den letzten Jahren immer wieder bei Reaktionen auf staatliche Exekutivmaßnahmen. Im Oktober 2016 erschoss Wolfgang P. aus der Reichsbürger-Szene in Georgensgmünd in Bayern einen SEK-Beamten, P. wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Auch aufgrund ihrer hohen Waffenaffinität stellen Reichsbürger und Selbstverwalter ein erhöhtes Gefährdungspotenzial dar. In den USA wurden durch Personen aus einem vergleichbaren Spektrum („Sovereign Citizens“) bereits mehrere Polizisten getötet.

BfV-Präsident Haldenwang hofft, dass diese aktuelle Großrazzia andere Reichsbürger zukünftig abschrecke, Gewalt zu planen oder zu verüben. Der Szene werden in Deutschland 21.000 Anhänger zugeordnet und davon 2.100 von den Verfassungsschutzbehörden als gewaltorientiert eingestuft. Weil Reichsbürger ihre persönliche Situation oft als ausweglos empfinden, wächst ihr Hass auf Vertreter des Staates, welche sie für ihre Schwierigkeiten verantwortlich machen. Versuche von Verwaltungsmitarbeitern, säumige Gebühren und Steuern einzutreiben, werden von Reichsbürgern und Selbstverwaltern deshalb auch als „Plünderung“ oder „Kriegserklärung“ bezeichnet. ■

PROF. DR. STEFAN GOERTZ ist Oberstleutnant d.R. Der Politikwissenschaftler lehrt und forscht an der Hochschule des Bundes, am Fachbereich Bundespolizei, in Lübeck. Dieser Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.

Bei der Razzia gegen die Reichsbürgerszene wurden Wohnungen in Deutschland, Österreich und Italien durchsucht (Foto links oben).

Generalbundesanwalt Peter Frank gab anschließend eine Erklärung ab (links unten).

Polizisten gehen gegen eine Gruppe von Extremisten vor, die im August 2020 bei einer Kundgebung einen „Sturm auf den Reichstag“ proklamiert hatten.

Illustration : Ruwen Kopp; Fotomaterial: Ruwen Kopp, Screenshot von Telegram

Soldat und Verfassungsfeind

In der Telegram-Gruppe „Soldaten & Reservisten“ rufen Mitglieder zum Umsturz der Regierung auf. Gleichzeitig werden jüdische und muslimische Soldaten von ihren Kameraden diskriminiert. In der Bundeswehr hat sich zwar nach dem Fall Franco A. im Kampf gegen Rechtsextreme viel getan, trotzdem stellt sich die Frage: Ist das genug?

VON JULIA EGLEDER

Der Aufruf zum Umsturz der Bundesregierung kommt mit einem Vibrieren aufs Handy. „Das System ist am Ende. Befreien wir uns endlich von der Tyrannei“, steht in weißen Buchstaben auf dem Bild eines Totenkopfs. Schriftzug wie Totenkopf sind Teil eines Posters, das zu einer Demonstration des „Leipziger Widerstands“ am 14. November 2022 aufruft und kürzlich in der Gruppe „Soldaten & Reservisten“ im sozialen Netzwerk Telegram gepostet wurde. Der Post stößt auf Zustimmung in der Gruppe: Nach wenigen Tagen haben bereits über 4.000 Nutzer diesen Post angesehen, 42 davon haben ihre Zustimmung mit einem „Like“ bekundet.

In derselben Telegram-Gruppe postet der Nutzer Adrian Raphael Chmiel ein paar Tage später einen weiteren Putschaufruf – in gewöhnungsbedürftig bedeutungsschwangerem Stil: „Alle nach Berlin und ihr wisst dann, was zu tun ist. Ohh ihr wisst, was zu tun ist“, schreibt er. Über 5.000 Nutzer haben diesen Post angesehen, 52 ein „Like“ vergeben. Weiter unten wird Wirtschaftsminister Robert Habeck in Nutzer-Posts als „verlogene Drecksau“ beschimpft, Polizisten als „Drecks Söldner Bullen“ und Bundestagsabgeordnete als „verfassungswidrig gewählte ‚Volksvertreter‘“.

Die Telegram-Gruppe „Soldaten & Reservisten“ hat über 14.000 Mitglieder. Sie richtet sich mit Soldaten und Reservisten an Personen, die per Eid geschworen haben, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu verteidigen. Und die damit besonders hinter der demokratischen Grundordnung stehen sollten. Die Telegram-Gruppe zeigt, dass das viele offenbar nicht tun.

Doch nicht nur in den Sozialen Medien gibt es Anzeichen dafür, dass es in der Bundeswehr Menschen gibt, die dort nicht hingehören. Stefan Deuter (Name von der Redaktion geändert) ist jüdischer Soldat und dient im Heer. Im Gespräch mit *loyal* berichtet er, dass mehrere Kameraden in seiner Einheit das Wort „Jude“ als Schimpfwort benutzten. Einmal sagte sogar ein Soldat zu ihm, es sei schade, dass Stefan Deuters Familie während der Nazi-Zeit nicht im Zug nach Ausschwitz gesessen habe. Deuter fühlt sich in seiner Einheit diskriminiert und gemobbt und überlegt, die Bundeswehr zu verlassen. Er ist mit diesen Erfahrungen nicht allein. Der aktuelle Bericht der Wehrbeauftragten listet viele solcher Fälle auf. Einer davon spielte sich im Sommer 2021 in Litauen ab: Dort sind laut Wehrbericht bei ▸

Franco A. vor Beginn seines Prozesses im Gespräch mit Journalisten. Der Bundeswehroffizier wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt zu fünfeinhalb Jahren Haft wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat verurteilt – ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik.

der Enhanced Forward Presence deutsche Mannschaftssoldaten aufgefallen, weil sie Zugangehörige mit Migrationshintergrund als „Ziegenficker“ oder „Teppichklopfer“ bezeichnet sowie eine Soldatin gemobbt und beleidigt hatten. Dieselben Soldaten sangen am 20. April ein Geburtstagslied für Adolf Hitler und sendeten sich in den Sozialen Medien Fotos mit Wehrmachtssoldaten und der Aufschrift „Schweigen!!!= nicht schwätzen! Der Feind hört mit!“ zu. Soldaten der Einheit meldeten die Vorkommnisse, der gesamte Panzergrenadierzug wurde daraufhin aus Litauen abgezogen und repatriiert.

Die Geschehnisse in Litauen sind keine Einzelfälle. Im Jahr 2021 bearbeitete der Militärische Abschirmdienst (MAD), der für die Extremismusabwehr innerhalb der Truppe zuständig ist, 1.452 Verdachtsfälle auf Extremismus in der Bundeswehr. Der Großteil, nämlich 85 Prozent, bezog sich auf Fälle von Rechtsextremismus. Die Zahl der Verdachtsfälle, denen der MAD nachgeht, stieg in den letzten Jahren massiv. Im Jahr 2019 kamen 363 Fälle neu hinzu, im Jahr 2020 schon 477. Martina Rosenberg, die Präsidentin des MAD, schreibt dazu etwas sperrig im Vorwort des aktuellen MAD-Berichts: Es habe sich gezeigt, dass sich die „Bedrohung für grundlegende Werte unserer offenen Gesellschaft durch Extremismus leider auf einem vergleichsweise hohen Niveau verstetigt hat“.

Dabei ist dem Staat im vergangenen Jahr durchaus ein bedeutender Schlag im Kampf gegen Rechtsextremismus gelungen. Im Juli verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main Franco A. zu fünfeinhalb Jahren Haft. Das Gerichtsverfahren war lang und zäh, 14 Monate lang befragten die Richter Zeugen, sicherten Beweise, hörten vor Gericht Audiomessages ab, die Franco A. selbst aufgenommen hatte. Am Ende des Verfahrens stand ein absolutes Novum in der Geschichte der Bundesrepublik: Ein Offizier der Bundeswehr wurde wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat (und Verstößen gegen das Waffenrecht) für schuldig befunden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Franco A. aus einer völkisch-nationalistischen, rechtsextremistischen Gesinnung heraus Anschläge auf Politiker und Aktivisten geplant und sich für diesen Fall Waffen besorgt hatte.

Als Franco A. im Februar 2017 aufflog, löste sein Fall ein wahres Erdbeben in der Bundeswehr aus. Die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen versprach, rigoros gegen das „Extremismusproblem“ vorzugehen, das sie in der Bundeswehr erkannte. Dazu initiierte sie mit großem Elan verschiedene Maßnahmen. Der Traditionserlass aus dem Jahre 1982 wurde innerhalb weniger Monate überarbeitet, Bezüge zur Zeit des Nationalsozialismus darin gestrichen. Kasernen wurden um-

benannt. Doch nicht immer ging es so schnell: Eine Studie, die darüber Auskunft geben sollte, wie weitverbreitet Rechtsextremismus in der Bundeswehr eigentlich ist, harrt immer noch der Veröffentlichung. Immerhin wurden in den vergangenen zwei Monaten unter dem schönklingenden Forschungstitel „Armee in der Demokratie“ bereits Fragebögen an ausgewählte Bundeswehrmitglieder verschickt. Was allen Nachfolgerinnen von der Leyens gemein war: Alle wiederholten immer wieder, dass Rechtsextremismus keinen Platz in der Bundeswehr habe.

Ziemlich unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit brachte der Fall Franco A. aber auch noch an anderer Stelle eine Welle ins Rollen, nämlich beim MAD. Dem Geheimdienst der Bundeswehr hatten Kritiker bis dahin oft vorgeworfen, auf „dem rechten Auge blind“ zu sein. Und tatsächlich hatte der Dienst Franco A. gar nicht auf dem Schirm gehabt und Ermittlungen gegen einen Soldaten aus A.s Netzwerk wieder eingestellt. Auch kam es immer wieder vor, dass MAD-Mitarbeiter Informationen über mögliche Durchsuchungen an die Verdächtigen durchstachen. Das brachte dem Dienst den Vorwurf ein, sich eher der Kameradschaft unter Soldaten verpflichtet zu sehen als einem unbedingten Aufklärungswillen. Und in der Tat ermittelten bis 2017 immer Soldaten gegen Soldaten – Zivilisten waren in der Extremismusabwehr nicht vorgesehen.

Doch seit dem Fall Franco A. ist im MAD kaum noch etwas wie vorher. Der Geheimdienst der Bundeswehr wächst massiv – um über die Hälfte von knapp 1.300 Dienstposten im Jahr 2017 auf zukünftig 2.800 im Jahr 2031. In der Hochphase des Kalten Kriegs hatte der MAD bereits 2.500 Mitarbeiter gehabt, war dann aber nach dem Kollaps der Sowjetunion massiv heruntergespart worden. Zudem soll die Hälfte der MAD-Mitarbeiter in Zukunft Zivilisten sein, eine Verbrüderung oder ein allzu sanfter Umgang mit beschuldigten Soldaten soll damit vermieden werden.

Mit mehr Personal, das nun verstärkt von außerhalb der Bundeswehr

Die Bundeswehr wird erkannte Extremisten nur schwer los. Die entsprechenden Verfahren dauern zuweilen mehrere Jahre.

kommen soll, will der MAD Extremisten in der Bundeswehr frühzeitig erkennen und Verdächtige engmaschiger überwachen können. Dazu setzt der Dienst vor allem auf Sicherheitsüberprüfungen. Jeder, der in der Bundeswehr arbeiten möchte, wird seit Sommer 2017 zunächst vom MAD durchleuchtet: Was schreibt derjenige auf seinen Social-Media-Profilen? Was ist über ihn oder sie im Internet zu finden? Bisher mussten Neuzugänge lediglich ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen und sich zum Grundgesetz bekennen. Doch nicht nur die „Neuzugänge“ werden verstärkt vom MAD durchleuchtet. Wer bei der Bundeswehr an sensiblen IT-Systemen ▸

Ein Post im Telegram-Kanal „Soldaten & Reservisten“ ruft zum Widerstand gegen „das System“ auf. Dem Kanal folgen über 14.000 Nutzer.

Foto: Sebastian Gollnow / picture alliance / dpa; Screenshot Telegram

arbeitet oder in speziellen Verwendungen dient (etwa im KSK), wird nun standardmäßig und regelmäßig überprüft. Das bedeutet für den MAD einen Haufen Arbeit. Im Jahre 2020 hat der Geheimdienst 55.000 Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt – Tendenz steigend. Um diesen enormen „Workload“ zu bewältigen und auf die anvisierten 2.800 Mitarbeiter bis 2031 zu kommen, sucht der Dienst händeringend nach neuem Personal. Diese sollen vor allem IT-Kenntnisse mitbringen. Das ist kein einfaches Unterfangen angesichts der großen Konkurrenz um diese Fachkräfte auf dem zivilen Arbeitsmarkt und bei den anderen Bundesbehörden wie dem Zoll, die auch gerade massiv um neue Mitarbeiter werben.

Ein weiteres Novum beim MAD: Der Dienst, der bisher eifersüchtig über die eigenen Informationen wachte und nur selten über den eigenen Behördenzaun sah, arbeitet nun verstärkt mit zivilen Verfassungsschutzbehörden wie dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen. So können MAD-Mitarbeiter nun auf das Informationssystem Nadis zugreifen, in dem der Verfassungsschutz Informationen über Verdachtsfälle speichert. Auch gibt es regelmäßige Treffen, etwa in der AG Reservisten. In dieser Arbeitsgruppe wurden seit ihrer Einrichtung im Jahr 2017 über 1.250 Fälle erörtert. Das heißt, es wurde darüber beraten, ob bestimmte Reservisten für Reservedienstleistungen herangezogen werden sollten, weil Zweifel an ihrer demokratischen Grundeinstellung bestehen. In 163 Fällen lautete die Antwort „nein“. Diese Reservisten wurden „bis zur endgültigen Klärung der Vorwürfe nicht mehr für Dienstleistungen in Anspruch genommen“, heißt es im aktuellsten MAD-Bericht aus dem Jahr 2021.

Einige erfolgreiche Aktionen in jüngster Zeit sprechen dafür, dass der MAD durch die Reform tatsächlich schlagkräftiger geworden ist. Nach Hinweisen durch den MAD flogen zum Beispiel zwei ehemalige Soldaten auf, die eine eigene Söldnertruppe gründen wollten, um damit im Jemenkrieg einzugreifen. Die beiden Ex-Soldaten wurden im Oktober wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung zu Bewährungsstrafen verurteilt. Ein anderes Beispiel: In einer Großaktion ging der MAD im März 2022 gegen Soldaten im Raum Hannover vor, die Verbindungen zum sogenannten „Nordbund“ haben sollen, also Kontakte ins rechtsextremistische Milieu und in die gewaltbereite Rockerszene. Auch Andreas O., Oberfeldwebel bei den Gebirgsjägern, hatte der MAD laut Informationen der Tageszeitung taz früh auf dem Schirm. Andreas O. wurde im Dezember 2021 auf dem Münchner Odeonsplatz festgenommen, nachdem er auf einer Anti-Corona-Demo der Regierung ein Ultimatum gestellt und „Hochverrätern und Feiglingen am Grundgesetz“ gedroht hatte: „Eure Leichen wird man auf den Feldern verstreuen.“ Vorher hatte er in der Telegram-Gruppe „Soldaten für das Grundgesetz“ geschrieben, die Bundeswehr sei eine „Firma“, in der alles unternommen werde, um „uns Patrioten, die in der Bundeswehr gefangen sind, kaputtzumachen.“ Gemeint waren damit die obligatorischen Corona-Impfungen bei Soldaten.

Doch auch wenn der MAD effizienter wird, es bleibt ein großes Problem: Die Bundeswehr wird erkannte Extremisten wie Franco A. und Andreas O. nur sehr langsam los. Weil Truppengerichte, die über eine Entlassung aus dem Dienst entscheiden müssen, überlastet sind, dauern Verfahren dort oft viele Jahre. Das führt dazu, dass selbst verurteilte Straftäter wie Franco A. noch im Soldatenstatus leben und weiterhin Sold beziehen – wenn auch bei Franco A. nur noch die Hälfte seines Offiziersgehalts. Die Süddeutsche Zeitung listet weitere besonders eklatante Fälle auf, in denen Truppendienstgerichte ewig auf eine Entscheidung warten lassen: Erst nach sieben Jahren habe ein Truppengericht im Fall eines gezeigten Hitlergrußes verhandelt. Und im Fall eines verurteilten Hauptfeldwebels, der im Jahr 2016 einen Pakistaner geschlagen und rassistisch beleidigt hatte, befassten sich Bundes-

Viele Posts im Telegram-Kanal „Soldaten & Reservisten“ richten sich gegen die aktuelle Russlandpolitik der Bundesregierung. Politiker werden beschimpft und die Sanktionen gegen das Putin-Regime verdammt. Die am häufigsten genutzte Quelle dieser Posts: RT Deutschland.

Foto: Screenshot Telegram

wehrjuristen erst zwei Jahre nach dem Vorfall mit der Frage, ob der Hauptfeldwebel weiterhin in der Bundeswehr dienen sollte.

Auch problematisch: Die Kriterien, wann ein Verdachtsfall als Extremist eingestuft wird, sind sehr streng. Allein das Zeigen des Hitlergrußes führt nicht dazu, dass der MAD einen Soldaten als Extremisten (sogenanntes „Rot-Votum“) einstuft. In diesem Fall hat der Delinquent lediglich eine Herabsetzung im Dienstgrad zu fürchten. Als Extremisten wurden im Jahr 2020 nur 23 Bundeswehrmitglieder eingestuft – von über 1.000 Verdachtsfällen. Und selbst wenn der MAD einen Soldaten als Extremisten einstuft, heißt das noch lange nicht, dass dieser aus der Bundeswehr entlassen wird. Dazu muss die Bundeswehr beweisen, dass eine „gefestigte nationalsozialistisch geprägte Gesinnung“ beim Delinquenten vorliegt. Das kann dauern – siehe Überlastung der Truppendienstgerichte. Nur wenn ein Soldat noch nicht länger als vier Jahre bei der Bundeswehr ist, kann er schnell – und ohne Einschaltung der Truppendienstgerichte – aus der Bundeswehr entlassen werden. Die Wehrbeauftragte Eva Högl fordert deshalb eine Verlängerung dieser „Probezeit“ von vier auf acht Jahre. Dann könnte die Bundeswehr etwa Andreas O., der zum Umsturz der Regierung aufgerufen hat, schnell aus der Truppe ausschließen. Andreas O. war nämlich zum Zeitpunkt seines Putschaufrufes schon sechs Jahre bei der Bundeswehr.

Doch insgesamt stellt die Wehrbeauftragte der Bundeswehr ein gutes Zeugnis bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus aus: „Es wird eher und mehr gemeldet sowie disziplinar- und strafrechtlich verfolgt. Außerdem wurden Prävention und politische Bildung intensiviert", sagt Eva Högl im Gespräch mit *loyal*. Für eine verstärkte Sensibilisierung aller Bundeswehrmitglieder gegenüber extremistischen Tendenzen würden auch die in den vergangenen Jahren massiv gestiegenen Verdachtsmeldungen an den MAD sprechen, die zur Hälfte aus der Truppe selbst stammen, so Högl.

Trotzdem gibt es sie noch: Vorgesetzte, die Hinweise auf extremistisches Gedankengut nicht erkennen wollen oder bagatellisieren. Diese Erfahrung hat Stefan Deuter gemacht, der jüdische Soldat, den Kameraden in seinem Heeresverband antisemitisch beschimpft hatten. „Ich habe die Vorfälle natürlich meinen Vorgesetzten gemeldet“, sagt er. „Aber die taten meine Berichte mit dem Hinweis ab, im Heer herrsche einfach ein rauerer Ton als anderswo. Passiert ist nichts.“ Auch bei den Übergriffen in Litauen sah die Zugführung zunächst keinen Anlass, die rassistischen Beschimpfungen zu melden. Ein Portepeeunteroffizier, der stellvertretende Zugführer, half laut Bericht der Wehrbeauftragten sogar beim Vertuschen aktiv mit.

Alles in allem wirkt der Kampf gegen extremistische Tendenzen in der Bundeswehr wie ein Duell mit einer Hydra. Immer wenn ein Kopf abgeschlagen wird, also ein Erfolg zu verzeichnen ist wie etwa im Fall Franco A., wächst ein neuer Kopf nach. Und gerade im Moment ist es ein besonders gefährlicher Kopf, der da heranwächst. Bei der jährlichen Anhörung der Leiter der Nachrichtendienste durch das Parlamentarische Kontrollgremium hoben die drei Spitzen der deutschen Geheimdienste, neben dem MAD der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz, eine besondere Gefahr für unsere Gesellschaft hervor. Sie wiesen darauf hin, dass Russland verstärkt Stimmung gegen die deutsche Regierung und die Sanktionen gegen Russland mache und versuche, die deutsche Gesellschaft zu spalten. Putin erreicht dabei offensichtlich auch deutsche Soldaten und Reservisten. Das zeigt sich an den Posts in der Telegram-Gruppe „Soldaten & Reservisten“. „Bundesregierung schwurbelt sich Russland-Sanktionen schön“, heißt es da etwa, oder „Die gefährlichste Frau Deutschlands: Marie-Agnes Strack-Zimmermann“. Warum Strack-Zimmermann die gefährlichste Frau Deutschlands ist? Weil sie laut gepostete Nachrichtenquelle für eine militärische Eskalation plädiert und alle verhöhnt, die sich für eine Verhandlungslösung einsetzten. Eine andere „Newsquelle“ behauptet, die westlichen Waffenlieferungen führten zu mehr Kriminalität in der Ukraine – weil dort nun Bürger mit deutschen Waffen Jagd auf andere Bürger machten. Die meistzitierte Nachrichtenquelle dabei: RT News, ein bekanntes, von der russischen Regierung gesteuertes Medium. ■

Anzeige

SHOES FOR CREWS
THE SHOE THAT GRIPS®

ORIGINAL RUTSCHHEMMENDE SCHUHE SEIT 1984.

Shoes For Crews ist Pionier und vertrauenswürdiger Marktführer im Bereich rutschhemmende Sicherheit seit fast 40 Jahren.

- WASSERDICHTES OBERMATERIAL
- BEQUEME UND HERAUSNEHMBARE EINLEGESOHLE
- FEUCHTIGKEITSABSORBIERENDE MITTELSOHLE
- GEPOLSTERTE ZWISCHENSOHLE
- STOLPERSCHUTZ
- ÜBERLEGENE SFC RUTSCHHEMMENDE SOHLE - SCHMUTZABWEISEND UND FLEXIBEL
- KOMFORTABLES TRAGEGEFÜHL

Einfach QR Code scannen und mit Code **CORP25** **25 % Rabatt auf** das gesamte Sortiment erhalten!

Direkter Zugang unter
www.sfceurope.com/de/corporatesw

ZAHL DES MONATS

2

deutsche Staatsbürger sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung 2022 ausgereist, um „potenziell“ die russische Armee im Angriffskrieg gegen die Ukraine zu unterstützen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion mit. Eine der beiden Personen verfüge neben der deutschen auch über die russische Staatsangehörigkeit. Zehn Personen sind demzufolge den Behörden bekannt, die aus Deutschland ausgereist sind, um „potenziell“ die ukrainische Armee zu unterstützen, sechs von ihnen besäßen die deutsche Staatsangehörigkeit. **uz**

MUNITION

Neue Fabrik in Deutschland

Der Wehrkonzern Rheinmetall erweitert die eigene Munitionsproduktion an seinem Standort Unterlüß in Niedersachsen. Dort entsteht eine neue Halle samt Fertigungsanlage für Mittelkalibermunition 20–35 Millimeter. Die Fertigstellung der Anlage ist für diesen Monat angekündigt. Die Produktion soll dann im Juni 2023 anlaufen. Auch Munition für den Flakpanzer Gepard kann dort gefertigt werden, so ein Unternehmenssprecher gegenüber *loyal*. Für die an die Ukraine gelieferten Gepard-Flugabwehrpanzer, ist die Munitionsversorgung bis dato nicht gesichert, da jene nicht mehr in Deutschland produziert wird. Für die Anlage investiert Rheinmetall laut eigenen Angaben einen zweistelligen Millionenbetrag in Unterlüß und rechnet mit dem Aufbau von dreißig bis fünfzig neuen Arbeitsplätzen. Am Standort sind derzeit rund 2.100 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Laut dem Konzern soll die neue Produktionsstätte dazu dienen, die Munitionsversorgung in Deutschland unabhängiger von Fertigungsstätten im Ausland zu machen. **bm**

BUNDESWEHR I

Weg für neues Sturmgewehr frei

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat Mitte Dezember den Kauf eines neuen Sturmgewehrs für die Bundeswehr gebilligt. Damit ist – zehn Jahre nach der Ankündigung, das G36 auszumustern, der Weg frei für ein Nachfolgegewehr. Nach einem langen Hin und Her bei der Ausschreibung wird auch das neue Gewehr vom Schwarzwälder Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch kommen. Heckler & Koch soll 118.718 neue Gewehre HK416A8 (abgebildet in der Variante mit langem Lauf) für insgesamt rund 273,3 Millionen Euro liefern. Das Ende des bereits im Jahr 1995 in die Bundeswehr eingeführten Sturmgewehrs G36 ist das allerdings noch nicht. Ab Mitte kommenden Jahres soll die Waffe an Reservisten der Bundeswehr übergeben werden, nämlich an die Schutz- und Sicherungskräfte im Heimatschutz, die von der Reserve gestellt werden, so das Verteidigungsministerium. **je**

UKRAINEHILFE

EU überholt USA

Die EU hat erstmals die USA bei der Gesamtsumme der zugesagten Hilfen an die Ukraine überholt. Nach dem Beschluss weiterer Finanzhilfen im Dezember kommen die EU-Länder zusammen mit den EU-Institutionen nun auf knapp 52 Milliarden Euro an militärischer, finanzieller und humanitärer Hilfe. Deutschland hat sich dabei zum größten Geberland in Europa entwickelt. Die von den USA gemachten Unterstützungszusagen summieren sich auf 48 Milliarden Euro. Wesentlicher Grund für die Veränderungen ist ein von der EU für 2023 beschlossenes, 18 Milliarden Euro schweres Paket an finanzieller Unterstützung für die Ukraine. „Bisher hinkte die seit Kriegsbeginn zugesagte Unterstützung der EU an die Ukraine immer den Amerikanern hinterher. Nun übertreffen die europäischen Zusagen das Volumen der von den USA angekündigten Hilfen. Das sollte auch so sein angesichts der Bedeutung, die

der Kriegsverlauf für die europäische Sicherheit hat“, sagt Christoph Trebesch vom Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW). Das IfW publiziert den „Ukraine Support Tracker“, einen Online-Überblick über die gesamten Unterstützungsleistungen für die Ukraine. **je**

ISRAEL

Erste Frauen-Panzerkompanie

Die Streitkräfte Israels setzen erstmals eine Panzer-Kompanie ein, in der nur Soldatinnen dienen. Die Einheit ist Teil des Caracal-Bataillons, bestehend aus leichter Infanterie, ergänzt mit Kampfpanzern vom Typ Merkava VI. Das Bataillon untersteht dem Grenz-Verteidigungskorps auf dem Sinai, das für den Schutz der Grenzen zu Ägypten und Jordanien zuständig ist. Dort gibt es Auseinandersetzungen mit Schmugglerbanden und einer IS-Zelle. Das Konzept der Frauen-Panzerkompanien wurde über ein zweijähriges Programm getestet, das 2020 anlief und nun von der israelischen Heeresführung als erfolgreich bewertet wurde. Ein erstes Pilotprojekt (siehe Foto) war im Militär noch umstritten, ob es alle Aspekte der Panzerführung umfasst. Israels Generalstabschef Aviv Kohavi: „Wir schließen erfolgreich einen professionellen und tiefgehenden Prozess ab, der Teil des Konzepts ist, das Israels Armee immer mehr Kampfrollen für Frauen öffnet.“ **bm**

RÜSTUNG

Neuer Tarnkappenbomber

Die US-Air Force wird ihre noch aus dem Kalten Krieg stammende B1- und B2-Bomberflotte durch das neue Modell B-21 „Raider“ ersetzen. Der Tarnkappenbomber wurde im Dezember mit einer großen Inszenierung im kalifornischen Palmdale der Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich um den ersten neuen Bombertyp seit 30 Jahren, der allerdings in fast allen Details strenger Geheimhaltung unterliegt. „Selbst die ausgeklügeltsten Luftverteidigungssysteme werden Schwierigkeiten haben, den B-21 am Himmel ausfindig zu machen“, sagte Verteidigungsminister Lloyd Austin. Das an ein UFO aus einem Kinofilm erinnernde Flugzeug mit seinen fließenden Formen ist Teil der Modernisierung der amerikanischen Atomstreitkräfte, die auch die silogestützten ballistischen Nuklearwaffen sowie die strategischen U-Boote betrifft. Ein erster Testflug ist für dieses Jahr geplant. Der Preis pro Bomber soll bei 750 Millionen Dollar liegen. Die US-Luftwaffe plant die Anschaffung von 100 Exemplaren. **uz**

BUNDESWEHR II

Nannt verlässt die Bundeswehr

Der Kommandeur der Bundeswehr-Logistikschule in Garlstedt bei Bremen, Boris Nannt, verlässt die Bundeswehr. Auf Twitter gab der 53 Jahre alte Brigadegeneral bekannt, er wechsele zum 1. April als Vorstandsvorsitzender an die Akademie Deutscher Genossenschaften e.V. Dies sei „auch für mich eine unerwartete Entwicklung“, ergänzte Nannt. Er sei der Bundeswehr dankbar für viele großartige Erfahrungen und fordernde Aufgaben. „Das wird mir auch in der neuen Tätigkeit helfen.“ Der künftige Arbeitgeber Nannts hat seinen Sitz in Montabaur in Rheinland-Pfalz. Die Einrichtung bezeichnet sich selbst als eine der bedeutendsten Führungs- und Managementakademien in Deutschland. Aufgabe der Akademie ist es nach eigenen Angaben, Vorstände, Führungskräfte und Spezialisten aus Genossenschaftsbanken und kooperativen Unternehmen weiter zu qualifizieren. **uz**

Fotos: Heckler & Koch; Israel Defense Forces; Jeremy Mosier / U.S. Air Force; Bundeswehr

Kampf in Häusern und Tunneln

Ein südossetischer Soldat auf Seiten der russischen Armee im Häuserkampf im April in der Nähe der ukrainischen Stadt Mariupol. Der Krieg in der Ukraine zeigt die Zukunft: Kämpfe werden mehr und mehr in Städten, Häusern und der Kanalisation ausgefochten.

Foto: Ilya Pitalev / Sputnik / imago images

Urbane Operationen werden den Krieg der Zukunft prägen. Schon heute lebt mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten. Der Ukraine-Krieg zeigt die strategische Bedeutung von Ballungsräumen. Die Bundeswehr ist auf diesen Kampf in Städten ungenügend vorbereitet.

D

VON ILHAN AKCAY

Die zentralen Operationen im Ukraine-Krieg drehen sich um Städte. Das zeigen eindrücklich die Kämpfe um Kyjiv, Charkiv und Mariupol. Die Entscheidungen fallen oft nicht in der Weite der Fläche, sondern in urbanen Räumen. Denn Städte sind kulturelle, wirtschaftliche und politische Zentren, deren Bedeutung stetig wächst. Laut den Vereinten Nationen lebt bereits mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Dieser Wert soll bis 2050 auf fast zwei Drittel steigen. Urbane Räume zu halten oder zu erobern, wird in der Kriegsführung immer wichtiger.

Die Bundeswehr muss sich auf diese Herausforderung zügig vorbereiten. Doch die Entwicklung scheint in eine andere Richtung zu gehen. Bei der laufenden Neufokussierung auf Landes- und Bündnisverteidigung stehen wieder konventionelle Operationen im Mittelpunkt. Es fällt auf: VJTF-Eingreifverband und EFP-Einheiten werden vor allem auf ein Kriegsbild geschult und beübt, das sich am mechanisierten Gefecht in der Fläche orientiert, wie wir es aus dem Zweiten Weltkrieg kennen, und auf das sich die NATO bis 1990 vorbereitet hat. Auch ein Blick in das Thesenpapier des Heeres „Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig?“ von 2017 zeigt: Es geht hier um das klassische Gefecht von Panzertruppen. Mit Kämpfen in urbanen Räumen wird nur im Ausnahmefall gerechnet.

Dabei ist es spätestens seit dem Krieg in der Ukraine offensichtlich, welche zentrale Rolle Städte für die moderne Kriegsführung spielen. International gibt es vereinzelt Bestrebungen, diese Lücke im Kriegsbild zu schließen. Ein Beispiel ist der Urban Operations Planner Course (UOPC) der 40. Infanteriedivision der US-Nationalgarde. Dieser Kurs führt international anerkannte Experten für urbane Operationen zusammen, um Stabspersonal die Operationsplanung und -führung ab Ebene Brigade näherzubringen. Der Autor dieses Artikels nahm am zweiten UOPC im Juli dieses Jahres teil und erlangte einen besseren Einblick in die Bedürfnisse urbaner Operationen, die er hier mit Blick auf die Bundeswehr vorstellt.

Herausragend für urbane Räume sind die Massen an Menschen, die auf engstem Raum zusammenleben. Dass sich umkämpfte Städte durch Flucht der Zivilbevölkerung entleeren, ist unrealistisch. So befanden sich bei Beginn der Schlacht um Stalingrad 1942 noch bis zu einer halben Million Zivilisten in der Stadt. In der Schlacht um Berlin 1945 sollen nach Schätzun- ▸

gen bis zu 22.000 Zivilisten umgekommen sein. Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass es im Kriegsfall auch heute noch Zivilisten in großen Mengen in Städten geben wird. Hieraus entsteht eine massive Herausforderung für westliche Armeen wie die Bundeswehr: Ein wahlloses Vorgehen, wie es die russischen Streitkräfte an den Tag legen, entspricht nicht unseren Werten. Westliche Streitkräfte müssen Zivilisten soweit wie möglich im Rahmen des humanitären Völkerrechts schonen und beschützen. Ganz konkret kann das heißen, dass Zivilisten durch das Militär medizinisch behandelt und mit lebenswichtigen Gütern wie Lebensmittel, Trinkwasser und Kleidung versorgt werden müssen. Das belastet Sanitäts- und Logistikeinrichtungen der Streitkräfte zusätzlich.

Zerstörte Infrastruktur wie Kraftwerke und damit ein Stromausfall in Krankenhäusern verschärft diesen Aufwand weiter. Zu der Versorgung kommt ein weiterer Belastungsfaktor für das Militär: Die Menschenmassen sollen die Operationsführung so wenig wie möglich beeinträchtigen. Versorgungsstraßen und Angriffsachsen müssen freigehalten, Ausschreitungen müssen eingegrenzt werden. Das heißt für die Bundeswehr: Feldjäger werden wichtiger, da sie Expertise im Überwachen von unfriedlichen Menschenansammlungen und Krawalleindämmung besitzen.

Für die Kampfeinsätze der Streitkräfte sind Städte somit maximal anspruchsvoll. Weit offene Plätze, breite und kilometerlange Straßen, enge Gassen und Seitenstraßen, Hochhäuser, Industrieanlagen, Keller, Kanalisation und andere Gebäude schaffen einen komplexen Operationsraum. Durch den Krieg können noch Fahrzeugwracks, eingestürzte Gebäude und Trümmer hinzukommen. Die Bedrohungen in der Stadt kommen aus jeder Richtung, von oben und von unten. Gebäude können verstärkt und zur Verteidigung vorbereitet, Kanalisationen können genutzt werden, um Truppen ungesehen zu verschieben. Die Straße wird zur Todeszone. Wer überleben will, muss Deckung innerhalb von Gebäuden suchen. Soldaten müssen sich innerhalb von Häusern unter der Nutzung von Wanddurchbrüchen bewegen. Dazu bedarf es aber Sprengspezialisten. Die Pioniertruppe der Bundeswehr hat diese Spezialisten, diese müssen aber genau für diesen Auftrag ausgebildet und in genügender Anzahl vorgehalten werden.

Auch die Kampfausrüstung der Bundeswehr-Infanteriekräfte muss für den urbanen Krieg optimiert werden. Beispiele: Um Gebäude freizukämpfen, ist deren wahllose Zerstörung keine Option für die Bundeswehr. Anspruch ist es, Kollateralschäden an Zivilisten zu minimieren. Moderne Verfahren – auf Englisch: Close Quarter Battles – orientieren sich daran und am Schutz der eigenen Kräfte. Dazu bedarf es aber einer Anpassung der Ausrüstung. So sind ballistische Schilde nötig, wie sie Spezialeinheiten von Polizeien nutzen. Diese sind ideal, um die Sicherheit der eigenen Truppe in langen Korridoren zu gewährleisten. Spezielle Mündungsfeuerdämpfer, sogenannte Blast Deflectors, lenken den Gasdruck nach vorne ab und schützen in beengten Räumen die Personen neben dem Schützen vor dem Gas- und Schalldruck der Waffe.

Verfahren wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg angewendet wurden, etwa das Freikämpfen eines Raumes mit einer Handgranate und dann einem Feuerstoß in den Raum, sind kein akzeptables Vorgehen mehr, um im Stadtkampf zu bestehen. Bei unterirdischen Anlagen kommen weitere Herausforderungen hinzu: fehlende Luftzirkulation, besondere Druckverhältnisse und mögliche Belastung durch giftige Stoffe. Atemschutzmasken und Pressluftatmungssysteme mitzuführen, ist essenziell, um auch bei schlechter Luftqualität kämpfen zu können. Durch die Druckverhältnisse in unterirdischen Anlagen werden laute Geräusche wie etwa der Mündungsknall von Waffen um ein Vielfaches verstärkt, weswegen passender Gehörschutz enorm an Bedeutung gewinnt.

Die Vorbereitung westlicher Streitkräfte wie der Bundeswehr auf urbane Operationen lässt noch zu wünschen übrig. Lehrgänge, die über die Ebene der Kompanie hinausgehen oder operative Belange betrachten, sind rar gesät. Der UOPC ist der einzige Kurs, der sich auf urbane Operationen ab Brigade-Ebene konzentriert. Dabei ist die Brigade der zentrale Gefechtsverbund in den Streitkräften von NATO und EU.

In der Bundeswehr sind Bemühungen angelaufen, dieses Defizit zu be-

Die Vorbereitung der Bundeswehr auf urbane Operationen lässt zu wünschen übrig.

Panzergrenadiere beim Erstürmen eines Gebäudes im Rahmen einer Übung.

Norwegische Soldaten trainieren urbane Operationen in der Bunderswehr-Übungsstadt Schnöggersburg in der Colbitz-Letzlinger Heide (Sachsen-Anhalt). Es ist die größte Anlage ihrer Art in Europa.

heben. Ein Beispiel ist die Übungsreihe KOMET der Luftlandebrigade 1. Diese soll von 2023 an im Dreijahresrhythmus stattfinden. Ziel ist das Beüben von Angriffen von Luftlandekräften auf urbane Räume. Zum Auftakt soll die Übung in der urbanen Übungsanlage Schnöggersburg in Sachsen-Anhalt stattfinden. Um die Bundeswehr aber als Ganzes für die Herausforderungen urbaner Operationen fit zu machen, sind drei Schritte nötig. Erstens: Das Kriegsbild muss mit den Erfahrungen des Ukrainekrieges modernisiert und der Stellenwert von Operationen in urbanen Räumen herausgearbeitet werden. Zweitens: Die Truppe muss für die Herausforderungen des urbanen Umfeldes mit der nötigen Ausrüstung ausgestattet werden. Drittens: Die Truppe muss in neuen Verfahren, in der Planung und Durchführung urbaner Operationen ausgebildet werden. ■

ILHAN AKCAY ist Fallschirmjäger und Oberleutnant der Bundeswehr. Er studierte an der Technischen Universität München Luft- und Raumfahrttechnik, bevor er Soldat wurde. Er war Führer eines Joint Fire Support Teams und S3-Offizier im Fallschirmjägerregiment 26. Bei der Ausbildungsunterstützung der Bundeswehr für die irakische Armee nahm er 2019 als Führer eines Mobile Training Teams teil. Zurzeit ist er Presseoffizier der Luftlandebrigade 1. In diesem Beitrag gibt er seine persönliche Meinung wieder.

Fotos: Klaus-Dietmar Gabbert / picture alliance / dpa ; Bundeswehr (2)

Ein Schützenpanzer Marder mit Tarnmuster für urbane Operationen in der Übungsstadt Schnöggersburg.

Der *loyal*-Beitrag „Geschönte Meldeketten“ hat eine rege Diskussion zu Wert und Umsetzung der Inneren Führung ausgelöst. Nun meldet sich Brigadegeneral Robert Karl Sieger, Stellvertretender Kommandeur Zentrum Innere Führung, zu Wort.

Innere Führung: Krise oder Kritik?

VON ROBERT KARL SIEGER

Die Innere Führung ist in der Krise – so sagen einige. Handelt es sich wirklich um eine Krise, geht es um Kritik? Woran machen wir beides fest? Reichen Einzelbeispiele? Was genau ist mit der Forderung nach grundsätzlicher Überarbeitung gemeint? Geht es um Ziele und Ausrichtung der Inneren Führung, geht es um den Geltungsbereich? Oder sind die Gestaltungsfelder und das Vorleben beziehungsweise Leben der Inneren Führung Gegenstand der kritischen Betrachtung? Geht es dann um Modernität und Zeitgeist in Begrifflichkeiten oder um die gelebte oder gefühlte Umsetzung im täglichen Dienst? Viele Fragen, die zeigen, wie groß der Spielraum für Missverständnisse und wie hoch der Gesprächsbedarf ist.

Ziele tragen unverändert

Aus meiner Sicht tragen die Ziele der Inneren Führung und bedürfen keiner Änderung. Viel wichtiger ist, dass jeder und jede Angehörige der Bundeswehr diese Ziele für sich als verbindliche Richtschnur setzt und tagtäglich das eigene Tun danach ausrichtet. Nach meiner Erkenntnis aus über 180 Beobachtungsbesuchen in der Truppe erfolgt dies mehrheitlich. Dennoch ist hier Luft nach oben. Bei der Vermittlung, Umsetzung, Durchdringung und Durchsetzung dürfen wir alle konsequenter sein. Hier sind wir als Führungskräfte aller Ebenen gefordert. Die bewährten Grundprinzipien der Inneren Führung – wie zum Beispiel Führen mit Auftrag, Führen von vorn und durch Vorbild – sind es, die dabei im Fokus stehen. Berechtigte Themen sind deshalb auch Wahrhaftigkeit von Meldungen und Mut trotz Widerständen und persönlicher Risiken, Vertrauen und Wertschätzung, konstruktiverer Umgang mit Fehlern und andere mehr.

Kritik gab es schon immer

1950 im Eifelkloster Himmerod erdacht, soll die Innere Führung den Ausgleich herstellen zwischen den Anforderungen einer auf Befehl und Gehorsam gründenden einsatzbereiten Bundeswehr – einschließlich der damit verbundenen Einschränkungen – und den individuellen staatsbürgerlichen Rechten des und der Einzelnen. Dass dieser Ansatz gewollt nicht spannungsfrei war und ist, zeigt sich seit Gründung der Bundeswehr. Seither folgt in regelmäßigen Wellen die Kritik an einer angeblich

Foto: Bundeswehr

Kernkritik der Titelgeschichte in *loyal* 11/22

Im Artikel „Geschönte Meldeketten“ ging es um die Frage, ob die Innere Führung heute noch funktioniert. Autorin Julia Weigelt machte dies unter anderem an der Neigung von Vorgesetzten fest, keine realistischen Zustandsbeschreibungen mehr nach oben weiterzugeben, um die eigene Karriere nicht zu gefährden. Außerdem, so eine zugespitzte These, gelte die Unterstützung von Vorgesetzten und gelebte Kameradschaft vornehmlich weißen Hetero-Männern in der Bundeswehr.

mangelnden Einsatztauglichkeit der Inneren Führung beziehungsweise der angeblich rückständigen Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen. „Krieger-Ethos“ und „archaischer Kämpfer“ versus „Staatsbürger in Uniform“ lautet zugespitzt die Frage hinter der Kritik.

Drei Überlegungen zur Orientierung. Erstens: Die Konzeption der Inneren Führung mit ihrem unveränderlichen „Kern“ – der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – und ihrem veränderbaren „Mantel“ – Gestaltung durch gesellschaftliche Entwicklungen – ist nicht auf Entweder-Oder ausgelegt. Es geht um den Ausgleich. Um diesen darf und muss kritisch gerungen werden.

Zweitens: Obwohl nicht selten das Gegenteil behauptet wird, hat sich die Innere Führung im Einsatz bewährt. Dafür stehen die Einsätze der Bundeswehr in der gesamten Bandbreite. Von Internationalem Krisenmanagement, wie zum Beispiel in Afghanistan oder Mali, und der Präsenz an der NATO-Ostflanke, wie in Litauen, Tschechien und der Slowakei, bis hin zu Hilfeleistungen bei Hochwasser und zur Bewältigung von COVID-19. Dafür stehen viele Tausende von Soldatinnen und Soldaten, die aus Einsicht und Überzeugung ihre Pflicht erfüllt haben, auch im Gefecht und unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit.

Drittens: Immer wieder, auch nach Skandalen, wurde der verkürzte Schluss gezogen: Individuelles Fehlverhalten sei Beleg für das Scheitern der gesamten Konzeption. Als ob wegen einer Vielzahl von täglichen Übertretungen im Straßenverkehr sofort die gesamte Straßenverkehrsordnung abgeschafft werden muss, oder sich in der Krise befindet. Hier wird Krise mit Kritik an Fehlverhalten beziehungsweise Fehlentwicklungen verwechselt.

Modernität der Inneren Führung

Seit der Herausgabe der derzeit gültigen Vorschrift (2008) hat sich vieles verändert: Aussetzen der Wehrpflicht, zunehmender – wenngleich nicht ausreichender – Anteil von Frauen in allen Laufbahnen und Verwendungen, hohe Bedeutung von Social Media und Digitalisierung in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens und der Bundeswehr, Informations- und Kommunikationsflut bei gleichzeitiger Überkomplexität von Strukturen und Prozessen sind dafür Beispiele. Vielfalt in all ihren Dimensionen, Vereinbarkeit von Familie und Dienst, Betreuung und Fürsorge für im Einsatz an Körper, Geist und Seele Verwundeter und vieles andere mehr haben zu Recht Einzug in die Bundeswehr gefunden. Dabei geht es den einen zu schnell, sie sehen die Einsatzbereitschaft gefährdet, die anderen finden die Bundeswehr rückständig, unmodern und dadurch unattraktiv. Letztlich ist dies Beleg für das gewollte oben beschriebene Spannungsfeld. Genau deshalb haben wir uns als Bundeswehr, insbesondere als Führungskräfte, dieser Diskussion zu stellen. Mit der durch den Generalinspekteur angewiesenen Weiterentwicklung der Inneren Führung soll vieles davon 2023 in einem praxisorientierten, partizipativ erstellten Handbuch adressiert werden. Dies ist zugleich der Startschuss für die Fortschreibung der Konzeption der Inneren Führung.

Innere Führung – gerade jetzt!

Ungeachtet der Kritik, ungeachtet unerwünschten Verhaltens und bestehender Anpassungsbedarfe: Die Bundeswehr befindet sich nach Jahren des Schrumpfens ihrer Fähigkeiten und einem immer größer gewordenen Spagat zwischen Anforderungen und Ressourcen inmitten eines epochalen Wandels. Gefordert ist nichts weniger als die Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Gerade jetzt kommt es darauf an, Innere Führung jeden Tag ganz bewusst zu leben, zu erleben und insbesondere vorzuleben. Dies stärkt die Menschen in der Bundeswehr, dies stärkt die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Und es stärkt die Bindung zwischen Streitkräften und Gesellschaft. Gerade deshalb wollen wir im Dialog bleiben. Geordnet und mit Klarnamen. Dazu werden wir in eine Diskussion über Ihre ganz konkreten Kritikpunkte und Änderungswünsche zur Inneren Führung eintreten. Sprechen Sie uns dazu über das Internet oder den Kanal Innere Führung in YNSIDE (für Angehörige der Bundeswehr) an. ■

Unsere **Mitgliedskarte**, die mehr kann, als sich nur **auszuweisen**:

In 2015 haben wir uns entschlossen, mit der Advanzia Bank nicht nur einen normalen Mitgliedsausweis herauszugeben sondern einen Ausweis, der auf Wunsch auch eine Zahlungsfunktion beinhaltet. Viele Mitglieder hatten sich innerhalb der gesetzten Frist zur Nutzung dieser entschieden.

Aus aktuellem Anlass – erneut ist die Mastercard® GOLD unserer Partnerbank als **BESTE KREDITKARTE** ausgezeichnet worden, möchten wir unsere Mitglieder auf das äußerst attraktive Doppel aufmerksam machen.

Bei unseren weiteren Rabattpartnern dient zudem unser kombinierter Mitgliedsausweis als Nachweis, um die Vorteile hier in Anspruch nehmen zu können.

Einige – aus unserer Sicht – besondere Vorteile:

- **0 € Jahresgebühr** – dauerhaft
- **0 € Auslandseinsatzgebühr** – weltweit
- **exklusive GOLD-Kartenvorteile**
- **kostenlose Reiseversicherung** (nur möglich bis zum Alter von 75 Jahren)

Jeder weltweite Euro Einkaufsumsatz führt mit 0,25% zu einem Guthaben, das Ihnen einmal jährlich im Januar auf Ihr Bankkonto überwiesen wird. Somit nehmen Sie an einem weltweiten CashBack System teil, das Ihnen so nur der Reservistenverband bietet!

Als Mitglied des Reservistenverbandes können Sie Ihre persönliche Karte unter **www.reservisten-service.de** im Bereich „Kreditkarte“ kostenfrei bestellen.

Bei Interesse können die Familienangehörigen ebenfalls unter **www.reservisten-service.de** ihre Bestellung kostenfrei vornehmen.

RSG. Reservisten Service GmbH

die reserve

LEBEN IN UNSEREM VERBAND

#1
2023

Dramatisch
Reservist Musa Baray möchte Menschen in Afghanistan helfen

Selbstkritisch
Wo ist die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit?

Exemplarisch
Wie ein Reservist einem Kameraden das Leben rettete

Der Weg für die Reserve

Die Bundeswehr hat die Weisung für die Reservistenarbeit für die Jahre 2023 bis 2025 veröffentlicht – mit konkreten Plänen für die Heimatschutzkräfte

reservistenverband.de · facebook.com / reservistenverband · twitter.com / DieReserve

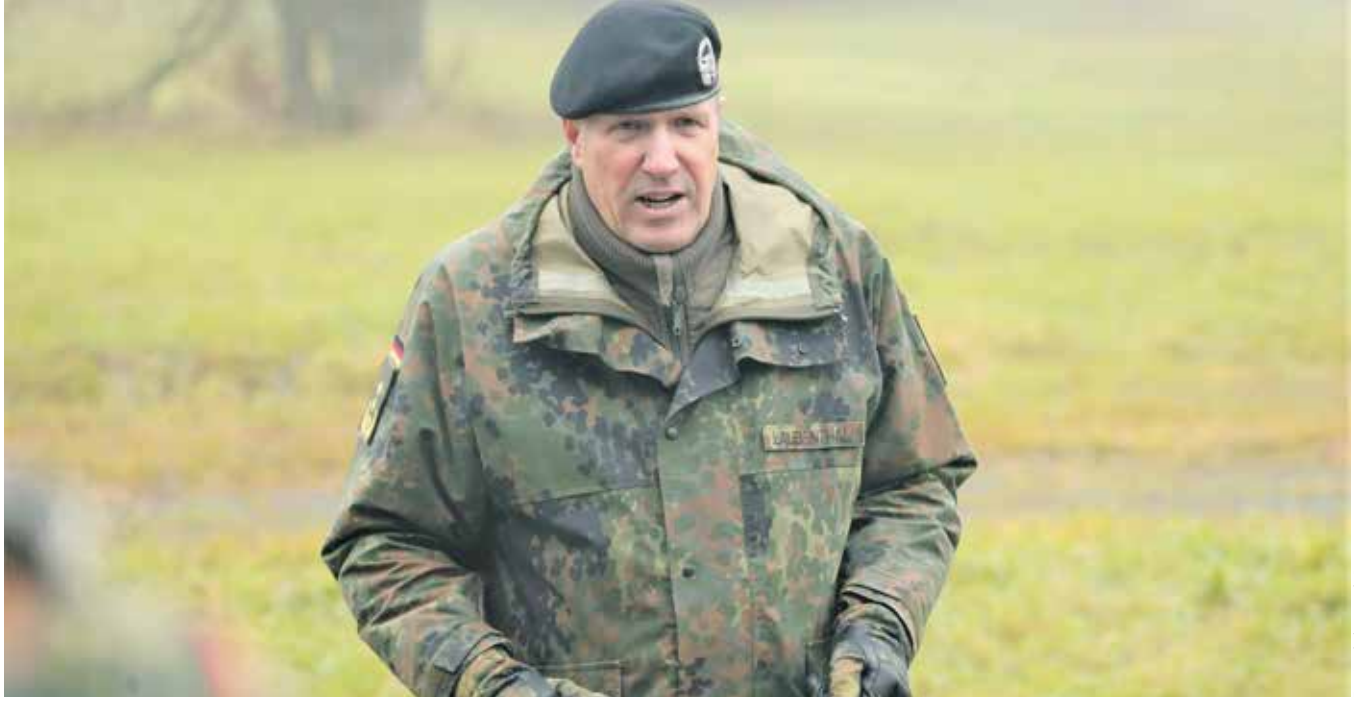


Foto: Landeskommando Bayern

Generalleutnant Markus Laubenthal, Stellvertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr, hat mit der neuen Weisung den Rahmen für die künftige Reservistenarbeit gesetzt

Das sind die nächsten Meilensteine in der Reservistenarbeit

Die Bundeswehr hat die neue Weisung für die Reservistenarbeit für die nächsten drei Jahre veröffentlicht. Der Stellvertreter des Generalinspekteurs, Generalleutnant Markus Laubenthal, gibt darin die Richtung vor. Er definiert ambitionierte Ziele.

D

VON SÖREN PETERS

Der Stellvertreter des Generalinspekteurs und Beauftragte für Reservistenangelegenheiten der Bundeswehr, Generalleutnant Markus Laubenthal, hat die Weisung für die Reservistenarbeit in den Jahren 2023 bis 2025 erlassen. Sie definiert Schwerpunkte, Ziele und Zuständigkeiten in der Reservistenarbeit, dabei wird die Weisung für die Jahre 2020 bis 2022 fortgeschrieben. Den großen Rahmen dafür gibt die Strategie der Reserve vor. Darin heißt es: „Die Reserve der Bundeswehr gewährleistet den Aufwuchs, verstärkt die Einsatzbereitschaft und erhöht die Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr, insbesondere für den Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung." Innerhalb dieses Rahmens zeigt die nun erlassene Weisung einzelne Maßnahmen auf, um dieses Ziel zu erreichen.

Als Schwerpunkte beschreibt Laubenthal das Herstellen der Ausbildungsbereitschaft und das Erreichen einer Anfangsbefähigung zum Einsatz von mindestens 30 Prozent der Heimatschutzkräfte der Bundeswehr. Ziel müsse es sein, die Heranziehung innerhalb von 48 Stunden sicherzustellen. Hinzu kommt das schrittweise Aufstellen und Erproben weiterer Sicherungskräfte im Rahmen des Projektes „Reserve 2025 – Schutz & Sicherung, Inland" mit einer personellen und materiellen Anfangsbefähigung nichtaktiver Organisationselemente. Das betrifft das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr, die Marine, die Luftwaffe und den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr. Auch hier sollen bis 2025 mindestens 30 Prozent erreicht werden und die Heranziehung soll innerhalb von 48 Stunden erfolgen können. Ferner sind der Abschluss der Ausplanung sowie die Befüllung der Strukturen der Truppenreserve vorgesehen.

Diese Zwischenschritte sind vorgesehen:

Bis Mitte 2023: Die Strukturen der Reserve zur Sicherstellung des Aufwuchses und Gewährleistung der Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte sind entwickelt und stellen zielgerichtete Be-

Titelfoto: Bundeswehr/Olaf Pieper

orderungsmöglichkeiten für Reservistinnen und Reservisten dar. Alle Verfahren zum Übergang aus dem aktiven Dienst in die Grundbeorderung sind so angepasst, dass die Voraussetzungen für die verzugslose Einplanung aller ausscheidenden Soldaten und Soldatinnen gegeben sind.

Bis Ende 2023: Die Verfahren zum Aufwuchs in der Krise sind bedarfsträgerseitig entwickelt. Die Aufträge der Reserve sind ausgeplant und eine darauf ausgerichtete Ausbildung und Übung der militärischen Grundfertigkeiten durch die Reservistinnen und Reservisten im Rahmen der Beorderung hat begonnen. Die Einführung der Grundbeorderung bildet die Grundlage für eine aufwachsende personelle Einsatzbereitschaft und eine Anfangsbefähigung der Verstärkungsreserve. Die soll-organisatorischen Grundlagen für die materielle und infrastrukturelle Hinterlegung der Reserve sind eingeleitet.

Bis Ende 2025: Die rund 6.000 Dienstposten der Heimatschutzkräfte sind zu 80 Prozent besetzt und es wird in Verbindung mit der ab 2023 beginnenden finanziellen Hinterlegung mindestens eine personelle/materielle Anfangsbefähigung von 30 Prozent der Heimatschutzregimenter erreicht. Der zentrale Ausbildungsstützpunkt (Wildflecken) und die regionalen Stützpunkte für den Heimatschutz kommen ihrem Auftrag der Aus-, Fort-, Weiterbildung und Übung der Heimatschutzkräfte nach. Im Heer sind die ersten Sicherungskräfte für die Gefechtsstände aufgestellt und haben eine Anfangsbefähigung erlangt. Der Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz ist verstetigt. Ausbildungskonzepte setzen Rahmenvorgaben für die Ausbildung und Verzahnung der aktiven Truppe mit der Reserve. Auf Grundlage der Strukturen der Reserve in den Organisationsbereichen (Ergänzungstruppenteile) beginnt die materielle Hinterlegung sowie die notwendige infrastrukturelle Anpassung im Rahmen der Anfangsbefähigung.

Bis Ende 2027: Die Strukturen der Reserve sind eingenommen, Personalumfang der Verstärkungsreserve und Ausbildungsstand stellen eine vollumfängliche Auftragserfüllung durch die Territorialreserve sicher und gewährleisten eine Anfangsbefähigung der Truppenreserve. Die Verfahren dazu sind eingeführt, das entsprechende Personal ist verfügbar. Die materielle Hinterlegung der Ergänzungstruppenteile in den Organisationsbereichen hat begonnen.

Bis spätestens Ende 2031: Die Verstärkungsreserve ist personell voll aufgefüllt. Die Verfahren zum personellen Aufwuchs der Streitkräfte sind etabliert, das Ausbilden/Üben zum Herstellen und zum Halten der Einsatzbereitschaft folgt festgelegten Zyklen. Die materielle Vollausstattung der Reserve gewährleistet deren Auftragserfüllung. „Für uns alle gilt, sich kontinuierlich für die Ziele der Reserve sowie das erfolgreiche Zusammenwirken von aktiver Truppe und Reservistendienst Leistenden ebenso zu engagieren, wie für berechtigte Belange der Reservistinnen und Reservisten. Von den Reservistinnen und Reservisten erwarte ich das Engagement und die Bereitschaft sich einzubringen, um die Voraussetzungen zu schaffen, im Gefecht zusammen mit der aktiven Truppe bestehen zu können“, schreibt Laubenthal.

Aufgaben für den Reservistenverband

Aus der Weisung ergeben sich auch Vorgaben für die beorderungsunabhängige Reservistenarbeit. Als institutioneller Zuwendungsempfänger ist der Reservistenverband der besonders beauftragte Partner für die Reservistenarbeit außerhalb der Bundeswehr. Hierbei kann – soweit ein artikulierter Bedarf seitens der Bw besteht – der Reservistenverband Aufgaben in den Handlungsfeldern Betreuung und Information, Militärische Ausbildung und Sicherheitspolitische Arbeit für alle Reservistinnen und Reservisten übernehmen. Ein Beispiel dafür ist der Nachweis der Individuellen Grundfertigkeiten und der Körperlichen Leistungsfähigkeit (IGF/KLF). Zur Entlastung der Beorderungstruppenteile ist das vorbereitende Training und das Ablegen der Leistungen im Bereich IGF und KLF vorwiegend im Rahmen der beorderungsunabhängigen Reservistenarbeit anzubieten, damit die Übungstage in den Beorderungstruppenteilen für fachspezifische Ausbildung auf dem Dienstposten, Gemeinschaftsausbildung und lehrgangsgebundene Ausbildungen zur Verfügung stehen und die aktiven Truppenteile von derartigen Verpflichtungen entlastet werden. „Hier sehe ich neben den Strukturen innerhalb der Bundeswehr vor allem den Reservistenverband mit flächendeckenden Angeboten in der Verantwortung“, so Laubenthal. Inhalte, die den Kern des staatlichen Gewaltmonopols betreffen und somit ein Wehrdienstverhältnis voraussetzen (Beispiel: Schießen), verbleiben in der Durchführungsverantwortung der Bundeswehr und werden durch die Strukturen des Territorialen Führungskommandos übernommen.Auch für die sicherheitspolitische Bildung ist der Verband im Boot. „Die sicherheitspolitischen Entwicklungen verlangen nach einem breiten Diskurs in der Gesellschaft über Verteidigungsfähigkeit und gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Reservistinnen und Reservisten sind unverändert dazu zu befähigen, sich an diesem Diskurs aktiv zu beteiligen“, weist Laubenthal an. „Bei der Durchführung werden wir uns, wie in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert, auf die Erfahrung und die Unterstützung des Reservistenverbandes und der in der Reservistenarbeit tätigen Verbände abstützen.“ Zudem steht das Lehrgangsangebot am Zentrum Informationsarbeit der Bundeswehr zur Verfügung. Ferner sind Mittel der Medienarbeit zu beschreiben und im Folgenden auch zu nutzen, die eine engagierte sicherheitspolitische Debatte in der Gesellschaft fördern. Beorderten Reservistinnen und Reservisten ist die Teilnahme an der jährlichen politischen Bildung ihres Beorderungstruppenteils zu ermöglichen. Und auch das steht drin: Die nächste Deutsche Reservistenmeisterschaft (DRM) als Höhepunkt aller nationalen Reservistenwettkämpfe findet 2024 in Bayern statt. Anknüpfend an das Format Warendorf 2022 wird der Finaltag wieder öffentlichkeitswirksam in den Tag der Bundeswehr eingebunden. ■

Die komplette Weisung finden Sie, wenn Sie diesen QR-Code abscannen oder auf der Seite www.bundeswehr.de unter dem Stichwort „Grundlagen und Gesetze für die Reserve der Bundeswehr”.

Foto: Benjamin Vorhölter

Dr. Mohammad Musa Baray hat einen Verein, Nothilfe Afghanistan, gegründet. Er will seinen Landsleuten helfen

Seine Geschichte ist die seines Heimatlandes

Dr. Mohammad Musa Baray kommt gebürtig aus Afghanistan. Er trägt einen Doktortitel, wohnt im beschaulichen Eberbach. Seine Wohnung ist nicht weit entfernt vom Neckar, der sich durch den Ort schlängelt. Baray hat sogar als Reserveoffizier in der Bundeswehr gedient. Der gebürtige Afghane hat viel erlebt. Seine Geschichte kann als Musterbeispiel für Integration in Deutschland gelten. Es ist aber auch die Geschichte eines Mannes, dessen Herz auch immer noch für sein Heimatland schlägt und der seinen Landsleuten helfen möchte.

A

VON BEJAMIN VORHÖLTER

Als Mohammad Musa Baray im August 2021 zu Hause auf dem Sofa saß, befanden sich seine Frau und zwei Töchter in Gefahr. Sie waren zu Verwandten nach Kabul geflogen. Nach ein paar Tagen wollten sie mit dem Flugzeug wieder zurückfliegen, doch es gab keine kommerziellen Flüge mehr aus Afghanistan. Innerhalb von wenigen Wochen hatten es die Extremisten geschafft, das Land wieder weitgehend unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie besetzten Kabul. Für deutsche Staatsbürger, Oppositionelle, Taliban-Gegner, und ehemalige Ortskräfte blieb ein kleines Zeitfenster, durch die Evakuierungsmission der Bundeswehr das Land zu verlassen. Am Flughafen in Kabul herrschte der Ausnahmezustand. „Es war ziemlich chaotisch", sagte Musa Baray. Er telefonierte ständig mit seiner Frau und auch mit dem Auswärtigem Amt. Deutsche Staatsbürger hatten ein recht auf Evakuierung. Barays Frau und Töchter mussten es „nur" zum richtigen Gate schaffen. Vor den Eingängen herrschte dichtes Gedränge. Menschen hatten ihr gesamtes Eigentum zurückgelassen und hofften auf einen Weg ins Ausland. „Die Verhältnisse wurden immer extremer", beschreibt Baray die Lage. Ein Selbstmordanschlag vor dem Abbey Gate des Flughafens sorgte für noch mehr Panik. Zum Glück waren Barays Frau und Kinder nicht in der Nähe. Sie hatten es buchstäblich in letzter Sekunde durch das Tor geschafft. Ein Bundeswehr-Soldat half ihnen, zur wartenden Transportmaschine A400M zu kommen.

Musa Baray ist froh, dass es seine Frau und Töchter rechtzeitig herausgeschafft haben. Doch viele Bekannte, Weggefährten oder weitere Ortskräfte sitzen immer noch in Afghanistan fest. Viele von ihnen fürchten um ihr Leben. Sie fühlen sich vom Taliban-Regime verfolgt. Diesen Menschen will Musa Baray helfen. Er hat einen Verein gegründet. Dessen Ziel ist es, ehemaligen Ortskräften bei der Ausreise aus Afghanistan zu helfen.

Kein anerkannter Staat

Die Zahl der ehemaligen Ortskräfte der Bundeswehr seit 2013 beträgt 1798, teilt das Einsatzführungskommando der Bundeswehr auf Anfrage mit. Bisher wurden insgesamt rund 1.600 Aufnahmezusagen für Ortskräfte der Bundeswehr durch das Bundesinnenministerium erteilt. Musa Baray möchte seinen Landsleuten und seinem Heimatland helfen. „Wir haben Afghanistan noch nicht aufgegeben." Aus Barays Sicht müsse es eine gewisse Art der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Afghanistan geben können. Diese könnte bestimmte Formen annehmen. „Man muss erst einmal herausfinden, ob und in welchen Bereichen dies überhaupt möglich ist. Vorstellbar wäre eine Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich. Als Geologe kann ich mir vorstellen, dass es im Bereich der Lagerstätten zu einer gewissen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Afghanistan kommt. Das heißt Rohstoffe: Lithium, Kupfer, Eisen und Kohle", sagt Baray. Man könnte auch Dämme zur Gewinnung von Strom bauen. Aber derzeit gebe das die Sicherheitslage nicht her. Man weiß nicht, ob das derzeitige Regime überlebt und was als nächstes passiert. Man hat auch Angst vor Entführungen. Überhaupt: Damit Zusammenarbeit in wirtschaftlicher oder entwicklungspolitischer Sicht nachhaltig möglich ist, müsste die afghanische Regierung anerkannt werden. Bislang hat noch kein Staat das Taliban-Regime offiziell anerkannt. Dennoch sind China und Indien sehr aktiv und unterhalten eine Vertretung in Kabul. Afghanistan bleibt ein Spielball der Mächte. „Einige haben ein Interesse daran, dass es im Land chaotisch bleibt", sagt Musa Baray.

Seine persönliche Geschichte ist eng mit der seines Heimatlandes verbunden. Wer den Namen Dr. Musa Baray in die Google-Suche eingibt, stößt auf einen Artikel des Journals Quarternary Science Reviews. Diese wissenschaftliche Fachpublikation beschäftigt sich mit Themen aus der Archäologie, Bodenkunde oder Geologie. Letzteres ist Musa Barays Fachgebiet. Er hat in den 1990er Jahren das Ablagerungsalter von Dünen und Sanden aus der Eiszeit in Brandenburg und am Oberrhein verglichen. Baray erforschte Methoden, wie man das Alter der Ablagerungen bestimmen kann.

Seine wissenschaftliche Tätigkeit ist eine von vielen Stationen in seinem Leben. Bevor er nach Deutschland auswanderte, arbeitete er in den 1970er Jahren an der Rezeption eines Hotels in der Hauptstadt Teheran. Im Iran herrschte noch Schah Mohamed Reza Pahlavi. Und Afghanistan war zu dieser Zeit ein relativ weltoffenes Land. Frauen konnten im T-Shirt durch die Straßen Kabuls schlendern. Dann kam es am 27. April 1978 zu einem Staatsstreich durch die afghanische kommunistische Partei, ausgelöst durch die Ermordung eines wichtigen kommunistischen Führers, ▸

Foto: Bundeswehr/ETK

Soldaten kontrollieren Schutzsuchende am Flughafen in Kabul

Mir Akbar Khyber. Der Putsch beendete eine fast fünfzig Jahre andauernde Friedenszeit in Afghanistan. Nach der Ausrufung einer kommunistischen Republik, brachen Konflikte in der Partei aus. Gleichzeitig versuchten die Kommunisten, ihre radikale Transformation der Landwirtschaft durchzusetzen. Der staatliche Terror rief Aufstände in den Provinzen hervor, die den Zerfall des kommunistischen Staatsapparates beschleunigten. Schließlich rückte 1979 die Rote Armee ein. Die Sowjets setzten einen neuen Präsidenten ein. Die Intervention und der anschließende Bürgerkrieg führten zu Verwerfungen, die bis heute nachwirken.

Dramatische Umstände

Nicht nur in Afghanistan brodelte es Ende der 1970er Jahre. Im Iran legten Streiks der Nationalen Front um Ruholla Musawi Chomeini die Wirtschaft des Landes lahm. Chomeini wandte sich bereits 1963 vehement gegen die Reformen des Schahs. Der von den USA unterstützte Monarch wollte eine Landreform durchsetzen, die Rechte der Frauen stärken und Alphabetisierung voranbringen. Chomeini brandmarkte diese Vorhaben als gegen Gott gerichtet. Er hatte die konservative und gläubige Landbevölkerung auf seiner Seite. 1979 kehrte Chomeini aus seinem Exil zurück, stürzte den Schah und errichtete einen islamischen Gottesstaat. Dessen ideologischer Kitt war und ist die Abneigung gegen den Westen und dessen demokratischen Werte. Die revolutionären Umstände waren für Musa Baray dramatisch. Er konnte nicht mehr nach Afghanistan zurück. Er sah für sich dort keine Zukunft. Am liebsten wäre er in ein englischsprachiges Land ausgereist. Doch er besaß kein Visum. Damals gab es ein bilaterales Abkommen zwischen Deutschland und Afghanistan. Demnach durften Afghanen ohne Visum in die Bundesrepublik einreisen. Baray machte sich also auf den Weg nach Deutschland. Er fuhr mit dem Bus von Teheran nach Istanbul und flog nach Frankfurt am Main. In Deutschland nahm ihn ein Bekannter in Heidelberg auf. Musa Baray holte das deutsche Abitur nach, studierte Geologie und promovierte anschließend in dieser Fachdisziplin. Während Musa Baray studierte, bekämpften die vom Westen mit Stinger-Raketen und Waffen ausgerüsteten Mudschaheddin die sowjetischen Besatzer in Afghanistan. Als sich die Sowjets vom Hindukusch zurückzogen, war noch lange kein Frieden in Sicht. Es herrschte Bürgerkrieg zwischen den Warlords, mächtige Mudschaheddin, die sich um ihre Einflussbereiche stritten. Musa Baray promovierte in der Forschungsstelle Archäometrie Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg. Archäometrie beschäftigt sich unter anderem mit Fragen der Herkunft und des Alters von kunsthistorischen Gegenständen, Mineralien oder Werkstoffen. Den Bürgerkrieg in Afghanistan entschieden die Taliban für sich. Deren erste Herrschaft beendete zunächst die von den USA angeführte Koalition der Willigen im Kampf gegen den Terror nach dem Anschlag auf das World Trade Center durch Al-Qaida. Der 11. September sollte auch Musa Barays Leben beeinflussen. Der promovierte Geologe bildete sich zunächst in den Bereichen Umweltmanagement, geografische Informationssysteme und Wirtschaftswissenschaften weiter und arbeitete im Umweltamt der Stadt Heidelberg. Zudem war er im Heidelberger Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung tätig und kandidierte als Bürgermeister der Stadt. Er ließ sich als Dolmetscher für Farsi, Paschtu, Dari und Tadschikisch zertifizieren. Diese Schritt führte ihn zur Bundeswehr und zu seiner Beteiligung an der NATO-Mission in Afghanistan. Musa Baray bewarb sich als Dolmetscher bei der Truppe. Er absolvierte eine Dienstliche Veranstaltung zur Information und weitere Wehrübungen. Als Hauptmann d.R. diente er 2004 und 2005 in seinem Heimatland und später auch als Übersetzer im Einsatzführungskommando.

Während seines Reservistendienstes in Afghanistan kam er als Dolmetscher in Kundus und Mazar i-Sharif zum Einsatz. „Es war ein komisches Gefühl“, verrät Baray. „Ich kannte Nordafghanistan nicht. Es war für mich wie fremdes Territorium.“ Durch die Bundeswehr lernte er das Gebiet und deren Leute kennen. Barays Aufgabe bestand unter anderem darin, mit den Dorfältesten Kontakt aufzunehmen. „Ich habe den Soldaten auch als Kulturdolmetscher gedient, wie man sich in Afghanistan verhält. Man darf zum Beispiel einer Frau nicht einfach die Hand zum Gruß geben“, sagt Baray.

Nach seinem Einsatz mit der Bundeswehr kehrte er 2010 bis 2011 nach Kabul zurück. In dieser Zeit arbeitete er für den afghanischen Geologischen Dienst für ein Projekt der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). In diesen Jahren lernte er zahlreiche Ortskräfte kennen. Viele von ihnen wollen ausreisen, dürfen es aber nicht. Das Taliban-Regime habe zwar eine Generalamnestie für Ortskräfte ausgerufen, aber darauf wollen sich viele Ausreisewillige nicht verlassen. Die Taliban sperren die Grenzen, um die Abwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern. Seitdem die Extremisten an der Macht sind, habe sich zwar die Sicherheitslage in Afghanistan

Foto: Bundeswehr/Thorsten Kraatz

Das Ende von Resolution Support: Soldaten steigen in die Transportmaschine

Foto: Bundeswehr

Evakuierung am Hamid Karzai International Airport

verbessert. Allerdings leide die Bevölkerung unter den starken wirtschaftlichen Problemen, Arbeitslosigkeit und den Folgen von verheerenden Überschwemmungen und Erdbeben. „Die Taliban wissen nicht, wie man regiert“, schildert Baray. Hilfsgelder würden nicht fließen, weil diese an die Einhaltung von Menschenrechten – zum Beispiel lassen die Taliban Mädchen nicht zur Schule gehen – geknüpft seien. Das Bankensystem ist von der internationalen Gemeinschaft isoliert. „Ich möchte, dass sich die Lage wieder positiv für die Bevölkerung entwickelt. Deshalb möchte ich mich als Vermittler einsetzen“, sagt Baray.

Katastrophale Lage im Land

Musa Baray möchte helfen. Dazu hat er einen Verein gegründet: Nothilfe Afghanistan. Eines der Ziele des Vereins ist es, Spenden für die afghanischen Landsleute zu sammeln. Denn große Teile der Bevölkerung leiden akut unter Hunger. Die Ernährungskrise wird verschärft durch steigende Preise für Weizen – eine Folge der Seeblockade durch russische Kräfte während des Kriegs in der Ukraine. „Die Lebenssituation ist besorgniserregend. Wir wollen helfen“, sagt Baray. Er arbeitet auch mit dem Bundesverband DeutscherEinsatzveteranen und dem Patenschaftsnetzwerk afghanische Ortskräfte zusammen, die sich darum bemühen, ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr nach Deutschland zu holen. Seit Beginn des Ortskräfteverfahrens 2013 sind bisher gut 1.435 ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr (mit Familienangehörigen insgesamt ca. 6.800 Personen) nach Deutschland gekommen. Davon sind seit dem 15. Mai 2021 circa 816 ehemalige Ortskräfte (mit circa 3.850 Familienangehörigen) der Bundeswehr nach Deutschland eingereist. Es sei davon auszugehen, dass sich derzeit noch circa 300 berechtigte ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr in Afghanistan, oder Nachbarstaaten oder schon in sicheren Drittstaaten befänden. Darin enthalten seien gut 180 Personen, zu denen keine Verbindung bestehe, heißt es vom Einsatzführungskommando. Das dortige Call Center stehe derzeit mit 116 ehemaligen Ortskräften der Bundeswehr in Verbindung, die sich noch in Afghanistan befinden und für die es gelte, ressortgemeinsam eine Ausreiseoption zu finden. Von 16 Ortskräften sei bekannt, dass sie sich in sicheren Drittländern befänden. Die Menschen in Afghanistan durchleben eine der schlimmsten Krisen der Welt. Hunger, Dürre und Unsicherheit prägen den Alltag der Menschen. In Afghanistan droht eine humanitäre Katastrophe. Nach dem Rückzug der internationalen Gemeinschaft und der Machtübernahme der Taliban spitzt sich dramatisch die durch eine monatelange Dürre ohnehin angespannte Ernährungssituation der Bevölkerung zu. Nach der Machtübernahme der Taliban ist die Wirtschaft des Landes weitgehend zusammengebrochen. Mindestestens die Hälfte der Menschen ist akut von Hunger bedroht. Die Menschen verkaufen ihr letztes Hab und Gut, um weiterhin genügend zu Essen zu haben. Afghanistan zählt zu den Ländern, in denen Millionen Menschen die aktuelle Ernährungskrise so sehr spüren, dass sie ohne humanitäre Hilfe in den kommenden Monaten verhungern würden.

Da der Preis für Weizen derzeit auf den Märkten rund 60 Prozen höher ist als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre und auch der Preis für andere Güter gestiegen ist, während das Einkommen der meisten Menschen gesunken ist, müssen viele Familien Mahlzeiten auslassen. Immer mehr Kinder, aber auch Mütter sind infolgedessen unterernährt und geschwächt. Die derzeitige Lebenssituation der Menschen bleibt mehr als besorgniserregend. ■

NOTHILFE AFGHANISTAN: JETZT SPENDEN!

Die Lage in Afghanistan ist dramatisch. Circa. 25 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, fast die Hälfte davon Kinder. Ihre Spende hilft den Menschen vor Ort!

Spenden Sie jetzt!
Empfänger: Nothilfe Afghanistan
IBAN: DE 59 6745 0048 0004 3652 01
BIC: SOLADES1MOS
Verwendungszweck: Nothilfe Afghanistan

Ansprechpartner:
Dr. Mohammad Musa Baray
Zwingerstraße 9
69412 Eberbach
E-Mail: musa_baray@hotmail.com
Telefon: 0179 1203903

Foto: Bundeswehr/Marc Tessensohn

Ankunft der Evakuierten

Was ist mit der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit?

Christian J. Faul hat viele Jahre als Vizepräsident die sicherheitspolitische Arbeit des Reservistenverbandes geprägt. Ein Thema lag ihm in seiner Amtszeit besonders am Herzen: die Einführung eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes. Aus seiner Sicht könnte sich der Reservistenverband bei diesem Thema aktiver in die Debatte einbringen. Eine selbstkritische Bestandsaufnahme.

VON CHRISTIAN J. FAUL

In den vergangenen Jahren hat der Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Mitglieder umfangreich und erschöpfend über sicherheitspolitische Trends, neue Risiken und aktuelle Entscheidungen von NATO und Bundesregierung zu informieren. Stets war diese Information umfangreich, konstruktiv kritisch und mit dem Anspruch verbunden, auch zukünftige Entwicklungen zu beschreiben, seien sie chancenreich oder risikobehaftet. Als ein Beispiel für diese Informationsarbeit mag die Herausgabe von drei Handbüchern dienen, mit denen der Verband jeweils Entwicklungen vorwegnahm, die sich stets nach Veröffentlichung der entsprechenden Handbücher manifestierten.

Es begann mit dem Handbuch zur Energiesicherheit. Vor mehr als zehn Jahren haben wir mit diesem Handbuch auf den Umstand hingewiesen, dass Anfang der zwanziger Jahre eine Vielzahl der damals noch vorhandenen Lieferanten von Erdgas nicht mehr existent sein würden. Vor dem Ersatz dieser Lieferungen durch russisches Gas wurde dringlich gewarnt. Das Handbuch wies darauf hin, dass eine einseitige Abhängigkeit von russischen Rohstofflieferungen auch massive Auswirkungen auf das sicherheitspolitische Gleichgewicht in Europa haben würde. Diese Analyse hat sich bestätigt. Ähnlich verhielt es sich mit dem zweiten sicherheitspolitischen Handbuch des Verbandes zum Thema Migration. Anhand zahlreicher historischer Beispiele haben wir eindrucksvoll dargelegt, dass Migration stets Chance aber auch Risiko ist. Und dies gleichermaßen für die aufnehmende Gesellschaft wie auch für die Zuwanderer. Es gab in dem Handbuch viele kluge Vorschläge, wie die in der Zukunft zu erwartenden Migrantenströme so gemanagt werden können, dass sowohl für die Migranten wie auch für die aufnehmende Gesellschaft die Chancen die Risiken deutlich überwiegen. Zudem wurde auf zu erwartende Flüchtlingswellen in der näheren Zukunft verwiesen, die entsprechende Vorbereitungen dringlich erschienen ließen. Deutlich vor Beginn der Flüchtlingskrise 2015 veröffentlicht, wurde die Beurteilung des Handbuchs bestätigt, wobei das Fehlen entsprechender Vorbereitungen aus heutiger Sicht mehr als schmerzlich erscheint.

Ein drittes Handbuch des Reservistenverbandes behandelte bestehende Risiken an der NATO-Ostgrenze. Nach ausführlicher Analyse der inneren Verfassung der Staaten auf beiden Seiten kamen dessen Autoren zu dem Schluss, dass der Wunsch Russlands nach Wiederherstellung eines Imperiums kurz- bis mittelfristig zu steigenden Eskalationen entlang der NATO-Ostgrenze führen wird. Es wurde in diesem Handbuch die Hoffnung ausgesprochen, dass Bundeswehr, Bundesregierung und NATO im Blick dieser Entwicklung entsprechende Vorkehrungen treffen würden. In der Rückschau ist festzustellen: Die Analyse war zutreffend, die für die Zukunft geäußerte Hoffnung wurde allerdings eher enttäuscht.

Alle drei Handbücher haben Mitglieder des Verbandes ehrenamtlich erarbeitet. Vom Realschullehrer bis zum Professor, vom Studenten bis zum Stabsoffizier a.D. brachten sämtliche Autoren ihre Expertise ein und kamen in der Rückschau zu erstaunlich korrekten Ergebnissen. Kurz gesagt: In der sicherheitspolitischen Information leistete der Verband in den vergangenen Jahren eine hervorragende Arbeit. Die Auswertung der Wirkung eines der Handbücher ergab, dass innerhalb von zwölf Monaten nach Erscheinen hunderte von Veranstaltungen von der Reservistenkameradschaft bis zur Bundesebene durchgeführt wurden und Tausende von Verbandsmitgliedern

die Gelegenheit erhielten, sich zu informieren und mitzudiskutieren. Ein wirklich gutes Ergebnis! Warum ist es uns nicht gelungen, diese Erkenntnisse noch stärker in die gesellschaftliche Debatte zu transportieren? Eine aktivere sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit hätte unserem Verband nicht nur die Möglichkeit geboten, vom Berichterstatter noch stärker als Akteur in der sicherheitspolitischen Diskussion wahrgenommen zu werden. Es hätte uns auch die Möglichkeit gegeben, durch einen solchen Rollenwechsel einen noch aktiveren Beitrag in der sicherheitspolitischen Diskussion zu liefern, der im Ergebnis Streitkräfte und Politik jenseits von parteipolitischen Gesichtspunkten in die Lage versetzt hätte, sich auf erkennbare Risiken besser vorzubereiten, als dies tatsächlich geschehen ist.

Ein Beispiel aus jüngerer Zeit, in der eine solche Möglichkeit ebenfalls bestand, ist das Thema Dienstpflicht. Auf der Bundesdelegiertenversammlung 2015 forderte eine deutliche Mehrheit von mehr als 90 Prozent der Delegierten des Verbandes eine Reaktion auf das überstürzte Aussetzen der Wehrpflicht, ohne dass vorher ein „Plan B“ zur Stärkung von Streitkräften, Blaulichtorganisationen und sozialen Diensten vorbereitet worden wäre. Um diesen wegweisenden Beschluss umzusetzen, erarbeiteten wir in den Folgejahren eine Position, die wir unter der Überschrift „Das Wir stärken – das Ich fördern“ im Mai 2019 vom Präsidium des Verbandes als offizielle Position des Verbandes zur Frage der Dienstpflicht verabschiedeten. In Verfolgung dieses Positionspapieres fassten wir im September 2019 einen Grundsatzbeschluss des Präsidiums. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Bundesministerien sollte eine Studie erstellt werden, mittels derer die zukünftige Entwicklung der Sicherheits- und Sozialstrukturen in unserem Lande untersucht werden sollten. Absicht dieser Forderung nach einer breit angelegten Studie war es, Lösungen für die kurzfristige Zukunft zu finden. Die Resilienz, soziale Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit unserer Gesellschaft sollten verbessert werden. Vorbild dafür war eine viel beachtete Studie, die zuvor in der Schweiz ähnlichen Fragen nachgegangen war und zu weitreichende Folgen für die Zukunft der Schweizer Sicherheitsstrukturen führen wird. Auch hier haben wir als Verband in vorausschauender Weise Risiken der Zukunft erkannt, mögliche Lösungsvorschläge erarbeitet und konkrete Vorschläge zur Umsetzung gemacht.

Foto: Archiv/Sören Peters

Christian J. Faul im Jahr 2018 als Vizepräsident beim Sicherheitspolitischen Forum Berlin

Zu diesem Thema gab es zahlreiche Informationsveranstaltungen, Diskussionsforen und Veranstaltungen auf allen Verbandsebenen. Innerhalb der „Strategic Community“ in Deutschland wurde die Diskussion wahrgenommen. So wurde der Verband im März 2019 als sachkundiger Partner zu einer Anhörung im Landtag von Sachsen-Anhalt zum Thema Dienstpflicht eingeladen. Mehrfach wurden Vertreter des Verbandes von politischen Parteien als sachkundige Referenten zu diesem Thema eingeladen. Im September 2019 nahmen mehr als einhundert interessierte Teilnehmer an einer Veranstaltung der Landesgruppe Hamburg an der Führungsakademie der Bundeswehr teil. Bezeichnenderweise fanden derartige Gespräche und Diskussionen regelmäßig außerhalb der Öffentlichkeit statt. Immerhin hatte es der Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung 2015 bis in die Fernsehnachrichten geschafft. Auch hier stellt sich die Frage, ob wir nicht gut beraten wären, aus der Rolle des wohl informierten Vermittlers von Wissen herauszutreten und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland zu betreiben. Dazu haben wir zwar in den vergangenen Jahren immer wieder Anstrengungen unternommen, müssen aber selbstkritisch feststellen, dass hier noch Luft nach oben ist.

Angesichts der Expertise unserer Mitglieder und Gremien und angesichts der offensichtlichen parteipolitischen Neutralität des Reservistenverbandes, besteht hier nicht nur die Möglichkeit, dass wir uns alsstarker Akteur in der sicherheitspolitischen Diskussion in Deutschland etablieren. Im wohlverstandenen Interesse von Streitkräften und Land ließe sich sogar argumentieren, dass es unverantwortlich sein könnte, wenn wir unseren vorhandenen Sachverstand nicht in die öffentliche Diskussion einbringen. 2023 findet die nächste Bundesdelegiertenversammlung statt. Wenn wir es schaffen, uns zu einem Akteur auf der sicherheitspolitischen Bühne zu etablieren, ist dies nicht nur eine Chance für uns als Verband, sondern auch für unser Land. ■

-DIE RESERVE-
VERSTÄRKUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mach, was wirklich zählt:

ALS RESERVISTIN/RESERVIST (M/W/D)

▶ Unterstützungskompanie des Heimatschutzregiments 1, Bayern

BUNDESWEHR

Übernehmen Sie Verantwortung und engagieren Sie sich als Reservistin bzw. Reservist für Ihr Land und die Sicherheit Deutschlands.

Die Unterstützungskompanie des Heimatschutzregiments 1 in Bayern ist die erste „schwere Kompanie“ mit speziellen Fähigkeiten und ausgerüstet mit schweren Waffen für den Heimatschutz.

Ihr Spezialwissen ist unverzichtbar. In der neu aufgestellten Kompanie sind aktuell Dienstposten mit Reservistinnen und Reservisten zu besetzen: Stellen gibt es unter anderem für Zugführer, Kompanieeinsatzoffiziere und Kompaniefeldwebel. Zudem werden ehemalige Zeitsoldatinnen und Zeitsoldaten aller Dienstgradgruppen gesucht, die aus ihrer aktiven Zeit Fähigkeiten als Maschinengewehrschütze, Aufklärer, Pionier, Kampfmittelerkunder oder Kraftfahrer BCE mitbringen.

Gleich informieren und beraten lassen:

0800 9800880
(bundesweit kostenfrei)

Heimatschutzregiment 1
Bayern
Tel.: 089 3168 6512

bundeswehrkarriere.de

Abschied und Aufbruch

Die 37. Bundesversammlung des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen hat den 38. Bundesvorstand gewählt.

Das Jahr 2022 ist zu Ende gegangen und mit ihm eine Ära in der Geschichte des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH): Auf der 37. Jahresversammlung entließen die Delegierten den langjährigen Bundesvorsitzenden Lukas Huckfeldt, seine Vorstandskollegin Lena Alt, und die weiteren Vorstandsmitglieder Jonathan Ponfick, Dominik Juling und Jan Heidbüchel mit großem Dank für ihr außergewöhnliches Engagement im BSH. Der anschließend gewählte 38. Bundesvorstand bedankt sich für das Vertrauen – und hat viele Pläne für die Stärkung und Weiterentwicklung der Verbandsaktivitäten.

Nachdem die Coronapandemie die BSH-Bundesversammlung in den vergangenen beiden Jahren in die virtuelle Welt verbannt hatte, freuten wir uns ganz besonders, im November 2022 endlich wieder persönlich im weihnachtlich geschmückten Berlin zusammenkommen zu können. Inmitten der Dynamik unserer Hauptstadt und mit den zahlreichen politischen Debatten im Ohr ließen auch wir Diskussionen nicht zu kurz kommen. Sie drehten sich um Satzungsänderungen und die Rechenschaftsberichte des scheidenden Bundesvorstands, reichten von den, durch unseren externen Referenten präsentierten Ausführungen zum transnationalen Rechtsterrorismus bis zur überlegenen Wurftechnik beim abendlichen Bowling – und betrafen die Bewerbungsreden der für den neuen Vorstand Kandidierenden sowie ihre Projektideen für 2023.

Ungeachtet jeder berechtigten, respektvoll verhandelten Kontroverse herrschte in den zentralen Punkten Einigkeit: Mehr denn je halten wir die Förderung außen- und sicherheitspolitischer Bildung an Universitäten und darüber hinaus für eine drängende Aufgabe unserer Zeit und möchten weiterhin aktiv daran mitwirken. Dabei sprachen die Delegierten der Hochschulgruppen dem 38. Bundesvorstand insbesondere auch hinsichtlich seines erklärten Ziels der expliziten Förderung weiblicher Stimmen im sicherheitspolitischen Diskurs ihre Unterstützung aus. „Wir haben das Privileg, uns in diesem Land frei äußern zu können, frei von der Furcht vor Repressalien und Gewalt, frei von der Angst um unser Leben und das unserer Lieben. Trotzdem sind Frauen in unserer Branche mit Barrieren und verankerten Vorurteilen konfrontiert, die es ihnen erschweren, zu jedem Zeitpunkt auf Augenhöhe an sicherheitspolitischer Forschung, Debattenkultur und Entscheidungsfindung teilzunehmen“, teilte der neue Vorstand mit. Dabei hat 2022 aufs Neue verdeutlicht, welche wichtige Rolle Frauen im sicherheitspolitischen Kontext spielen: als Verhandlerinnen auf der politischen Weltbühne, als Betroffene inmitten des Kriegsgeschehens, als Wissenschaftlerinnen hinter den Kulissen, als Trägerinnen demokratischer Proteste.

Während die Vorstandsmitglieder auf die Arbeit ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger aufbauen und dabei neue Impulse setzen wollen, ist es ihnen wichtig, nicht nur thematisch weiterhin die Vielfältigkeit der komplexen politischen Wirklichkeit widerzuspiegeln, sondern dieser Diversität auch durch Mitglieder und Gäste, Referierende sowie Kooperationspartnerinnen und -partner gerecht zu werden. Der BSH unterstreicht dies im ersten Schritt durch die Anpassung seiner Satzung und die Berufung einer Diversitätsbeauftragten. Der Vorstand freut sich bei den folgenden Schritten im Laufe der nächsten Monate auch auf Ideen und Impulse aus den Hochschulgruppen.

In diesem Sinne blickt der 38. BSH-Vorstand um seinen Vorsitzenden Jan Hartung und bestehend aus Frederic Dutke (Hochschulgruppenbetreuung), Emma Nentwig (Akademien), Damian Peßlies (Seminare und Exkursionen) und Ariatani Wolff (Publikationen) auf ein herausforderndes, vielseitiges Jahr 2023.

Ariatani Wolff

Der 38. Bundesvorstand des BSH

Fotos: BSH

Die Delegierten der 37. Bundesversammlung des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen

Foto: Bundeswehr

Generalleutnant Martin Schelleis, Inspekteur der Streitkräftebasis

Die drei strategischen Nadelöhre der Bundeswehr

Die Zeitenwende bringt Bewegung in die Bundeswehr. Die Aufgaben und Ansprüche in der Landes- und Bündnisverteidigung steigen. Was das für seinen Organisationsbereich bedeutet, erläutert Generalleutnant Martin Schelleis, Inspekteur der Streitkräftebasis.

VON BENJAMIN VORHÖLTER

Innerhalb von zehn Tagen „notice to effect“, das heißt im Einsatz sein. Das ist die Vorgabe des neuen NATO Force Models. Es tritt 2025 an die Stelle der NATO Response Force. Die ersten Kräfte müssen nach zehn Tagen nicht nur verlegt, sondern kampfbereit sein. Die Vorgaben sind anspruchsvoll. Die Bundeswehr muss in sämtlichen Bereichen in der Lage sein, in nur zehn Tagen „von 0 auf 100“ zu kommen. Kaltstartfähigkeit nennt man das im Fachjargon. Damit die Streitkräfte diese Aufgabe erfüllen können, müssen sie das dreifache Nadelöhr überwinden: Personal, Material und Infrastruktur. Was das für seinen Organisationsbereich bedeutet, erläuterte jüngst der Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant Martin Schelleis.

Die Streitkräftebasis hat zwar 6.000 Dienstposten an das im Oktober 2022 neu aufgestellte Territoriale Führungskommando abgegeben. Zu den bis dahin 22.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 6.000 zivilen Dienstposten der Streitkräftebasis sollen aber 1.900 militärische Dienstposten neu hinzukommen.

Diese Stellen fehlten derzeit, um den bis 2027 anvisierten Zwischenschritt auf dem Weg zur Vollbefähigung zur Landes- und Bündnisverteidigung gehen zu können, erläuterte Schelleis. Mit Veränderungen wie noch im Eckpunktepapier vorgesehen rechnet er nicht. Das sei jetzt kein Thema mehr. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht habe mehrfach betont, dass sie keine großen Strukturreformen vornehmen möchte, weder bei den Streitkräften, noch in der Wehrverwaltung. Sie wolle vielmehr aus den gegebenen Strukturen das Optimale herausholen. Mit 1.000 der 1.900 zusätzlichen Dienstposten soll ein achtes Logistikbataillon entstehen und das Reception Staging and Onward Movement (RSOM)-Bataillon verstärkt werden. Dieser Verband, der auf die Aufnahme und Zusammenführung von Personal und Material sowie die Unterstützung deren Weiterverlegung nach einer strategischen Verlegung in ein Einsatzgebiet spezialisiert ist, entstand durch interne Umgliederungen. 700 weitere Dienstposten sollen die ABC-Abwehr verstärken. Die restlichen 200 erhalten die Feldjäger, um zwei weitere Kompanien aufstellen zu können.

Großer Bedarf im Unterstützungsbereich

Dass die Streitkräftebasis mehr Personal erhält, ist angesichts der künftigen Aufgaben notwendig. Die Bundeswehr stellte 2022 Land-, Luft-, See- und Cyberstreitkräfte für die Stand-up-Verbände der NATO Response Force. In diesem Jahr führt sie die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) an, die innerhalb von zwei bis fünf Tagen abmarschbereit sein muss, wenn es darauf ankommt. Hinzu kommen weitere Anteile an der NATO Response Force sowie nationale Unterstützungskräfte – insgesamt mehr als 16.000 Soldatinnen und Soldaten. Diese Truppen zu unterstützen, wird in den nächsten Monaten eine der Schwerpunktaufgaben der Streitkräftebasis sein. Dass sie dazu in der Lage ist, hat sie kurz nach Beginn des Ukraine-Kriegs bewiesen. Die Streitkräftebasis sorgte innerhalb von vier Tagen dafür, 350 Männer und Frauen sowie 130 Fahrzeuge ins litauische Rukla an die NATO-Ostflanke zu verlegen. Allerdings habe der Transport dieser Kräfte die Logistik-Kapazitäten beinahe an ihre Grenzen gebracht, schilderte Schelleis. Er wies mit diesem Beispiel darauf hin, dass die Bundeswehr einen großen Bedarf an Fahrzeugen für den Straßentransport habe. Grundsätzlich offenbare ein Blick auf die Vorhaben im Einzelplan 14 und im Sondervermögen eine gewisse Schieflage. „Im Unterstützungsbereich ist nach wie vor zu wenig drin“, sagte Martin Schelleis.

Entscheidend sei jedoch auch, dass die Bundeswehr kein weiteres Material an die Ukraine aus eigenen Beständen abgibt. So wichtig die Unterstützung sei, Waffen und Munition sollten aus Industriebeständen geliefert werden, plädierte Generalleutnant Schelleis. Aus seiner Sicht würden Waffenlieferungen aus Depots der Bundeswehr die ohnehin schon angespannte Materiallage der Streitkräfte verschärfen. „Wenn an der Ostflanke eine zweite Front entsteht und die Bundeswehr dann nicht in der Lage wäre, die Verteidigungslast zu tragen, das wäre gegenüber den anderen NATO-Partnern unverzeihlich. Da dürfen wir uns keine Blöße geben“, argumentierte der General.

Aus dem Blickwinkel der Streitkräftebasis spitzt sich dieses Nadelöhr potenziell zu, sofern die Streitkräftebasis in der Zukunft nicht entsprechend materiell gestärkt wird. Denn künftig werde die Bundeswehr nicht nur mit Kräften, schweren Waffen und Geräten in der ersten Reihe an der NATO-Ostflanke bereitstehen müssen, sondern auch im rückwärtigen Raum. Dabei stellen sich Fragen, wie die logistische Kette vom Depot bis zum Einsatzort sichergestellt werden kann. Ist die Logistik oder die Infrastruktur bedroht? Denkbar wären hier zum Beispiel gezielte Anschläge, Sabotageakte oder Störungen durch Protestaktionen oder Ähnliches.

Defizite im zivil-militärischen Bereich sind vielschichtig

Bisher laufe die Drehscheibe Deutschland reibungslos. Aber die Herausforderungen können wachsen, insbesondere für die zivile Verwaltung. Denn was passiert, wenn eine ähnliche Großschadenslage wie die Covid-19-Pandemie, oder wie das Hochwasser an der Ahr zeitlich mit umfangreichen Verlegungen und militärischen Transporten zusammenfallen? Was passiert, wenn dann die zivilen Behörden stärker im Bereich Host Nation Support mit unterstützen müssen? Die Probleme und Defizite im zivil-militärischen Bereich seien vielschichtig, sagte Schelleis. Er forderte ein Führungssystem, ein Geflecht von Stäben, die politische Mandatsträger auf Entscheidungen vorbereiten und sie umsetzen. Es müssen nicht nur ressortübergreifend, sondern auch Führungsebenen übergreifend Informationen ausgetauscht werden können. „Ich persönlich bin der Auffassung, dass im Bereich des nationalen Krisen- ▸

Foto: Bundeswehr

Die Logistiker der Bundeswehr halten die Drehscheibe Deutschland am Laufen

managements das Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz (BBK) ein deutlich stärkeres Mandat bekommen sollte, um die Koordination auf der zivilen Seite zu verbessern. In meiner Idealvorstellung wäre der Präsident des BBK der ideale Ansprechpartner für den Nationalen Territorialen Befehlshaber der Bundeswehr", sagte Schelleis.

Eine Milliarde Euro an Materialbedarf für die Reserve

Koordination ist notwendig. Denn im Bereich Host Nation Support werde künftig einiges auf bestimmte Gebietskörperschaften zukommen. Die NATO denke darüber nach, Transitkorridore für den Durchmarsch alliierter Truppen einzurichten. Auch sollen so genannte Intermediate Staging Bases, das bedeutet temporäre Aufenthaltsorte für alliierte Truppen, entstehen, erläuterte der Generalleutnant. „Da redet man von einer fünfstelligen Zahl an Soldatinnen und Soldaten, für die diese Flächen ausgelegt sein sollen." Die könnten sich einige Wochen oder Monate in einem bestimmten Bereich aufhalten, um ein politisches Signal zu senden, als strategische Reserve oder um dann durchmarschieren zu können." Eine solche Base könnte eine eigens dafür aufgebaute Einsatzinfrastruktur sein. Um so etwas zu organisieren, insbesondere um die Sicherheit gewährleisten zu können, bedarf es guter Planung und Organisation. Wie viel Personal und Aufwand notwendig dafür ist, sei noch nicht ganz klar. Fest steht, dass künftig der Territorialen Reserve in puncto Objektschutz einer solchen Base oder anderer wichtiger verteidigungswichtiger Infrastruktur eine entscheidende Rolle zukommen wird.

Die Heimatschutzregimenter seien eine wichtige Komponente für den Objektschutz, bestätigt General Schelleis. „Es ist allerdings nicht leicht, ausreichend entsprechend qualifizierte Reservistinnen und Reservisten zu gewinnen. Da müssen wir noch Gas geben." Um das Nadelöhr Personal zu überwinden, wird der Reservistenverband unterstützen. Für einen Objektschützer im Heimatschutz brauche man keine spezielle und aufwändige Ausbildung. Deshalb sei es eine gute Sache, die Kraftanstrengungen fortzusetzen, Strukturen aufzubauen und das Personal zu suchen. Neben den Heimatschutzregimentern Bayern und Nordrhein-Westfalen, das gerade aufgebaut wird, soll ein weiteres in Niedersachsen entstehen. Zudem sollen bis 2025 drei weitere in Berlin, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt werden.

Damit wäre die Bundeswehr bei 6.000 Reservistinnen und Reservisten in den bis dahin 47 Heimatschutzkompanien. Das sei ein ambitioniertes Ziel bis 2025, aber immer noch nicht bedarfsdeckend. Immerhin: „Der Stellvertreter des Generalinspekteurs hat eine Milliarde Euro für die Reserve an Materialbedarf geltend gemacht", sagte Schelleis. Aus der Weisung für die Reservistenarbeit des Stellvertreters des Generalinspekteurs für die Jahre 2023 bis 2025 geht hervor: „Für eine Anfangsbefähigung der nicht-aktiven Truppenteile sind circa 19.000 Gewehre G36 in der Depotorganisation auf Abruf bereitgehalten." Die Reservisten der Heimatschutzkompanien würden sich sicher darüber freuen, endlich mit eigenen Waffen üben zu können.

Der Platz in den Bundeswehr-Depots ist knapp. Deshalb wurde bereits im Januar 2019 entschieden, geschlossene oder zur Schließung vorgesehene ortsfeste logistische Lagereinrichtungen wieder in Betrieb zu nehmen. Die Wiederinbetriebnahme der drei Munitions- und fünf Materiallagereinrichtungen zahlt dabei unmittelbar auf die Landes- und Bündnisverteidigung ein. Das New Force Model der NATO tut sein übriges um sich auf die Lagerinfrastruktur der Bundeswehr auszuwirken. Zwar verfüge die Truppe mittelfristig über genügend Depots, aber nicht über ausreichend Lagerfläche für Munition. „Wir haben einen hohen Bedarf an neuen Munitionslagerhäusern", sagt Schelleis. Die üblichen Verfahren führten in der Regel erst nach zehn Jahren oder mehr zum Ziel. Um den absehbaren Engpass wirkungsvoll zu weiten, müssen daher nach Auffassung von Schelleis neue Wege beschritten werden. „Gewerbe und Industrie zeigen uns doch, wie man auch in Deutschland zügig anforderungsgerecht bauen kann. ■

Foto: Bundeswehr/Olaf Pieper

Die Reserve spielt eine große im Bereich Heimatschutz. Hier ist eine Ausbildung des Heimatschutzregiments Nordrhein-Westfalen zu sehen. Das Landeskommando Nordrhein-Westfalen baut nach Bayern das zweite Regiment dieser Art auf

Foto: Simon Otte

Die CISOR-Delegation besuchte das Lufttransportgeschwader 62 in Wunstorf

Die deutsche CISOR-Präsidentschaft legt los

Als Auftaktveranstaltung der seit diesem Jahr bestehenden deutschen CISOR-Präsidentschaft fand vom 18. bis 20. November ein Central-Committee-Meeting auf dem Fliegerhorst in Wunstorf statt.

Unteroffiziere aus zehn Nationen waren zu Gast beim Lufttransportgeschwader 62, der Heimat des Airbus A400M. Neben intensiven Tagungen zur Planung anstehender Veranstaltungen und Wettkämpfe, die in den kommenden zwei Jahren im gesamten Bundesgebiet auf unterschiedlichen Stützpunkten stattfinden werden, bekamen die internationalen Gäste auch ein kulturelles und militärtechnisches Rahmenprogramm geboten.

Schon am ersten Abend besichtigte die Delegation die am Fliegerhorst gelegene Ju-52-Halle und die sich darin befindlichen Exponate. Besondere Highlights waren dabei eine liebevoll restaurierte Junkers Ju 52 und eine C-160 Transall, die zu den vielen außergewöhnlichen Ausstellungsstücken gehören. Die Reservistenkameradschaft Klein Heidorn versorgte die Gruppe mit herzhafter Erbsensuppe.

Am Freitag bekamen die Kameradinnen und Kameraden die Gelegenheit, die deutsch-französische Ausbildungseinrichtung für den Kampfhubschrauber Tiger in Faßberg zu besuchen. Dessen Kommandeur, Oberstleutnant Thomas Propp, machte die Delegation mit den Besonderheiten des Kampfhubschraubers Tiger bekannt. Ein Gala-Dinner in der niedersächsischen Landeshauptstadt rundete das Programm ab. Hannovers Bürgermeister Thomas Klapproth und seine Gattin begrüßten die Gruppe herzlich. Klapproth wies auf das gute Miteinander der Stadt Hannover und den Streitkräften vor Ort hin und dankte den Reservistinnen und Reservisten für ihr besonderes Engagement und ihren Dienst für ihre jeweiligen Länder.

Angehörige des Streitkräfteamtes unter der Leitung von Oberstleutnant Andreas Tschakert und Oberst d.R. Dr. Lemmermann, Vizepräsident Internationale Zusammenarbeit, begleiteten die Delegation. **Fabian Saak**

Deutsche CIOR-Wettkämpfer in Südafrika erfolgreich

Eine deutsche Mannschaft der internationalen Reserveoffiziervereinigung Confédération Interalliée des Officiers de Réserve (CIOR) nahm vor Kurzem an dem Wettkampf South African Military Skills Competition in Potchefstroom teil. Unter klimatisch schwierigeren Bedingungen konnten die Kameraden sehr gute Leistungen abrufen und neben einigen Einzelwertungen auch die Teamwertung für sich entscheiden. Der Wettkampf fand auf einem Höhenplateau von gut 1400 Metern über Normalnull statt. Schwimmen, Hindernisbahn und Schießen mit dem Gewehr R4 standen unter anderem auf dem Programm.

In der Gesamtwertung konnte sich der Sieger von der Hindernisbahn aus der deutschen Mannschaft den ersten Platz in der Einzelwertung sichern. Auch die Teamwertung ging an Deutschland sowie der erste Platz in der Hindernisbahnstaffel. All die Erfolge wurden bei der Siegerehrung mit einer Vielzahl an Medaillen und Trophäen gewürdigt. Einen ausführlichen Bericht über den Wettkampf lesen Sie in der nächsten Ausgabe von *loyal*. **red**

Herzlichen Glückwunsch!

Am 15. Dezember feierte Peter Kurt Würzbach seinen 85. Geburtstag. Im Namen des Präsidiums gratuliert der Reservistenverband herzlich. Peter Kurt Würzbach war von 1976 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1982 bis 1988 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Von 1991 bis 1995 führte er als Präsident den Reservistenverband. Die Mitglieder des Verbandes und das Präsidium wünschen dem heutigen Ehrenpräsidenten alles Gute. **red**

Oberst d.R. Brosig ist neuer Vizepräsident

Oberst d.R. Dr. Klemens M. Brosig ist neuer Vizepräsident des Reservistenverbandes für Betreuung und Fürsorge. Das ergab die Nachwahl im Erweiterten Präsidium. Der frühere Vorsitzende der Landesgruppe Bayern folgt auf Ralf Bodamer, der sein Amt niedergelegt hatte.

Brosig füllt somit eine wichtige Vakanz im Präsidium. Besonders in der Veteranenarbeit steht im kommenden Jahr eine Menge Arbeit an. „In besonderer Weise bringt sich der Reservistenverband in die Fürsorgeverpflichtung unserer Veteranen im Netzwerk der Hilfe ein. Wir bieten durch unser eigenes PSKH-Netzwerk (der Psycho-Sozialen KameradenHilfe) allen Reservistinnen und Reservisten, die im Dienst an Leib oder Seele versehrt wurden und Unterstützung benötigen, in allen Landesgruppen eine niederschwellige Anlaufstelle für Betreuungsleistungen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr an“, sagte Brosig. „Dieses Netzwerk besteht nur dank des großartigen Engagements der Landesbeauftragten als ehrenamtliche PSKH-Mitarbeiter. Zugleich arbeiten wir auch mit der Bundeswehr zusammen, um die Veteranenarbeit aktiv mitzugestalten, unter anderem durch unsere Mitgliedschaft im Beraterkreis für Veteranenangelegenheiten beim Stellvertreter des Generalinspekteurs. Diese Zusammenarbeit soll auf jeden Fall weitergeführt und gestärkt werden.“

Foto: privat

Klemens M. Brosig

Die Invictus Games (IG) werfen ihren Schatten bereits voraus. „Hier wollen wir uns einbringen und der Bundeswehr entsprechende Angebote machen“, kündigte Verbandspräsident Oberst d.R. Prof. Dr. Patrick Sensburg bei der Weihnachtsfeier der Bundesgeschäftsstelle an. Welchen Beitrag kann der Verband leisten? Was können wir der Bundeswehr anbieten? Das gilt es nun auszuarbeiten. Der Reservistenverband ist Mitglied im Legacy Advisory Board (LAB) der Invictus Games, ein beratendes Gremium des Projektteams IG (IG) 2023. Brosig: „Das LAB beschäftigt sich vor allem mit der öffentlichen Präsenz der Invictus Games und hat zum Ziel, die politische und öffentliche Debatte im Bereich Veteranen- und Versehrtenpolitik zu verstärken und langfristig zu verstetigen. Ein erster öffentlichkeitswirksamer Schritt ist ein direkter Link zur offiziellen Seite der Invictus Games auf der Website des Reservistenverbands.“

Gefragt nach seiner Motivation, sagt Brosig: „Als Reservistenverband sind wir ein eigenständiger eingetragener Verein, der sowohl für die Bundeswehr als Mittler in der Gesellschaft fungiert und gleichzeitig als Träger der Reservistenarbeit außerhalb der Bundeswehr beauftragt ist. Natürlich sind wir als Verein besonders den Interessen unserer Mitglieder gegenüber verpflichtet.“ Daraus ergibt sich in der Satzung der Aufgabenbereich Betreuung und Fürsorge, in dem sich der Verband für die flächendeckende und lebenslange Betreuung der Reservisten und Veteranen der Bundeswehr einzusetzen hat – die Strategie der Reserve unterstreicht das noch einmal. „Daran möchte ich mit meinem Team intensiv weiterarbeiten.“ **Sören Peters**

Jetzt Vorschläge für den Partner der Reserve einreichen!

Seit 2016 vergeben das Verteidigungsministerium und der Reservistenverband jährlich gemeinsam die Auszeichnung Partner der Reserve. Der Preis geht an zivile Arbeitgeber, die die Reserve aktiv unterstützen und sich in vorbildlicher Weise für ihre Belange einsetzen.

So wollen das Ministerium und der Reservistenverband Arbeitgeber würdigen, die sich durch Zuverlässigkeit, hohe Professionalität und Effizienz in der Kooperation mit der Bundeswehr hervorheben. Aus den bis zum 26. Februar 2023 beim Kompetenzzentrum Reservistenangelegenheiten der Bundeswehr eingereichten Vorschlägen werden durch eine Jury in einem standardisierten Verfahren anhand definierter Kriterien die möglichen Kandidaten für den Partner der Reserve in vier möglichen Kategorien ausgewählt: Großunternehmen, Mittelstand und Handwerk, Öffentlicher Dienst und Sonderkategorie (zum Beispiel Verbände, Organisationen). **red**

Sie möchten Ihren Arbeitgeber für die Auszeichnung Partner der Reserve 2023 vorschlagen? Dann senden Sie Ihren aussagekräftigen Vorschlag bis spätestens zum 26. Februar 2023 digital an das Kompetenzzentrum für Reservistenangelegenheiten.

Auch für die achte Verleihung des Preises „Partner der Reserve“ im Jahr 2023 gilt: Qualität und Vollständigkeit eines Vorschlages beeinflussen maßgeblich die Erfolgsaussichten! Weitere Informationen zum Partner der Reserve gibt es auf www.reservistenverband.de/schlagwort/partner-der-reserve/

15 Jahre Engagement für Versehrte

Dass der Soldatenberuf Risiken birgt, ist jedem bewusst. Umso wichtiger ist das Netz, das Versehrte, die etwa im Auslandseinsatz verwundet wurden, auffängt. Wichtige Säule dieser Hilfen für Soldatinnen und Soldaten ist seit 15 Jahren die Oberst-Schöttler-Versehrten-Stiftung (OSVS).

In Berlin feierten Gründer Oberst d.R. Dr. Horst Schöttler und sein 11-köpfiges Vorstandsteam dieses Jubiläum mit Partnern und Unterstützern. Eingebettet in ein Sicherheitspolitisches Symposium kamen rund 70 Gäste zur Feierstunde. Den Festvortrag hielt Generalleutnant a.D. der United States Army, Frederick Benjamin (Ben) Hodges, zuletzt Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa. Sein Vortrag zur Sicherheitspolitik in Europa war Ausgangspunkt einer angeregten Diskussion.

Dr. Peter Wendl von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt führte mit seinem Impulsvortrag „Philosophie des Helfens“ nach der Begrüßung durch Horst Schöttler gelungen in den Abend ein. Für die Bundeswehr gratulierte Generalleutnant Markus Laubenthal, Stellvertreter des Generalinspekteurs, mit seiner Ansprache. Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr war durch seinen Bundesgeschäftsführer, Oberstleutnant d.R. Christoph Max vom Hagen, vertreten. Das sicherheitspolitisch hochkarätige Programm wurde durch einen feierlichen musikalischen Rahmen ergänzt.

Die Verbandsführung, Präsident und Bundesgeschäftsführer des Reservistenverbandes und der geschäftsführende Vorstand der OSVS vereinbarten am Rande der Feierlichkeiten, bei einem Treffen Anfang 2023 weitere Pflöcke zu einer vertieften Kooperation einzuschlagen.

Seit 2007 können sich bei Auslandsmissionen schwer verwundete Soldatinnen und Soldaten, bei Inlandseinsätzen Angehörige der Polizei und der Freiwilligen Feuerwehren sowie zivile Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz an die Stiftung wenden, die speziell zu ihrer finanziellen Unterstützung, medizinischen Betreuung und gesellschaftlichen Begleitung gegründet wurde. Auslöser für die Gründung der Stiftung war der Anschlag auf Soldaten der Bundeswehr in Kabul am 14. November 2005. Bei dem Attentat fiel ein Reservist, zwei Soldaten wurden lebensgefährlich verwundet. Im Sommer 2020 wurden die Hilfen auf Angehörige der Feuerwehren und das Technische Hilfswerk ausgeweitet. Seit 2007 konnten bereits mehr als eine dreiviertel Million Euro Betroffenen zugutekommen.

Nadja Klöpping

Foto: Patricia Hermann

Oberst d.R. Dr. Horst Schöttler und sein Vorstandsteam feierten 15 Jahre Engagement für Versehrte

Sie möchten ebenfalls spenden und die Oberst Schöttler Versehrten-Stiftung unterstützen? Hier gibt es die Möglichkeit dazu: www.oberst-schoettler-versehrten-stiftung.de/

RAG Bundestag wählt neuen Vorstand

Alle vier Jahre wählt die Reservistenarbeitsgemeinschaft (RAG) Bundestag einen neuen Vorstand. Zum neuen Vorsitzenden wurde auf der aktuellen Sitzung Dr. Kristian Klinck gewählt. Der Hauptmann d.R. ist seit 2021 für die SPD im Wahlkreis Plön-Neumünster im Bundestag und ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss. Als Stellvertreter stehen ihm Pascal Kober (FDP) und Thomas Erndl (CSU) zur Seite. Seit ihrer Gründung im Jahr 2010 stand der heutige Präsident des Reservistenverbandes, Oberst d.R. Professor Dr. Patrick Sensburg, der Arbeitsgemeinschaft vor. Er prägte die Arbeit der RAG mehr als ein Jahrzehnt. Nachdem er 2021 aus dem Bundestag ausgeschieden war, stellte er sich nun nicht mehr zur Wahl. **nk**

Fotos: Nadja Klöpping

Dr. Kristian Klinck ist neuer Vorsitzender der Reservistenarbeitsgemeinschaft Bundestag

Die Mitglieder der RAG Bundestag haben einen neuen Vorstand gewählt

Wie komme ich an den Corona-Coin?

Der Corona-Amtshilfe-Einsatz der Bundeswehr war der längste und größte in der Geschichte der deutschen Streitkräfte. Insgesamt 111.000 Bundeswehrangehörige wurden eingesetzt.

Foto: Bundeswehr/Amende

Das Bundesministerium der Verteidigung würdigt den Einsatz der Soldatinnen und Soldatinnen sowie Reservistinnen und Reservisten während der Covid-19-Pandemie mit einem Corona-Coin

In der Spitze waren an einem einzigen Tag – dem 15. Februar 2021 – rund 19.000 Soldatinnen und Soldaten in der Pandemiebekämpfung im Einsatz. Auch Reservistendienstleistende hätten daran entscheidenden Anteil gehabt, sagte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. „Die Bundeswehr hat sich mit aller Kraft gegen das Virus gestemmt, gerade wenn andere an ihre Grenzen gestoßen sind." Dieses Engagement werde nicht vergessen werden. „Sie alle haben mit ihrer Hilfeleistung, ihrem Dienst an der Gesellschaft, einen großen Beitrag für das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland und darüber hinaus geleistet."

Stellvertretend für alle uniformierten Helfer hat die Ministerin bei einem Appell auf dem Paradeplatz des Bendlerblocks in Berlin Anfang November rund 400 Soldatinnen und Soldaten ausgezeichnet. Sie bekamen eine Urkunde und einen eigens geprägten Coin überreicht. Bis zum Ende des ersten Quartals 2023 werden diese Coins nun im großen Stil beschafft. Dazu hatten die Organisationsbereiche zuvor ihren Bedarf ans Verteidigungsministerium gemeldet. Bis spätestens zum Ende des zweiten Quartals sollen dann alle am Amtshilfe-Einsatz beteiligten Soldaten – und Reservisten – einen solchen Coin erhalten. Und wenn ich bis Ende Juni nichts bekommen habe? Dann wenden Sie sich bitte direkt an Ihren Heranziehungstruppenteil beziehungsweise die Dienststelle, die Sie herangezogen hat, und fragen dort nach. Die Coins werden in ausreichender Anzahl beschafft, so dass jeder, der an der Hilfeleistung beteiligt war, auch berücksichtigt wird.

Forderung des Reservistenverbandes erfüllt

Eine solche Auszeichnung hatte der Reservistenverband im Dezember des vergangenen Jahres gefordert. „Die Bundeswehr und ihre Reserve haben gezeigt, dass auf sie Verlass ist und dass unser Land auf sie zählen kann, wenn es darauf ankommt. Die Truppe unterstützte maßgeblich auch mit der großartigen Hilfe von tausenden Reservistinnen und Reservisten. Überall wurden wir Zeugen der Hilfe in Uniform, die positiv wahrgenommen in den Alltag zurückkehrte", sagte der Präsident des Reservistenverbandes, Oberst d.R. Professor Dr. Patrick Sensburg, seinerzeit.

Er hatte sich für ein sichtbares Zeichen zum Tragen an der Uniform eingesetzt. Allerdings hätte die Umsetzung, mit Genehmigungsgang einer Medaille über das Bundespräsidialamt, deutlich mehr Zeit in Anspruch genommen. Dann wäre die Corona-Thematik noch weniger präsent als ohnehin schon.

Sören Peters

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

bei der letzten (außerordentlichen) Bundesdelegiertenversammlung 2021 wurde die Satzung unseres Verbandes dahingehend geändert, dass zur Stärkung der Mitgliederbeteiligung nunmehr alle zwei Jahre eine Bundesdelegiertenversammlung (BDV) stattfindet. Wahlen erfolgen weiterhin nur alle vier Jahre. Die Bundesdelegiertenversammlung 2023 ist eine solche Wahl-BDV. Es ist aber auch die Behandlung weiterer Anträge zulässig.

Die Bundesdelegiertenversammlung findet vom 1. bis 3. September im Hotel Esperanto in Fulda statt. Die förmliche Einladung zu der Veranstaltung erfolgt ab dem 26. Juni 2023. Anträge zur Behandlung in der BDV müssen bis zum 31. Mai 2023 bei der Bundesgeschäftsstelle eingehen. Antragsberechtigt sind nur die Bundesdelegierten.

Damit diese rechtzeitig Anträge stellen können, erfolgt nach der oben genannten Satzungsänderung diese Bekanntmachung. Einberufen werden die Delegierten nach den Delegiertenlisten, die einen Monat vor der Einberufung, also bis zum 26. Mai 2023, in der Bundesgeschäftsstelle vorliegen. Dabei wird für die gewählten Delegierten nach Beschluss des Erweiterten Präsidiums ein Schlüssel von einem Delegierten je angefangene 800 Mitglieder der Landesgruppen angewandt. Die Landesgeschäftsstellen sind daher aufgerufen, zum einen die Vorlage der Delegiertenlisten in der Bundesgeschäftsstelle sicherzustellen und zum anderen, die gewählten Delegierten unter Anwendung des Schlüssels über ihre Teilnahme an der BDV unverzüglich zu informieren. Diejenigen gewählten Mitglieder, die nach Anwendung des Schlüssels nicht eingeladen werden, sind sogenannte Ersatzdelegierte, die sofort nach Ausfall eines Delegierten zu unterrichten sind.

Mit freundlichen Grüßen

PROF. DR. PATRICK SENSBURG,
Präsident des Reservistenverbandes

LUTZ-GEORG BERKLING,
Vizepräsident für Verbandsorganisation

Wir vergessen Euch nicht!

Kameradschaft endet nie!

Kameradschaft hält ein Leben lang und geht auch darüber hinaus. An dieser Stelle gibt es eine Gelegenheit, um innezuhalten. Dieser Ort des Gedenkens ist allen Angehörigen der Bundeswehr gewidmet, die während eines Einsatzes im Ausland oder während der Ausübung ihres Dienstes ihr Leben verloren haben und die in Ausübung ihres Dienstes körperliche oder seelische Verwundungen erlitten haben. Zudem dient diese Gedenkseite als ein Ort der Erinnerung an alle verstorbenen Kameradinnen und Kameraden aus dem Reservistenverband.

Möge diese Seite dazu beitragen, den Schmerz des Verlustes zu teilen und im kameradschaftlichen Gedenken verbunden zu bleiben. Ein Innehalten symbolisiert auch einen Schulterschluss mit den Angehörigen verstorbener Kameradinnen und Kameraden sowie im Einsatz gefallener Soldatinnen und Soldaten. Für sie ist es ebenso wichtig, zu wissen, dass sie in ihrer Traurer nicht allein sind. Dazu soll diese Seite beitragen.

Erinnerung an tragischen Unfall

Diese Gedenkseite erinnert an Maat Steffen Behrens. Der 25-jährige ist am 20. Dezember 1995 tödlich verunglückt, als er beim Aussetzen eines Beibootes zwischen den Bordwänden des Beibootes und der Fregatte „Karlsruhe" erdrückt wurde. Maat Behrens gilt als erster Toter der Bundeswehr, der während eines Auslandseinsatzes in Ausübung seines Dienstes ums Leben gekommen ist. Die Fregatte „Karlsruhe" war damals in der Adria vor dem ehemaligen Jugoslawien während der Operation Sharp Guard im Einsatz. Diese Mission sollte das Waffenembargo gegen Serbien und Montenegro überwachen und überprüfen.

Des Weiteren ist diese Gedenkseite allen im Auslandseinsatz verstorbenen Kameradinnen und Kameraden und denjenigen, die eine körperliche oder seelische Verletzung davongetragen haben, gewidmet.

Nachrichten aus den Ländern

62 Baden-Württemberg
66 Bayern
74 Berlin
75 Bremen
76 Hamburg
77 Hessen
80 Mecklenburg-Vorpommern
81 Niedersachsen
85 Nordrhein-Westfalen
89 Rheinland-Pfalz
91 Saarland
92 Sachsen
93 Sachsen-Anhalt
94 Schleswig-Holstein
97 Thüringen

Afghanistaneinsatz: Lehren und Folgen

Die Reservistenkameradschaft (RK) Kirchheim unter Teck hat kürzlich zu einem Vortragsabend in das Kirchheimer Traditionslokal „Teckkeller" eingeladen. Dieses Mal stand ein Vortrag über den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr auf dem Programm.

Vortragender war Oberstabsgefreiter (OA) d.R. Sebastian Schulze. Der 34-Jährige hat während seiner aktiven Dienstzeit an zwei Einsätzen in Kunduz/Afghanistan teilgenommen. Der Gebirgsjäger berichtete über Gefechte mit den Taliban und die Lehren, die die Bundeswehr aus diesem Einsatz für die aktuelle Situation ziehen kann. Oberst d.R. Günther Roller, Vorsitzender der RK Kirchheim unter Teck, erläuterte zu Beginn die Intention der Veranstaltung: „Es ist uns ein Anliegen, unseren Mitgliedern ein vielfältiges Programm anzubieten. Neben Exkursionen und regelmäßigen Treffen gehören auch Fachvorträge dazu. Auf diese Weise können wir Interessierten einen Einblick aus der Truppenpraxis geben."

Neben der politischen und militärischen Situation im Einsatzland schilderte Schulze auch seine Erlebnisse in den Gefechten mit den Taliban, aus den Jahren 2008 und 2009, die für die Bundeswehr die ersten größeren Kampfhandlungen der Landstreitkräfte darstellten. Darüber hinaus thematisierte er den Umgang mit verwundeten und gefallen Kameraden sowie die nach wie vor nicht ideale Lage an Ausrüstung und Bewaffnung. „Die benötigte Ausstattung ist im Einsatzland zwar vorhanden. Gemäß dem Grundsatz ‚Übe, wie du kämpfst', muss das Material aber auch an den Heimatstandorten in ausreichendem Maße vorrätig sein, damit die Soldatinnen und Soldaten sich adäquat vorbereiten können", mahnte Schulze während seines Vortrags.

Die überdurchschnittlich große Zahl an Teilnehmern des Vortragsabends verdeutlicht, wie groß das Interesse an aktuellen Themen wie diesen ist. Die jüngste Teilnehmerin war dabei erst 18 Jahre alt. „Über interessante Themen aus dem Dienst in der Truppe zu berichten, ist ein geeignetes Mittel, insbesondere um junge Menschen zu erreichen. Wir möchten einerseits über die Arbeit der Bundeswehr informieren und andererseits auch für das Engagement im Reservistenverband werben", sagte Oberstleutnant d.R. Robin Weigt, Schriftführer der RK, über die Bedeutung solcher Veranstaltungen. Der Vortrag fand allgemein Anklang unter den Gästen, die noch bis in die späten Abendstunden miteinander über das Thema diskutierten. **Sebastian Schulze**

Foto: Sebastian Schulze

Deutsche Patrouille bei Kunduz: Vorne rechts mit MG4 Sebastian Schulze, der bei der RK Kirchheim unter Teck über seine zwei Afghanistaneinsätze berichtete

Das Multinationale Kommando Operative Führung informierte Reservisten über Möglichkeiten der Entwicklung in der Dienststelle

Ulmer Kommando informiert Reservisten

Der Befehlshaber des Multinationalen Kommandos Operative Führung, Generalleutnant Alexander Sollfrank, begrüßte in der Wilhelmsburgkaserne 70 Teilnehmer zur großen gemeinsamen Informationsveranstaltung mit Reservisten des Ulmer Kommandos.

Nach zweijähriger pandemiebedingter Pause hat das Ulmer Kommando zu einer zweitägigen Informationsveranstaltung für beorderte und interessierte Reservisten geladen, die traditionell mit einem Kameradschaftsabend in der Ulmer Gastronomie eröffnet wurde. Insgesamt freuten sich rund 70 Soldatinnen und Soldaten der Reserve sowie aktive Kameraden über ein Wiedersehen, zunächst in geselliger Runde. Der Befehlshaber des Ulmer Kommandos, General Alexander Sollfrank, freute sich darüber, dass es nun wieder gelungen ist, diese bemerkenswert hohe Anzahl an Kameraden der Reserve in ihrer militärischen Heimat zusammenzuführen. Anschließend umriss Sollfrank die Schwerpunkte für das kommende Jahr der beiden multinationalen Ulmer Stäbe, dem NATO Kommando Joint Support and Enabling Command (JSEC) und dem Multinationalen Kommando Operative Führung. Der Fokus des Multinationalen Kommandos liege in der Vorbereitung des im Jahr 2025 anstehenden EU-Engagements als militärstrategisches Hauptquartier, das unter anderem in enger Zusammenarbeit mit dem Eurocorps aus Straßburg sowie unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben des Strategischen Kompasses und der Aufstellung der EU Rapid Deployment Capacity (RDC) Ende 2025 abgeschlossen werden wird. Gleichzeitig ist das Joint Support and Enabling Command in der Zuarbeit zur Entwicklung der operativen NATO-Planungen gebunden. Neben der Darstellung der aktuellen Rahmenbedingungen der beiden multinationalen Ulmer Hauptquartiere nahm der Befehlshaber Beförderungen in einem würdigen Rahmen vor. Aus dem Ulmer Reservistenkreis verabschiedete der Chef des Stabes und Reservistenbeauftragten des Ulmer Kommandos, Generalmajor Hartmut Renk, zum einen Oberst a.D. Klaus Schlick nach mehr als dreißig Jahren Reservistentätigkeit und zum anderen Oberstleutnant a.D. Wolfgang Goetze, der 2010 seinen aktiven Dienst beendet hatte und nun als Regionalbeauftragter der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) in Ulm tätig ist.

Am 67. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr setzte Generalmajor Renk das Programm der Informationsveranstaltung mit einem Vortrag zum Thema „Einbindung des Multinationalen Kommandos im nationalen und internationalen Kontext“ fort. Im Ulmer Kommando dienen derzeit Soldatinnen und Soldaten aus sieben Nationen. Es unterstützt als deutsche Dienststelle in erster Linie nicht nur die Europäische Union (EU) auf militärstrategischer Ebene, sondern aktuell auch mit Anteilen die NATO Response Force und gewährleistet die grundlegenden Rahmenbedingungen für das Joint Support and Enabling Command und alle anderen Hauptquartiere in der Wilhelmsburgkaserne.

Als einen der wesentlichsten Programmanteile stellte Oberst d.R. Oliver Dellschau die neue Strategie der Reserve der Bundeswehr vor, was vor allem im Bereich des Heimatschutzes durch die aktuelle Aufstellung der Heimatschutzregimenter prominent belegt wird. Weitere Vortragende vom Personalamt der Bundeswehr und der Personalabteilung des Ulmer Kommandos über Situation, Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten in der Reserve rundeten die Tagung ab. Die Veranstaltung bot zudem zahlreiche Möglichkeiten für abteilungsinterne Gesprächsrunden und Einzelgespräche mit dem jeweiligen Personalführer. Am Nachmittag verabschiedete General Renk die Kameradinnen und Kameraden. Er bedankte sich für deren Engagement und die gelungene Veranstaltung. Fazit: Für die Reserve gilt heute mehr denn je: „Nie war sie so wertvoll wie heute.“

Jackie Blome/Bernd Niedermann

Fotos: Gina Seegert

Der Befehlshaber des Multinationalen Kommandos Operative Führung, Generalleutnant Alexander Sollfrank, verabschiedet Oberst a.D. Klaus Schlick nach einer mehr als dreißigjährigen Reservistentätigkeit

Auf dem Weg zur Kandelpyramide und auf dem Kandel selbst hinderte der Nebel die Sicht

Gebirgsjäger gehen in sich

Seit fünfzig Jahren mahnt an der Kandelpyramide im mittleren Schwarzwald eine zeitlose Inschrift: „Friede den Toten, Friede den Lebenden." Unter diesem Motto stand das Friedensgebet und die Totenehrung auf dem Kandel. Dazu hatten die Gebietskameradschaft Freiburg und Schwarzwald-Süd im Kameradenkreis der Gebirgstruppe eingeladen.

Fotos: Simon Kenneth Jacobs

Silbernes Ehrenzeichen für Alain-Eric Finel (links), überreicht durch Hans Sahm (rechts)

Eine stattliche Zahl war der Einladung in die St.-Pius-Kapelle gefolgt. Dank der engen Kooperation mit der Kreisgruppe Baden-Südwest des Reservistenverbandes waren darunter auch Vertreter der Reservistenkameradschaften Freiburg, Markgräflerland, Offenburg und Todtnau. Ehemalige französische und italienische Gebirgssoldaten sowie die Kameraden aus dem Stuttgarter Raum verdeutlichten die Verbundenheit der Angehörigen der Gebirgstruppen, die in der Internationalen Föderation der Gebirgssoldaten (IFMS) zusammengeschlossen sind. Die gute Nachbarschaft im Dreiländereck dokumentierte auch die Teilnahme von Oberst Hans Ruedi Schaffhauser von der Basler Offiziersgesellschaft. Obwohl nach anstrengender Hin- und Rückreise erst vor drei Tagen vom IFMS-Kongress in Spanien zurückgekehrt, hatte es sich der Präsident des Kameradenkreises der Gebirgstruppe, Oberst a. D. Hans Sahm, nicht nehmen lassen, an der Feier teilzunehmen. Er überreichte dem Präsidenten der Diables Bleus de Sélestat, Alain-Eric Finel, das Silberne Ehrenzeichen des Kameradenkreises.

„Friede den Toten, Friede den Lebenden – die Inschrift auf der Kandelpyramide zeigt uns, warum wir heute hier sind", sagte Pfarrer Dr. Christian Heß in seiner Einleitung zu den Fürbitten. Dass man bei der Einweihung 1972 glaubte, der Friede für die Lebenden sei eine gesicherte Selbstverständlichkeit in Europa, war in allen Redebeiträgen angesichts des Krieges in der Ukraine wichtiger Anknüpfungspunkt zur Gegenwart. Die Kandelpyramide mit beiden Gedenktafeln ist in der Obhut der Stadt Waldkirch und so war es für die Veranstalter eine Ehre, dass Ortsvorsteher Christian Ringwald aus Buchholz die Stadt repräsentierte.

Das Totengedenken galt den Opfern aller Kriege und Gewaltherrschaften, den Toten der Gebirgstruppe der Bundeswehr und der Bergwacht sowie den Toten der anwesenden Gruppierungen. Christian Ringwald und Hans Sahm übergaben den Fahnenabordnungen das zur Erinnerung gestiftete Fahnenband, ehe sich die Teilnehmenden auf den Weg zum Kandelgipfel machten. Dort legten die Kameraden Gebinde nieder und gedachten mit würdiger musikalischer Begleitung durch die Kandelmusikanten der Toten. Der Dank des Vorsitzenden Manfred Löffler galt am Ende der Veranstaltung allen Mitfeiernden und allen, die zu deren Gelingen beigetragen hatten.

Im Mai 1972 wurde die Gedenkplakette an der Kandelpyramide eingeweiht. Die Gestaltung lag in den Händen von Sepp Jakob, Meister der Münsterbauhütte Freiburg. Die Initiative ging von den heimgekehrten Gebirgssoldaten in Freiburg und Umgebung aus. Die westliche Seite des Pyramidenstumpfs ziert eine Erinnerungstafel, die von den Heimkehrern des Ersten Weltkrieges angebracht wurde. In Waldkirch war während des Ersten Weltkrieges eine Ersatzabteilung der badischen Gebirgsartillerie stationiert und so lag es nahe, dass auf dem Hausberg der Stadt an die toten Kameraden erinnert wurde.

Manfred Löffler

Wichtiges Gedenken

Der Krieg in der Ukraine erinnert an längst vergangene Gräuel des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. Es ist das erste Mal seit Jahrzehnten, dass das Gedenken am Volkstrauertag vor dem Hintergrund eines bedrückenden Krieges mitten in Europa stattfindet. Umso wichtiger war es deshalb, dass es nach der zweijährigen Pause wieder eine Gedenkveranstaltung gab. An der Zeremonie nahmen auch Reservisten und Soldaten der Bundeswehr teil.

Die Gedenkveranstaltung auf dem mehr als 2000 Quadratmeter großen Ehrenfriedhof Allmendshofen in Donaueschingen war während der Coronavirus-Pandemie ausgefallen. Die Kränze wurden aber im kleinen Rahmen niedergelegt.

Diesmal traf man sich wieder im normalen Umfang zur Gedenkfeier. Der Donaueschinger Bürgermeister Severin Graf ging in seiner Ansprache nicht allein auf die Opfer der beiden Weltkriege ein, sondern auch auf die aktuelle Situation im Ukrainekrieg. Den Kranz der Stadt Donaueschingen legte er zusammen mit Franz Wild vom Gemeinderat ab.

Seitens des Jägerbataillons 292 nahm der stellvertretende Kommandeur, Oberstleutnant Jörn Deigner, teil. Den Kranz legten Stabsfeldwebel d.R. Jürgen Liebermann und Oberfeldwebel d.R. Georg Frank von der Reservistenkameradschaft Donaueschingen nieder. Die Ehrenabordnung stellten die beorderten Reservisten des Jägerbataillons 292 und Mitglieder der Reservistenkameradschaft Donaueschingen.

Roberto Bold

Foto: Roberto Bold

Kameraden der Reservistenkameradschaft Donaueschingen und Soldaten des Jägerbataillons 292 bei der Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag

Die Landesgruppe trauert um ihre Toten

Holger Anderseck	Oberfeldwebel d.R.	RK Filder
Adalbert Blüggel	Förderer	RK Pforzheim
Winfried Brenner	Hauptfeldwebel d.R.	RK Obrigheim
Peter Gaisbauer	Leutnant d.R.	RK Weinheim
Willi Hügel	Stabsfeldwebel d.R.	RK Offenburg
Karlheinz Horst Kaminski	Förderer	RK Eberbach
Joachim Kasper	Obergefreiter d.R.	RK Offenburg
Kurt Lorenz	Förderer	RK Schriesheim
Peter Machmer	Obergefreiter d.R.	RK Kornwestheim
Klaus Nothwang	Stabsunteroffizier d.R.	RK Crailsheim
Rainer Rudnik	Hauptmann d.R.	RK Todtnau
Axel Schacher	Oberstabsbootsmann d.R.	RK Stockach
Armin Schäfer	Gefreiter d.R.	Kreisgruppe Mittlerer Neckar
Wolfgang Schneider	Gefreiter d.R	RK Eberbach
Lothar Schnepf	Gefreiter d.R.	RK Walldürn
Stjepan Vonic	Oberfeldwebel d.R.	Kreisgruppe Baden-Südwest

Fotos: privat

Xaver Lang begleitete die Zeremonie musikalisch

Würdige Gedenkfeier

Ehemalige und aktive Soldaten haben während der Gedenkfeier auf der Rauschberghütte ihrer verstorbenen Kameraden gedacht.

Früher war es Tradition in der Kaserne, dass alle Soldaten des Gebirgsflugabwehrregiments in Traunstein am Kirchweih-Sonntag einen Bergmarsch zur Rauschberghütte machten, um der verstorbenen Soldaten zu gedenken. Nach der Verlegung des Regiments nach Kirchham/Pocking und sogar auch dann noch als das Regiment aufgelöst wurde, haben die Kameraden diese Tradition aufrechterhalten. Viele Soldaten aus den Landkreisen Traunstein, Berchtesgaden, Mühldorf, Altötting und Rottal Inn, die ihren Dienst bei der Gebirgsflugabwehr geleistet haben, treffen sich regelmäßig zu gemeinsamen Veranstaltungen.

In diesem Jahr sind die ehemaligen Soldaten wieder der Einladung von Fritz Beringer gefolgt. Die Reservisten, Familien, Freunde und ehemaligen Angehörigen der Traunsteiner Gebirgsflugabwehr trafen sich am Kirchweihsonntag zur Teilnahme an der Gedenkfeier für die verstorbenen Regimentsangehörigen am Gedenkstein an der ehemaligen Rauschberghütte.

Seit 1985 gibt es die Gedenkfeier auf dem Rauschberg. Seit der Auflösung des Traunsteiner Gebirgsflugabwehrregiments 8 wird sie vom Verein „GebFlaRgt 8 – Aktive und Ehemalige – Freunde der Rauschberghütte“ seit 2003 veranstaltet und mit Gründung des Traditionsverbandes 2016 gemeinsam durchgeführt.

Treffpunkt für die Teilnehmer war um neun Uhr auf dem Parkplatz am Holzknecht-Museum in der Laubau. Unter der Führung von Stabsfeldwebel d.R. Jost „Justy“ Verhülsdonk ging es zur Hütte hoch. Vor Beginn der Gedenkfeier wurde noch, die von Manfred Schaffner und seinen Lehrlingen angefertigte und gestiftete neue Laterne aufgestellt. Der Vorstand des Vereins „Freunde der Rauschberghütte“, der selbst lange Zeit in Traunstein und Bad Reichenhall als Soldat gedient hatte, sprach die passenden Worte bei dieser Feier, die mit dem Lied „Ich bete an die Macht der Liebe“ durch Trompeter Xaver Lang begann. Beim Totengedenken gedachte man der während der Dienstzeit verstorbenen Soldaten und richtete die Gedanken auch an die nach ihrer Dienstzeit verstorbenen Führungskräfte des Regiments, aktuell an den im November verstorbenen Regimentskommandeur Oberstleutnant Armin Bals. Auf seine Initiative wurde der Gedenkstein 1985 errichtet. Er war immer jedes Jahr aus dem hohen Norden angereist, um an der Gedenkfeier teilzunehmen. Einige ehemalige Soldaten wurden bei der Gedenkfeier mit eingebunden. Oberstleutnant a.D. Erwin Wudke übernahm die Lesung und Ludwig Gschwendtner von der Teisendorfer Reservistenkameradschaft sprach die Fürbitten über Kranke, Soldaten und die aktuelle Situation, die das Land derzeit belaste.

Am Ende der Gedenkfeier spielte Trompeter Xaver Lang noch das Lied vom guten Kameraden und als würdigen Abschluss die Bayernhymne, wobei alle mitsingen durften. Der Vorstand des Vereins und Fritz Beringer als Vorsitzender vom Traditionsverband bedankten sich bei Allen für ihr Kommen und freuten sich schon auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr am Kirchweih-Sonntag.

Als Ausklang gab es noch ein gemütliches Beisammensein in der Gaststätte am Rauschberg und man führte viele interessante Gespräche. Ein kleiner Wermutstropfen ist jedoch, dass es bei dieser Veranstaltung trotz der ehrenamtlichen Arbeit und Instandhaltung des Gedenksteins am Rauschberg durch die ehemaligen Angehörigen des Regiments keinen Nachlass der Gemeinde Ruhpolding bei den Parkgebühren gibt.

red

Das Heeresmusikkorps Veitshöchheim gastierte in Vierzehnheiligen

Es war der krönende Abschluss des Fests zum 50-jährigen Bestehen der Reservistenkameradschaft (RK) Hochstadt, ebenso ein gelungenes Finale des Jubiläumsjahres 250 Jahre Kirchenweihe Vierzehnheiligen.

Den Hochstadter-Reservisten mit ihrem Mitglied Hauptmann d.R. Georg Hagel (Regionalkantor und Organist der Basilika) und der Kirchenleitung von Vierzehnheiligen war es gelungen, das bekannte Heeresmusikkorps Veitshöchheim zu gewinnen. Zusammen mit Hauptmann d.R. Georg Hagel an der großen Basilikaorgel erwarteten die Zuhörer ein eigens auf den Kirchenraum abgestimmtes festliches Programm.

Eher außergewöhnlich waren drei Ehrungen während des Konzertes. Der Stellvertretende und (kommissarische) Vorsitzende der Bezirksgruppe Oberfranken, Oberstleutnant d.R. Michael Krug, ehrte zusammen mit dem Vorsitzenden der Kreisgruppe Oberfranken Nord, Hauptfeldwebel d.R. Matthias Engel, verdiente RK-Mitglieder. Die Bezirksmedaille in Gold für besondere Verdienste erhielt der Ehrenvorsitzende der RK Hochstadt, Stabsunteroffizier d.R. Heiner Grebner, und Obergefreiter d.R. Reinhard Stöcker. Das Ehrenschild der Landesgruppe Bayern für besondere Leistungen um den Reservistenverband erhielt Hauptmann d.R. Thomas Siebenhaar. Der Eintritt zum Wohltätigkeitskonzert war frei. Die freiwilligen Spenden werden je zur Hälfte einem kulturellen und einem sozialen Zweck zugeführt: dem Soldatenhilfswerk für Soldaten und deren Familien in Not sowie der Restfinanzierung der neu gegossenen Glocken der Basilika.

Peter Vietze

Foto: Peter Vietze

Das Heeresmusikkorps in Aktion

Eine besondere Ehrung für Schutzengel

Hauptgefreiter d.R. Michael Brauner befand sich auf Rückweg von einer Dienstlichen Veranstaltung, als er plötzlich zum Retter in höchster Not wurde. Der Vorsitzende der Reservistenkameradschaft (RK) Puchheim rettete einem Kameraden, der auf dem Heimweg von einer Schießveranstaltung mit seinem Motorrad schwer verunglückte, das Leben. Für seinen beherzten Ersthelfer-Einsatz erhielt Brauner nun eine Auszeichnung. Der Kommandeur des Regionalstabes für Territoriale Aufgaben der Bundeswehr Süd, Oberst Roland Hettmer, überreichte Brauner die Ehrenmedaille des Kommandeurs des Landeskommandos Bayern. Der Hauptgefreite habe sich die Ehrung für sein überlegtes, fachlich einwandfreies und zielgerichtetes Handeln verdient, hieß es. Michael Brauner befand sich auf der Rückfahrt einer Schießveranstaltung, als ein Angehöriger einer anderen Reservistenkameradschaft, der ebenfalls an der Veranstaltung teilgenommen hatte, vor ihm mit seinem Motorrad schwer verunglückte. Brauner übernahm als Ersthelfer sofort die folgerichtige Erstversorgung des Unfallopfers, das eine stumpfe Amputationsverletzung des rechten Unterschenkels erlitt. Dadurch konnte Brauner den lebensbedrohlichen Blutverlust verhindern. Des Weiteren hat er durch zielgerichtete Instruktion einer weiteren Helferin und die Anforderung eines Rettungshubschraubers über die Integrierte Leitstelle wertvolle Zeit gewonnen, um nach der Erstversorgung möglichst schnell die intensivmedizinische Folgeversorgung sicherzustellen.

Die Landesgruppe Bayern gratuliert herzlich zu dieser außergewöhnlichen Auszeichnung und wünscht dem verletzten Kameraden gute Besserung, erfolgreiche Reha-Maßnahmen und viel Glück auf dem weiteren Lebensweg. **Michael Kosowsky**

Foto: Bundeswehr

Oberst Roland Hettmer ehrte Hauptgefreiter d.R. Michael Brauner für seinen mutigen Einsatz

Die Ukraine und Russland anders betrachtet

Der Krieg in der Ukraine war Thema während einer sicherheitspolitischen Veranstaltung der Kreisgruppe Mittelfranken Ost. Die Reservisten um den Kreisgruppen-Vorsitzenden Bernd Schmidtkanz luden zu einem spannenden Vortrag, der die ideologischen Grundlagen und theoretischen Hintergründe des Kriegs behandelte. Experte auf diesem Gebiet ist Slavistik-Professor Diether Götz von der Universität Würzburg.

Er ging zunächst auf die Vorgeschichte der Ereignisse seit dem 24. Februar 2022 ein. Unter der Herrschaft von Zarin Katharina II., der Großen, wurde Neurussland erschlossen und kolonisiert. Das Gebiet umfasste Teile der Südukraine sowie die Krim und reichte vom heutigen Moldawien bis zum Asowschen Meer. Nach Katharinas Tod ließ Zar Paul I. das Gebiet zum Gouvernement Neurussland zusammenfassen. Es kam nach der Oktoberrevolution unter sowjetische Herrschaft, die durch die deutsche Besatzung nur kurzfristig unterbrochen wurde. Die Ukrainer Galiziens dagegen hatten vor dem Zweiten Weltkrieg nicht einmal zwei Jahre sowjetischer Herrschaft hinter sich.

Diese besondere Situation der Westukraine machte ihre Integration in die Ukraine zum Problem der ukrainischen Sowjetrepublik, zu der sie von 1945 bis 1991 gehörte.

Ein Großteil der Westukraine gehörte lange zu Polen, ab 1772 zu Österreich-Ungarn und nach dem polnisch-sowjetischen Krieg erneut zu Polen. Der Westen der Ukraine hat intensive Kontakte zu Polen und tendiert zu einer politischen Orientierung an Europa.

Die Industrialisierung der Sowjetunion führte in der Ostukraine zu einem starken Verstädterungsprozess, während die Westukraine teilweise heute noch sehr ländlich geprägt ist. Die ukrainische Kultur und Sprache hatte in der heutigen Ostukraine stets nur einen geringen Einfluss. Auch in religiöser Hinsicht besteht ein Gegensatz zwischen der stärker atheistisch oder russisch-orthodox beziehungsweise ukrainisch-orthodox mit Bekenntnis zum Moskauer Patriarchat ausgerichteten Ostukraine und der katholischen, unierten ukrainisch-orthodoxen mit Bekenntnis zum Kiewer Patriarchat geprägten Westukraine.

Foto: wikipedia.org/ DiscoverWithDima

Neurussland ist die historische Bezeichnung einer Region unmittelbar nördlich des Schwarzen Meeres. Das 1764 unter Zarin Katharina II., die Große, gebildete Gouvernement Neurussland diente der Neuansiedlung von Kolonisten und als Militärgrenze gegen das Osmanische Reich

Was die innenpolitische Ausrichtung des Landes zwischen Westorientierung einerseits und engen Beziehungen zu Russland andererseits betrifft, so zeigten alle Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 eine politische Teilung des Landes auf. Die Außenpolitik der Ukraine in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit wurde von ukrainischen Politikern oft als multivektoral bezeichnet. Von politischen Beobachtern im Ausland wurde diese Politik oft als uneinheitlich wahrgenommen. Einerseits

„Unter den ukrainischen Spitzenpolitikern waren charakterlich sehr bedenkliche Leute."

strebten Ukraine und auch die EU im Sinne der Osterweiterung der Europäischen Union und der NATO-Osterweiterung bereits in den 1990er Jahren eine Annäherung an NATO und EU an, andererseits waren auch gute Beziehungen zu Russland für das Land stets von elementarer Bedeutung

Um die beiderseitigen Absichten in diesem Konflikt besser zu verstehen, muss man etwas in die vergangene Zeit zurückreisen. Die Ukraine sei lange Zeit eine unbekannte Schöne gewesen, von der man nur eine diffuse Vorstellung hatte, führte der Referent aus. Erst durch die Orangene Revolution sei das Land ins europäische Bewusstsein gerückt. Lange Zeit sei die Berichterstattung negativ gewesen – was nicht Schuld der Medien, sondern der politischen Elite des Landes sei. „Unter den ukrainischen Spitzenpolitikern waren charakterlich sehr bedenkliche Leute. Das waren zum Teil astreine Kriminelle", sagte der Referent. Der damalige Präsident, Wiktor Janukovytsch, war in den 1980er Jahren mehrere Jahre im Gefängnis. Nicht aus politischen Gründen, sondern weil er Raubüberfäl-

le verübt hat. Die ukrainische Justiz war vor einigen Jahren nicht mit der westeuropäischen vergleichbar. Es sei eine Fassaden-Demokratie. Es existierten alle formalen Institutionen: Gewaltenteilung, Verfassungsgericht, Parlamente, Wahlen und Wahlgesetze – aber eine zivile Bürgergesellschaft habe sich nicht vollständig entwickelt, sagte der Referent. Die massive Beeinflussung durch die Politik war allgegenwärtig. Hinzu kam das Problem der Korruption. Ohne das berühmte Handgeld ging gar nichts. Die normale Bevölkerung lebte in großer Armut. Die Lage der Menschen war durch die Währungs- und Wirtschaftskrise sehr viel schwieriger geworden. Dennoch gelten die Leute als fröhlich, gastfreundlich und zeigten sich von der politischen Situation unbeeindruckt.

Die Ukraine war immer von fremden Mächten besetzt. Als das Land 1991 selbstständig wurde, konnte nicht auf historische Vorbilder einer demokratischen Gesellschaft zurückgegriffen werden. Dieses Defizit sei ein Erbe der Sowjet-Zeit, in der keine demokratischen Strukturen zugelassen waren. Es gab und gibt einige Clans, geführt von reichen Leuten, die die Ukraine untereinander aufgeteilt haben. „Da kommt man sich nicht in die Quere, sonst spielt das Thema Mafia eine Rolle. Diese Industrie-Oligarchen haben viel Einfluss und verfügen sogar über Zugang zu den Präsidenten", erläuterte Götz. Aus Eigeninteresse verhinderten sie, dass sich ein Mittelstand entwickelt. Sie nutzten ihren Einfluss, um die Politik auf die Konkurrenz anzusetzen.

Die Europäische Union wird in der Ukraine offiziell von der Delegation der Europäischen Union für die Ukraine in Kiew vertreten. Der Ukraine wurde am 23. Juni 2022 offiziell der Kandidatenstatus zum EU-Beitritt zugesprochen. Die Ukraine ist ein Nachbarland der Europäischen Union (EU) und gehört zu deren Beitrittskandidaten. Bereits 2004 hatte der damalige ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko bekundet, dass sein Land eine baldige EU-Mitgliedschaft anstrebe. Am 9. September 2008 trafen die Ukraine und die EU in Paris eine Vereinbarung für ein Assoziierungsabkommen. Im Gegensatz zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) gilt dieses Abkommen allerdings nicht zwingend als erster Schritt zu einem EU-Beitritt. Die offizielle Position von Seiten der Europäischen Kommission lautet: „Die EU strebt eine zunehmend enge Partnerschaft mit der Ukraine an, die die allmähliche wirtschaftliche Integration und eine Vertiefung der politischen Zusammenarbeit zum Ziel hat. Seit 2009 ist die Ukraine mit der EU als Mitglied der Östlichen Partnerschaft und seit 2016 über die Vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) verbunden. Die Europäische Union wird in der Ukraine offiziell von der Delegation der Europäischen Union für die Ukraine in Kiew vertreten. Der Ukraine wurde am 23. Juni 2022 offiziell der Kandidatenstatus zum EU-Beitritt zugesprochen. „In diesem Aspekt ist die Ukraine durchaus modern: Alle bisherigen Machtwechsel verliefen friedlich. Allerdings ist die Wahlfälschung ein großes Problem. Wobei die letzten Präsidentenwahlen laut den Beobachtern des OSZE einigermaßen ordentlich verlaufen sind. Von den jüngsten Kommunalwahlen im Herbst kann man das allerdings nicht behaupten – da wurde schwer betrogen", berichtete Professor Götz.

Foto: president.gov.ua

Patriarch Bartholomeos I. bei der Unterzeichnung des Tomos (Dekret) über die kirchenrechtliche Unabhängigkeit der vereinigten Orthodoxen Kirche der Ukraine. Die erste orthodoxe Kirche in der Ukraine entstand unter Fürst Vladimir I. im Jahr 988. Er gründete die Kiewer Rus, die als Wiege der russischen und ukrainischen Nationen gleichzeitig gilt

„Die Ukraine ist gen Europa gerichtet, vor allem die junge Generation."

Im politischen und ökonomischen Bereich müsse man sagen: Ja. Die Hauptbeteiligten haben den Rückhalt in der Bevölkerung verspielt, das habe großen Schaden hinterlassen. Es gebe aber die Hoffnung, dass durch die Orangene Revolution Entwicklungen angestoßen wurden, die nicht mehr zu unterdrücken sind. Das Volk lasse sich nicht mehr alles gefallen, folgerte Götz.

Die Ukraine ist gen Europa gerichtet, vor allem die junge Generation. In der Nähe der Universität in Kiew gibt es sogar einen Stand, an dem man Nürnberger Bratwürste und deutsches Bier kaufen kann. Eine Anlehnung an Europa wäre auch für die EU eine Chance: Man könnte der Ukraine auf die Finger sehen. Im Anschluss an den Vortrag fand eine rege Fragerunde mit Diskussion statt. Einig war man sich, dass nur einer den Krieg beenden kann: Putin.

Artur Gerhäuser

James Benedix wiedergewählt

Zur Bezirksdelegiertenversammlung waren am Sonntag aus ganz Niederbayern zahlreiche Delegierte nach Neukirchen angereist.

Neben den wahlberechtigten Mitgliedern hieß der Bezirksvorsitzende James Benedix den stellvertretenden Vorsitzenden der Landesgruppe Bayern, Harald Emmerling, und die Ehrenmitglieder der Landesgruppe Bayern, Werner Scholz und Johann Georg Stigler, willkommen. Vom Bayerischen Soldatenbund waren deren Präsident Richard Drexel und der Bezirksvorsitzende Niederbayern, Manfred Langer, der Einladung gefolgt. Der Bezirksvorsitzende Franz Bauer von der Bayerischen Kameraden- und Soldatenvereinigung überbrachte die Grußworte des Partnerverbandes. Seitens der Gemeinde Neukirchen war der zweite Bürgermeister, Robert Zimmerer, zur Veranstaltung gekommen und betonte in seinem Grußwort seine Freude darüber, dass die Gemeinde Neukirchen zum zweiten Mal in Folge als Veranstaltungsort gewählt wurde. Im vollbesetzten Saal des Landgasthofes „Zum Hieblwirt" begann die Veranstaltung zunächst mit der offiziellen Begrüßung und der Beschlussfassung zur Tagesordnung. Es folgte das Gedenken an die verstorbenen Mitglieder und Angehörigen der Bundeswehr. In den Grußworten der Ehrengäste wurde die gute Zusammenarbeit zwischen den Verbänden betont und auf den Zusammenhalt bei den anstehenden herausfordernden Zeiten hingewiesen. Tenor ist, dass in der Reserve die Kameradschaft gelebt und praktiziert wird.

Im Anschluss erhielt der Vorsitzende der Kreisgruppe Passau, Oberstabsfeldwebel d.R. Klaus Kandlbinder, für seine 25-jährige Zugehörigkeit zum Reservistenverband eine Auszeichnung. Die Ehrenadel des Reservistenverbandes in Bronze erhielt Oberfeldwebel d.R. Florian Werner für sein beispielhaftes Engagement in der Reservistenarbeit um den Verband.

Es folgten der Bericht des bisherigen Vorsitzenden, James Benedix. Aus dem konnten die Delegierten sehen, dass die Reservisten trotz der Corona-Pandemie viele Veranstaltungen auf die Beine gestellt haben. Es wurden vom Verband vielfältige Wege beschritten, um die Reserve am Laufen zu halten. Der Kassenwart Heinz Hartwich gab im Anschluss seinen Kassenbericht ab. Gleichzeitig kündigte er an, sich aus persönlichen und gesundheitlichen nicht mehr zur Wahl zur Verfügung zu stellen. Er bedankte sich bei seinen Vorstandskollegen und den Kreiskassenwarten für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die positive Kassenbilanz wurde von den Revisoren Georg Harass und Thomas Sattich bestätigt. Sie sprachen dem Vorstand eine gute Arbeit aus und empfahlen die Entlastung des bisherigen Vorstandes.

Im nächsten Schritt folgten unter Leitung von Harald Emmerling dann die Wahlen, die auf Wunsch der Versammlung teilweise in schriftlicher Form durchgeführt wurden. Die Mitglieder bestätigten James Benedix wieder als Bezirksvorsitzenden. Sein erster Stellvertreter ist Manfred Keifert. Als weitere stellvertretende Bezirksvorsitzende wählten die Kameraden Hans-Martin Sailer und Peter Franke wieder. Martin Glashauser ist neuer Kassenwart. Bei den Revisoren wurden die Kameraden Georg Harass und Thomas Sattich und als stellvertretende Revisoren Hans Häusler und Roland Fleischmann gewählt. Die Verpflichtung in die Ämter übernahm Harald Emmerling offiziell per Handschlag vor. James Benedix verabschiedete Heinz Hartwich aus dem Vorstand und bedankte sich mit einem Geschenk für seine Arbeit. Nach einem kurzen Ausblick bedankte sich James Benedix bei allen Teilnehmern für ihr Kommen und verabschiedete sie in einen schönen Sonntag. **Christiane Loferer**

Harald Emmerling, Klaus Kandlbinder und James Benedix

Harald Emmerling, Florian Werner und James Benedix

Fotos: privat

Survival-Ausbildung von und für Reservisten

Das Thema „Überleben Land“ stand bei einer Ausbildung der Kreisgruppe Oberbayern Südost im Vordergrund.

Der passende Standort für diese Veranstaltung war erneut das ehemalige Munitionsdepot in der Nähe von Rosenheim, das mit seiner dichten Vegetation hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten bietet. Am ersten Tag stand der Bau mehrerer Behelfsunterkünfte für die Teilnehmer im Fokus. Dabei wurden verschiedene Varianten selbst gebaut, je nachdem welche Mittel zur Verfügung standen und in welcher Lage man sich befand. Den Abend verbrachten die Kameraden am Grubenfeuer mit Stockbrot und Bundeswehr-EPA. Der zweite Tag war gefüllt mit Trinkwassergewinnung und -aufbereitung, Entfachen eines Feuers mit Feuerstahl und anderen Hilfsmitteln, Rohkostzubereitung und Pflanzenkunde. Abgerundet wurde der Tag mit praktischen Tipps für die Organisation der persönlichen Ausrüstung (3-Line-Prinzip), wobei auch eine Vielzahl von nicht alltäglichen Ausrüstungsgegenständen gezeigt und vorgestellt wurden. Am dritten und somit letzten Tag wurden zunächst noch besondere Techniken zum Verwundetentransport ausgebildet und im Anschluss daran der Rückbau des Lagers durchgeführt. Beim Abschlussantreten zeigten sich sowohl beim Ausbilderteam als auch bei den Teilnehmern äußerst zufriedene Gesichter.

Mit einem lauten und kräftigen „Horrido Joho“ ging sodann ein aufregendes und lehrreiches Wochenende zu Ende und alle Kameraden freuen sich bereits auf die nächste Ausbildung vom 27. bis zum 29. Oktober 2023. **A. Baier**

Kollage: Markus A./, Julia W./Leonard E.

Vorstand neu gewählt

Die Delegierten der Bezirksgruppe Mittelfranken haben vor Kurzem einen neuen Vorstand für die nächsten vier Jahre gewählt. Zunächst gab Matthias Steinbauer als Vorsitzender einen Rückblick auf die vergangene Wahlperiode. Er betonte, wie viele Ausbildungsvorhaben und sonstige Veranstaltungen die Bezirksgruppe Mittelfranken trotz der Einschränkungen wegen Corona durchführte. Er dankte allen Kameradinnen und Kameraden und auch den hauptamtlichen Kräften der Geschäftsstellen für das Engagement und für die tatkräftige Unterstützung in den vergangenen fünf Jahren. So wählten die Delegierten: Hauptfeldwebel d.R. Matthias Steinbauer (Vorsitzender), Oberstabsgefreiter Harald Emmerling (erster stellvertretender Vorsitzender), Feldwebel d.R. Helmut Bödecker (stellvertretender Vorsitzender), Gefreiter d.R. Helmut Betz (Kassenwart), Oberstleutnant d.R. Martin Heinz (Schriftführer), Stabsunteroffizier d.R. Klaus Archinger, Stabsfeldwebel Karl-Heinz Schmidt (beide Revisor), Stabsunteroffizier d.R. Walter Zeilinger und Obergefreiter d.R. Hans Rudelsberger (beide stellvertretender Revisor). **red**

Foto: privat

Der neu gewählte Vorstand der Bezirksgruppe Mittelfranken

Foto: privat

Die Mannschaft des IT-Bataillons 292 kam auf den dritten Platz. In der Gesamtwertung siegte das Team der Reservistenkameradschaft Wertingen II vor dem Team der RK Wertingen I und der RK Wortelstetten

Anspruchsvoller Nachtorientierungsmarsch

Der traditionelle 38. Nachtorientierungsmarsch 2022 im Gelände Wolferstadt hatte nach der längeren Coronapause eine gute Beteiligung.

Wie wertvoll persönliche Begegnungen sind, welche Bedeutung gemeinsame Wettkämpfe für die Reservisten haben und wie unverzichtbar diese sind, das mussten sie in der zurückliegenden Coronaabstinenz schmerzlich erfahren. Der Mut, trotz der noch laufenden Basisschutzmaßnahmen seit Juni 2022 den Wettkampf zu planen, hatte sich für alle Beteiligten mehr als gelohnt.

Die Wertinger Mannschaften konnten wieder ihren Anspruch auf die vorderen Plätze anmelden und verdeutlichten mit welchem Potenzial sie angetreten waren. Unter den 13 Mannschaften waren aktive Soldaten des IT-Bataillons 292 Dillingen an der Donau, Reservisten aus Baden-Württemberg und sogar Teilnehmer aus Italien. Nahezu 40 Funktioner bewerteten an den Stationen die Leistungen. Diese waren auf einem rund 10 Kilometer langen Rundkurs angelegt. Die Reservistenkameradschaft (RK) Wolferstadt war Ausrichter für den Kreiswettkampf 2022. Die Gemeinde, deren Bauhof, die Freiwilligen Feuerwehren aus Wolferstadt und Zwerchstraß, der Schützenverein Wolferstadt sowie die Familie Georg Rosenwirth und Manfred Färber unterstützten den Wettkampf.

Im Feldlager Färber hatten die Mannschaften vorgegebene Koordinaten in eine Karte einzutragen, ehe ihr militärischer Anzug begutachtet und bewertet wurde. Bei einem Luftgewehr-Luftpistolenschießen konnten die Gruppen ihre Schießfertigkeit unter Beweis stellen. Auf der weiteren Marschstrecke mussten dann die weiteren Stationen mittels Karte und ermittelten Koordinaten angelaufen werden. Es waren Fragen unterschiedlicher Themen anhand der ausgewiesenen Bilder zu beantworten. Wo erkannt werden sollte, wie z. B. die Himmelsrichtung mittels großer Wagen und Nordstern festzulegen war, um welchen Panzer bzw. Hubschrauber es sich handelte, wie der Funkverkehr zu eröffnen ist oder um welches taktische Zeichen sich es bei ABC handelte, wie das oberbayerische Luftwaffengeschwader aktuell bezeichnet wird und welche Kreisgruppen in der Bezirksgruppe Schwaben enthalten sind.An der Marschstrecke war ein EFH mit Garage zu passieren in dem sich beim Räderwechsel ein Unfall ereignete und eine Person unter dem Fahrzeug lag, da der Wagenheber nachgegeben hatte. Die verunglückte Person war eingeklemmt. Im Rahmen der Selbst- und Kameradenhilfe wurde diese aus der misslichen Lage befreit und mit Erster Hilfe bis zum Eintreffen des herbeigerufenen Notarztes versorgt. Fragen aus Bundeswehr, Reservistenverband und allgemeiner Sicherheitspolitik aus dem aktuellen Tagesgeschehen mussten in einem Fragebogen richtig beantwortet werden. An einer Station hatte die Gruppe den Auftrag, eine Person mithilfe von Gurtmaterial und Knotenkunde für das Herablassen aus dem ersten Stock vorzubereiten. Auf der letzten Station war der Anzug zu säubern, insbesondere der Stiefelputz herzustellen, um ein sauberes Feldlager zu gewährleisten.

Bei der Siegerehrung durfte sich das Team der RK Schwäbisch-Gmünd/Gremheim über den ersten Platz freuen. Das italienische Team wurde Zweiter vor der Mannschaft des IT-Bataillons 292. Der Kommandeur des IT-Bataillons 292 aus Dillingen a.d. Donau, Oberstleutnant Stefan Holland, zeigte sich über die Leistung der Reservisten sehr beeindruckt. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Mannschaft des IT-Bataillons 292 aus aktiven Soldaten von Oberstleutnant Mirco Baark (stellvertretender Kommandeur und S3-Stabsoffizier) angeführt wurde.

Oberstleutnant d.R. Toni Resch, Vorsitzender der Bezirksgruppe Schwaben, war vom Leistungsangebot beeindruckt und bemerkte, dass durch die Öffnung über die Grenzen Nordschwabens hinaus, dieser traditionelle Nachtwettkampf in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen soll.

red

Von einer Sammlung im Hühnerstall zu einem Museum

Ein Teil deutscher Geschichte während der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ist längst in Vergessenheit geraten, lebt aber in einem Museum im Rödelseer Ortsteil Fröhstockheim (Landkreis Kitzingen) weiter.

Dort hat Norbert Linke unter Nutzung des Nachlasses seines Großvaters Leonhard Köberlein (Jahrgang 1883) alles zusammengetragen, was das Leben seines Großvaters als deutscher Soldat der Schutztruppe in Deutsch-Südwest-Afrika – heute Namibia – geprägt hat. Das ist wohl einmalig in Deutschland.

Köberlein hatte sich 1904 freiwillig zur Schutztruppe für die afrikanischen Schutzgebiete des deutschen Kaiserreiches in der Zeit von 1884 bis 1915 gemeldet und trat in die Truppe ein, als der Herero-Aufstand gerade zu Ende ging. Guerilla-Krieg und Hinterhalte dauerten noch bis 1906 und Köberlein war bis 1908 als Vize-Feldwebel in der 7. Kamelreiterkompanie beteiligt.

1915 war Köberlein interniert worden und wurde 1919 aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Als er zurück in die Heimat kam, ging er seinem erlernten Beruf als Küfer nach. 1998 hatte Norbert Linke Namibia besucht, um sich ein eigenes Bild von der Region zu verschaffen, in der sein Großvater als Soldat einst gedient hat und das als Staatsgebiet heute weitgehend den von der Schutztruppe festgelegten Grenzen entspricht.

Der Enkel war schon zu Lebzeiten seines 1971 verstorbenen Großvaters von dessen Geschichten fasziniert und sammelte Unterlagen, Schriftstücke und Archivalien aus jener Zeit, um die Erinnerung der Nachwelt zu erhalten. Die inzwischen reichhaltige Sammlung zeigt Uniformen, Ausrüstungsgegenstände, Dokumente, Fotos, Bücher, Geld und Feldpostbriefe und vieles mehr. Zunächst kam die Sammlung in einem ausgedienten Hühnerhaus unter, das allerdings schnell zu klein wurde, zumal Linke die Sammlung um die Gebiete Ostafrika, Kamerun und Togo erweiterte. Damit will er deutsche Zeitgeschichte mit bayerischer und deutscher Militärgeschichte dokumentieren. Die Ausstellungsfläche ist inzwischen auf rund 100 Quadratmeter angewachsen.

Die Grundlage seines Wissens um die Geschichte der deutschen Schutzgebiete hat er sich mit Fach- und Tagebüchern Beteiligter selbst erarbeitet, in dem er ihre Lebensläufe studierte. Der Begriff Schutzgebiet wurde von Reichskanzler Otto von Bismarck eingeführt, um nicht den Begriff Kolonie der Weltmächte zu benutzen. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war damals bestrebt es seinen Verwandten in England und Russland gleich zu tun und Kolonien unter deutscher Flagge zu besetzen. Die deutsche Geschichte in Deutsch-Südwest mit der Hauptstadt Windhuk dauerte nur von 1884 bis 1915. Das Gebiet wurde zunächst Südafrika angegliedert, 1994 entstand der unabhängige Staat Namibia.

Auch den Kameraden der Würzburger Infanterieregimenter und Reservisten der Bundeswehr war die Geschichte der deutschen Schutztruppen weitgehend unbekannt.

G. Bauer

Foto: G. Bauer

Die Uniform eines deutschen Schutztruppensoldaten

Fotos: Archiv/Landesgruppe Berlin

Die Landesgruppe Berlin blickt auf einige hochkarätige sicherheitspolitische Veranstaltungen im vergangenen Jahr zurück, unter anderem mit dem US-Militärattaché und weiteren Verteidigungsattachés aus skandinavischen und baltischen Staaten

Das waren die Höhepunkte aus 2022

Die Landesgruppe Berlin hat sich im vergangenen Jahr auf Sicherheitspolitik und militärische Ausbildung konzentriert. Das soll so weitergehen.

Für den Reservistenverband begann in Berlin das Jahr 2022 mit dem Erscheinen des „Rapports". Das ist der Veranstaltungskalender der Landesgruppe Berlin. Dieser erschien erstmals seit dem Beginn der Covid-19-Pandemie. Der Neubeginn in der Sicherheitspolitik und in der militärischen Ausbildung haben das Jahr 2022 in der Verbandsarbeit der Landesgruppe Berlin geprägt. Erstmals war es seit dem Ausbruch der Pandemie wieder möglich, verlässlich zu planen und in größerem Rahmen öffentliche Veranstaltungen zu organisieren.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat die Verantwortungsträger in der Landesgruppe Berlin bestärkt, in Sicherheitspolitik und militärischer Ausbildung Präsenz zu zeigen. Ein Jahr nachdem Joe Biden als amerikanischer Präsident die USA als verlässlichen Partner mit dem Satz „America is Back!" auf der Weltbühne zurückgemeldet hatte, wurde deutlich, wie wichtig starke und zuverlässige Partner im Nordatlantischen Bündnis sind.

In Berlin hat der Reservistenverband die Militärattachés der USA, Finnlands, Dänemarks, Schwedens, Litauens, Lettlands und Estlands eingebunden und in Diskussionen um die Sicherheitspolitik der Bündnispartner Flagge gezeigt.

Auch die militärischen Fähigkeiten der Reserve wurden im vergangenen Jahr in Berlin gestärkt. Bei verschiedensten Wettkämpfen und Ausbildungen haben die Ausbilder der Landesgruppe die Berliner Reservisten auf Trab gebracht und auf allen Niveaus gezeigt, dass die Reserve verteidigungsbereit ist. „Diesen Weg werden wir weiter gehen und die Strukturen für umfassende Resilienz weiter stärken", heißt es aus dem Vorstand der Landesgruppe Berlin.

Sebastian Söllner

Militärische Ausbildung, der neue Wettkampf Black Eagle und der Mauerwegmarsch waren einige der militärischen Höhepunkte des Jahres 2022

RAG Sanitätsdienst Brandenburg gegründet

Am 25. November haben 15 Reservistinnen und Reservisten mit medizinischem Hintergrund die Reservistenarbeitsgemeinschaft (RAG) Sanitätsdienst Brandenburg gegründet.

Die RAG ist eine Gliederung innerhalb der Landesgruppe Brandenburg. Als ihren Vorsitzenden wählten sie Stabsunteroffizier d.R. Mario Steffen, der sich schon lange in der Sanitätsausbildung der Bundeswehr und der Reserve in Brandenburg engagiert. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Stabsunteroffizier d.R. Stephan Gorn gewählt. Dritte im Vorstand ist Oberfeldarzt d.R. Melanie Schönau als stellvertretende Vorsitzende und fachlicher Beirat (ärztliche Leitung). In der RAG Sanitätsdienst Brandenburg treffen sich Reservistinnen und Reservisten aller Laufbahngruppen. Sie bringen sich aktiv in den Sanitätsdienst ein. Dazu pflegen sie Kontakte zur Bundeswehr und anderen Reservisten in dem bundesweit organisierten Arbeitskreis Sanitätsdienst. Vor allem aber unterstützen sie die Ausbildungsvorhaben der Reservisten in Brandenburg.

Ihr Auftrag ist die sanitätsdienstliche Aus- und Weiterbildung von Reservisten und aktiven Soldaten entsprechend den Standards der Bundeswehr. Außerdem hält die RAG Verbindung zu anderen Sicherheits- und Blaulichtorganisationen in Brandenburg und unterstützt den Reservistenverband Brandenburg bei seinen militärischen Ausbildungen und anderen Veranstaltungen. Neben der regelmäßigen aktiven Teilnahme an den militärischen Ausbildungen der Landesgruppe ist auch die Teilnahme an Übungen im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit geplant.

Neben der Begleitung von Ausbildungsvorhaben wird ein Schwerpunkt die Sanitätsausbildung beorderter und unbeorderter Reservistinnen und Reservisten zum Erbringen der IGF-Leistungen sein. Dazu arbeitet die RAG mit dem Sanitätsregiment 1 in Berlin zusammen, in dem viele Mitglieder beordert sind. Außerdem sind, wie schon im vergangenen Jahr, regelmäßige Ausbildungen zum Einsatzersthelfer A für das nichtaktive schwere Pionierbataillon 901 aus Havelberg geplant. **Ronald Nitschke**

Die RAG Sanitätsdienst Brandenburg bietet ihre Unterstützung auch den Brandenburger Reservistenkameradschaften an und stellt sich dazu gerne bei diesen vor. Dazu können die RK-Vorstände Verbindung mit dem Vorstand der RAG aufnehmen. Kontaktdaten und weitere Informationen finden Sie online unter: www.rag-sanitätsdienst.de

Foto: Paul Donath

Der Gründungsvorstand der RAG Sanitätsdienst Brandenburg mit Stabsunteroffizier d.R. Stephan Gorn (von links nach rechts), Oberfeldarzt d.R. Melanie Schönau und dem Vorsitzenden Stabsunteroffizier d.R. Mario Steffen

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

ich freue mich sehr, Sie hier in *loyal* begrüßen zu können und bedanke mich an dieser Stelle für jede Unterstützung, die ich bisher erhalten habe. Ich danke für meine Wiederwahl. Ein Ehrenamt lebt vom Engagement des Einzelnen und nur gemeinsam können wir etwas bewirken. Unserer Markenzeichen ist die (unterstützende und wertschätzende) Kameradschaft. Es ist ein einzigartiges Gefühl, das uns alle verbindet und kein anderer Verein so bieten kann. Es ist unser „Bund" des Lebens.

Es gilt, die Corona-Trägheit zu überwinden, wieder Fahrt aufzunehmen und alle unsere Kameraden anzusprechen – um wieder an die Teilnehmerzahlen von vor der Corona-Pandemie anzuknüpfen. Nach so einer großen Pause müssen wir unsere Kameraden teilweise neu überzeugen. Wir werben daher nicht nur Neumitglieder, sondern auch um unsere bestehenden Mitglieder. Unerlässlich ist die Investition in unsere Zukunft, um eine starke Landesgruppe für nachfolgende Generationen zu hinterlassen und Auflösungen entgegenzuwirken. Unsere Neumitglieder sind Teil unserer Zukunft. Nur sie können unsere Traditionen später weiterführen. Werbung ist eine Aufgabe aller Mitglieder, damit unser Verband eine Zukunft hat. Wir müssen die Stoßrichtung für die nächsten Jahre festzurren und in eine Strategie gießen. Dazu werden Ideen aus den Reservistenkameradschaften gesammelt. Dabei ist uns die Stärkung der Regionen und der Reservistenkameradschaften eine Herzensangelegenheit. Sie sind das Herzstück unserer Landesgruppe. Jede RK hat ihre Stärken, die sie gewinnbringend bei Landesveranstaltungen einbringen kann. Mit diesen Stärken werden die Reservistenkameradschaften im nächsten Jahr ihre eigenen RK-Profile weiterentwickeln, um sich von anderen Kameradschaften abzuheben. Die vergangenen drei Jahre haben auch gezeigt, dass die Kameradschaften mit eindeutigen Profilen und Schwerpunkten überproportional viele Neumitglieder werben, zum Beispiel die RK 14 mit dem Schießsport und RK 3 mit militärhistorischen Fahrzeugen. Diese Profilbildung soll eine intensive RK-Besuchskultur in der Landesgruppe entwickeln. Ein besonderer Fokus muss auch auf unsere Funktioner gelegt werden. Sie sind der Garant für unsere Veranstaltungen.

Es sei mir gestattet, einen Rückblick auf 2022 zu nehmen. Überrascht hat uns alle am 24. Februar der Angriff Russlands auf die Ukraine kurz nach den Olympischen Spielen, der leider immer noch anhält. So haben sich einige unserer Mitglieder kurzfristig mehrfach mit dem Verladen von Hilfsgütern für die Ukraine eingebracht und unterstützen auch weiterhin. Der Bremer Remote Marsch wurde wieder durchgeführt. Der Verein Veteranenkultur e.V. hat bei unserem Marsch knapp 1.200 Euro Spenden gesammelt. Wir arbeiten dabei eng mit dem Marsch der Wertschätzung zusammen. Wir hatten mehr als 120 Anmeldungen und Teilnahmen aus zehn Nationen. Dieses weite Band der Kameradschaft ist ein klares Signal, dass wir den Marsch wieder am 9. und 10. September 2023 anbieten werden. Anmeldungen sind über bremen@reservistenverband.de schon möglich. Wir hoffen, dass viele weitere Marschgruppen nächstes Jahr weltweit teilnehmen. Natürlich können weiterhin auch Einzelmarschierer marschieren. Uns ist es wichtig, auch nach der Corona-Pandemie den virtuellen Marsch weiterzuführen. Auch der Bremer Marsch wurde wieder erfolgreich durchgeführt.

Was haben wir noch geplant? Lassen Sie mich auf einige Veranstaltungen in diesem Jahr eingehen. Der Wintermarsch am 21. Januar bildet den Jahresaufschlag. Es ist eine Veranstaltung für die gesamte Familie, um Orientierungsaufgaben ähnlich einer Schnitzeljagd gemeinsam zu lösen. Wir wollen unsere militärischen Fähigkeiten mit einer erlebnisreichen Ausbildung je Quartal und regelmäßiges Schießtraining im AGSHP auffrischen. Ein Leuchtturm im Jahr 2023 sollen unsere Veranstaltungen zum 60-jährigen Bestehen der Landesgruppe werden. Hier laden wir für den 22. April auch die Marschierer vom Bremer Marsch ein, mit uns zu feiern. Wir erwarten wieder viele Marschierer und Marschgruppen aus ganz Deutschland. Das Flughafenseminar für Sicherheitspolitik findet am 29. April statt. Beim Bremer Landesgästeschießen am 10. Juni liegt wieder der typische Pulvergeruch in der Nase. Der 5. Bremer Marsch findet vom 21. bis 22. April ebenfalls als Training für den Nijmegen-Marsch statt. Voranmeldungen sind für alle Veranstaltungen über bremen@reservistenverband.de möglich.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern für ihren Einsatz in der Landesgruppe und in der Gesellschaft, denn nur gemeinsam sind wir stark und können etwas verbessern. Wir brauchen Sie! Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine besinnliche Weihnacht, und ein frohes neues Jahr und verbleibe

mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr

TOBIAS SCHOLZ
Hauptmann d.R.
Vorsitzender der Landesgruppe Bremen

Fotos: René Niegebär

Die Teilnehmer bei den Ausbildungen der Reservistenarbeitsgemeinschaft Sanitätsdienst Hamburg bekommen eine praxisorientierte Ersthelfer-Schulung

Mehr als 900 Helferstunden

Die Reservistenarbeitsgemeinschaft (RAG) Sanitätsdienst Hamburg ist weiter auf Erfolgskurs. Gegründet und aufgestellt im April 2022, hat diese wichtige Reservistenarbeitsgemeinschaft seitdem circa 900 Helferstunden abgeleistet und mehr als 70 aktive Soldaten und Reservisten im Ersthelfer Territoriale Reserve oder Einsatz-Ersthelfer-A ausgebildet.

Damit hat sie sich innerhalb kurzer Zeit als wirkungsvoller Unterstützungsfaktor des Landeskommandos und der Heimatschutzkompanie in Hamburg etabliert. Auch in der Erstversorgung bei Veranstaltungen des Reservistenverbandes sowie bei Vorstellungsveranstaltungen der Landesgruppe ist die RAG immer in vorderster Front im Einsatz. Direkt dem Landesvorstand unterstellt, treffen sich die Mitglieder jeden ersten Donnerstag im Monat. Dort werden die diversen Ausbildungsvorhaben besprochen sowie die zahlreichen Termine festgelegt und koordiniert. Auch die Pflege der Kameradschaft kommt nicht zu kurz. Highlights des Jahres waren zum einen im September 2022 der Einsatz anlässlich des Hafengeburtstages, wo sich interessierte Besucher auf der Überseebrücke am Info-Stand des Reservistenverbandes über die Arbeit und Aufgaben der RAG eingehend informieren konnten.

Während der Durchschlageübung Luchs im November hat die RAG eine Versorgungsstation aufgebaut, an der sie eine verletzte Person mit Schussverletzungen an Arm und Bein präsentierten. Die RAG-Mitglieder prüften die Fähigkeiten der Teilnehmer in der Ersten Hilfe (Selbst-und Kameradenhilfe) in Theorie und Praxis. Um die Reservisten dabei zusätzlich unter Stress zu setzen, verne-

Herausfordernde Bedingungen

belten sie den Raum und leuchteten ihn mit rotem Licht aus.

Durch die Unterstützung einer Firma für Sanitätsartikel konnte die RAG Sanitätsdienst Hamburg die Ausbildung sehr realitätsnah abbilden. Das kam bei den Teilnehmern sehr gut an. „Einfach toll gespielt. Ich habe gedacht, es wäre ein echtes Szenario. Es wird dringend wieder Zeit, meinen Erste Hilfe-Kurs einmal aufzufrischen“, hieß es oft nach den Durchgängen. Ergänzend dazu gab es im Oktober und November mehrere Basislehrgänge des Einsatz-Ersthelfers A. Ausbildungsinhalte waren unter anderem der richtige Umgang mit dem Notverband Tourniquet, Helm, Spineboard, der Vakuummatratze und der Schaufeltrage. Das hochmotivierte Ausbildungspersonal der RAG freute sich über eine großartige Resonanz der Lehrgangeilnehmer.

Fazit: 2022 war ein aufregendes, anstrengendes und erfolgreiches Jahr mit diversen Einsätzen und Ausbildungsaktivitäten. Das nächste Jahr wird aber nicht minder spannend: Der geplante Einsatz bei den 60-Jahr-Feiern der Landesgruppe und der RK Bergedorf sowie die 11. Auflage des Alstermarsches werfen bereits jetzt ihre Schatten voraus.

Dabei ist die RAG stets auf der Suche nach neuen, engagierten Mitgliedern, am besten mit einem medizinischen Hintergrund. Interessierte Kameraden wenden sich bitte an den Leiter René Niegebär unter der Telefonnummer 0176 341 555 09. Weitere Informationen findet man auch bei Facebook RAG Sanitätsdienst Hamburg.

René Niegebär

Bei der Ausbildung ist Action garantiert

Aufgaben der Wache und Sicherung trainiert

Wach- und Sicherungsaufgaben waren vor Kurzem Thema beim Ausbildungswochenende in Kassel.

Der Samstag stand ganz im Zeichen des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwangs in der Bundeswehr (UZwGBw). Anhand realer Fallbeispiele aus der Feldjägertruppe wurde die Theorie nicht langweilig. In den Einsatzübungen am Sonntagvormittag wurden unterschiedliche Szenarien für die Wache und Streifen durchgespielt, manche auch mit Überraschungen. Eine Streife hat es leider erwischt. Die in dem durchgespielten Szenario als schwangere Frau getarnte Attentäterin konnte die Kameraden überlisten. Dennoch: Der Grundsatz „Reservisten bilden Reservisten aus“ hat sich einmal mehr bewährt. Das Zusammenwirken von Feldjägern und einem Fachberater Taktische Medizin der Polizei zahlte sich aus. Ein weiterer Vorteil in der Reservistenarbeit ist der Erfahrungsaustausch zwischen unterschiedlichen Dienstgraden und Einsatzerfahrungen in Bundeswehr und auch Blaulichtorganisationen.

Auch bei einer Evakuierung gilt es, möglichst gut zu sichern. Wie können Personen sicher aus einem Gebäude gebracht werden, wenn Treppen und Fahrstuhl nicht mehr nutzbar sind? Dabei half während der Wach- und Sicherungsausbildung die Berufsfeuerwehr Kassel. Mit einem Hilfeleistungslöschfahrzeug konnten die Reservisten ausprobieren, wie Personen mit dem Spineboard in der Schleifkorbtrage abgeseilt werden oder über eine Leiter nach unten gleiten können. Als finale Einsatzübung wurde ein Leiterhebel mit vier Steckleiterteilen eingesetzt. Dafür, dass sie das mit großer Mehrheit zum ersten Mal geübt hatten, hinterließen die Kameraden einen guten Eindruck bei den Feuerwehrleuten. Die Reservisten freuen sich auch künftig darauf, abwechslungs- und lehrreiche Ausbildungen anbieten zu können.

Alexander Wendt

Foto: Alexander Wendt

Realistische Übungsszenarien waren ein Teil der Ausbildung

Überraschender Erfolg

Vier Kameraden aus Südhessen haben am Schießwettbewerb Wappen der Stadt Köln 2022 teilgenommen. Abends erhielten sie noch die Einweisung für die Pistole P8 und das Gewehr G36. Am nächsten Morgen ging der Wettkampf los. Die Südhessen trugen die Startnummer 57, von 70 gemeldeten Mannschaften. Die Kameraden schossen auf den Bahnen fürs G36 und der Pistole P8. Allerdings hatte sie das Ergebnis nicht überzeugt. Sie gingen zunächst enttäuscht von der Schießbahn.

Abends stand die Siegerehrung auf dem Ball an. Oberstleutnant d.R. Hans-Peter Limburg begrüßte alle Teilnehmer und verkündete die Ergebnisse. Diese enthielten einige positive Überraschungen für die Kameraden aus Südhessen. Den ersten Platz als bester Einzelschütze erreichte Stabsfeldwebel d.R. Werner Zinkhan aus Hessen.

Auch bei der Teamwertung P8 und in der Wertung beste Reservistenmannschaft hatte das Team AKRU Südhessen (Stabsfeldwebel d.R. Werner Zinkhan, Hauptfeldwebel d.R. Michael Allenstein, Oberfeldwebel d.R. Jürgen Minkus und Stabsunteroffizier d.R. Jürgen Ditthardt) die Nase vorn. In der Gesamtwertung belegte die Mannschaft den dritten Platz. Mit solch einem Erfolg hatten die Reservisten aus Südhessen nicht gerechnet. Dies ist das beste Ergebnis, das sie jemals beim Wappen der Stadt Köln erreicht haben. Die Freude war groß.

Michael Allenstein

Foto: Michael Allenstein

Die Teilnahme am Wettbewerb hat sich für die Südhessen gelohnt

Foto: Gernot Schobert

Das Übersetzen mit Schlauchboot gehörte zu den Aufgaben

Erster Platz für die Feldataler Reservisten

Bei diesem Feind musste ein Teilnehmer beim Wachsamen Keiler, dem militärischen Vielseitigkeitswettkampf der oberhessischen Reservisten im Landeskommando Hessen, kampflos aufgeben. Seine Gruppe war auf dem 13 Kilometer langen Orientierungsmarsch im Raum Feldatal in einen Wespenschwarm geraten. Acht Tiere stachen den Obergefreiten der Reserve. Um eine allergische Reaktion ausschließen zu können, wurde die Übung an dieser Station unterbrochen. Der Rettungsdienst brachte den Gestochenen zur weiteren Versorgung ins Krankenhaus. Doch bald gab es Entwarnung: Am Nachmittag gesellte er sich wieder zu den Wettkämpfern in Groß-Felda. Start und Ziel der Übung waren das Gelände am Vereinsheim der Reservistenkameradschaft Feldatal. Unterwegs mussten die Gruppen auf Beschuss reagieren, Kameradenhilfe bei einer Schussverletzung leisten, mit dem Luftgewehr zehn Schuss abgeben, Entfernungen schätzen, einen Badeteich im Schlauchboot überqueren, aus den Einzelteilen von Gewehr, Maschinengewehr und Pistole, die in einer Kiste lagen, die Waffen möglichst schnell zusammenbauen und sich bei ABC-Alarm richtig verhalten.

Sieger wurde die Mannschaft der RK Feldatal, gefolgt von Lautertal, Fernwald, Wulf, Lich und Mittelhessen.

Gernot Schobert

Die Siegermannschaft der RK Feldatal

Grenzgeschichten erlebt

Während einer militärhistorischen Weiterbildung unter Leitung von Oberstabsfeldwebel d.R. Dieter Graf und mit Unterstützung des Feldwebels für Reservisten Bastian Nölker besuchten die Kameraden der Kreisgruppe Lahn-Schwalm-Eder den ehemaligen Point Alpha der US-Streitkräfte. Dabei erfuhren sie im dortigen Museum mehr über das Leben im US-Camp sowie über den Auftrag der dort stationierten US-Soldaten. Beobachten des dortigen Grenzabschnittes der hessisch-thüringischen Grenze sowie das Erkennen eines möglichen Angriffs des Warschauer-Paktes auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zählten zu ihren Aufgaben. Eine Besichtigung des Hauses auf der Grenze bei Rasdorf/Rhön gehörte ebenfalls zum Programm. Das Haus auf der Grenze wurde als Mahnmal so gebaut, dass mitten durch das Gebäude die ehemalige Zonengrenze verläuft. Während der Führung durch das Gebäude erfuhren die Teilnehmer manches Detail über das Leben hinter dem Grenzzaun und das Sterben an der DDR-Grenze.

Auf dem noch sichtbaren Kolonnenweg der DDR-Grenztruppen ging es zum Wiesenfelder Beobachtungs- und Kommandoturm. An der innerdeutschen Grenze standen zahlreiche solcher Türme, deren Zweck es war, die Grenze lückenlos zu überwachen. Zusammenfassend haben alle Teilnehmer einen Eindruck erhalten, welchen Repressalien die Menschen in der damaligen DDR ausgesetzt waren und mit welch enormen Aufwand eine Flucht in den Westen verhindert werden sollte. **Norbert Ester**

Foto: Franz Heinzerling

Die Reservisten der Kreisgruppe Schwalm-Eder besuchten den ehemaligen Point Alpha

Foto: privat

Generalkonsul Thomas Pröpstl bei seiner Rede in Dagneux

Foto: privat

Oberst d.R. Volker Stein (rechts) während der Gedenkfeier

Frankfurt/Lyon

Zum Gedenken an die Opfer der Weltkriege trafen sich französische Reserveoffiziere der Association des Officiers de Réserve de Lyon et du Rhône (AORL) und hessische Reserveoffiziere in der Frankfurter Partnerstadt Lyon auf den Soldatenfriedhöfen Frankreichs (La Doua) und dem Soldatenfriedhof des Volksbundes (Dagneux). In den Ansprachen des deutschen Generalkonsuls Thomas Pröpstl und des Französischen AORL Präsidenten Jean-Luc Logel kam die besondere Verantwortung Frankreichs und Deutschlands für den Frieden in Europa gerade in dieser Zeit zum Ausdruck. **red**

Frankfurt

Im Vorfeld des Volkstrauertags gedachten hessische Reservisten der Opfer jüdischen Glaubens im Ersten Weltkrieg. Auf dem Jüdischen Friedhof in Frankfurt wies der Staatssekretär und Beauftragte für Antisemitismus, Uwe Becker, auf die Hoffnung der über 100.000 Teilnehmer Jüdischen Glaubens hin, durch ihren Einsatz für Kaiser und Vaterland von der Deutschen Gesellschaft als vollwertige Mitbürger anerkannt zu werden. Eine Hoffnung, die wie die Geschichte zeigt, schnell enttäuscht wurde. Der Ehrenvorsitzende der Landesgruppe Hessen, Oberst d.R. Volker Stein, vertrat den Verband auf der Veranstaltung. **red**

Mulhouse

Mit Bravour organisierten die Reserveoffiziere aus der Region Mulhouse (UORRM) den anspruchsvollen Wettkampf CITOORM (Concours International de Tir et d'Orientation) auf der Schießanlage in Cernay. Dieser Wettkampf findet traditionsgemäß am dritten Wochenende im September statt. Neben internationalen Teilnehmern aus Europa nahm auch eine Mannschaft aus Südhessen teil. Zehn Schuss Präzision und zweimal fünf Schüsse Schnellfeuer mit der französischen Gendarmeriepistole waren in jeweils zwölf Sekunden abzugeben. Zudem stand ein Orientierungslauf auf dem Programm. Das Team um Hauptfeldwebel Michael Allenstein errang in der Gesamtwertung den dritten Platz und konnte einen der begehrten Pokale mit nach Hause nehmen. Die Möglichkeit der zusätzlichen Teilnahme am Schießen mit Luftgewehr, Pfeil und Bogen, Handgranatenzielwurf mit entmilitarisierten Übungshandgranaten und Trapschießen mit der Flinte boten einen tagfüllenden Ablauf. Trotzdem blieb die Zeit und die Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Verbindungen zu pflegen und zu vertiefen. Mit einem gemeinsamen elsässischen Dinner fand der erlebnisreiche Tag seinen Abschluss. **tb**

Foto: Sven Laube

Obergefreiter d.R. Ali Alkaya (von links nach rechts), Hauptfeldwebel d.R. Michael Allenstein und Obergefreiter d.R. Sven Laube

Die Bedeutung der Reserve für die Bundeswehr

Mitte November hielt der Präsident des Reservistenverbandes, Oberst d.R. Professor Dr. Patrick Sensburg, während des sicherheitspolitischen Dialogs in Schwerin einen Vortrag zum Thema „Die Bedeutung der Reserve für die Bundeswehr“.

Sensburg stellte heraus, dass das veränderte sicherheitspolitische Umfeld die personelle Verstärkung der Reserve der Bundeswehr erfordere. Die Reservistinnen und Reservisten unterstützen die Bundeswehr im gesamten Aufgabengebiet. Im Schwerpunkt leiste die Reserve Beiträge zur Landes- und Bündnisverteidigung, zum Heimatschutz sowie zur Unterstützung alliierter oder befreundeter Streitkräfte im eigenen Land. Zudem fördere die Reserve die Verbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft. Sie gewinne an Bedeutung, sagte Sensburg. Er betonte, dass jede Reservistin und jeder Reservist Wissen und Informationen über die Bundeswehr in die Gesellschaft trage.

„Derzeit leisten etwa 29.000 Reservistinnen und Reservisten Dienst in regelmäßigen Übungen. Es ist der Frage nachzugehen, wie in diesen Feldern jahrzehntelange politische Vernachlässigung, Depriorisierung und Delegitimierung zu überwinden sein werden. Eine Zeitenwende, die sich dieser Herausforderung nicht stellt, bleibt substanzlos“, verdeutlichte der Verbandspräsident. Das gelte auch für die Herausforderungen nach Einführung der Grundbeorderung im Oktober 2021. Zielvorgabe der Einplanung der ausscheidenden aktiven Soldatinnen und Soldaten für einen Zeitraum von sechs Jahren sei die Schaffung von 60.000 Reservistendienstposten in den Verstärkungsstrukturen. Doch die Grundbeorderung dauere, bis sie Ergebnisse zeige, sagte Sensburg. Die Hauptgründe lägen darin, dass die entsprechenden Strukturen noch nicht ausreichend vorhanden seien, die Personalinformationen teilweise lückenhaft an die Karrierecenter weitergegeben würden und das Funktionieren oft noch von der Motivation der beteiligten Akteure abhänge. „Hier stehen wir gerade am Anfang und die Aufgabe des Reservistenverbandes ist es, das Augenmerk auf die Gespräche mit den ausscheidenden Soldaten zu legen“, teilte Oberst d.R. Sensburg mit.

Foto: Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Oberst d.R. Professor Dr. Patrick Sensburg (von links nach rechts), Stabsfeldwebel d.R. René Niemann und Oberstleutnant d.R. Peter Schur

Dieser Schweriner Sicherheitsdialog hat mit der Diskussion über die Bedeutung der Reserve für die Bundeswehr einen weiten Bogen zu allen sicherheitspolitischen Fragen unserer Tage geschlagen. Im Anschluss dankte Sensburg allen Beteiligten. **Peter Schur**

NACHRICHTEN AUS MECKLENBURG-VORPOMMERN

Lübz

Am letzten Samstag im November trafen sich Kameradinnen und Kameraden der Reservistenkameradschaft (RK) Lübz und der Reservistenarbeitsgemeinschaft (RAG) Historische Militärfahrzeuge zum letzten Ausbildungswochenende im Jahr 2022. Stand bei der Weihnachtsfeier am Vorabend noch Ente mit Klößen und Rotkohl auf dem Tisch, gab es am Samstag EPA satt. Doch die Teilnehmer der Verbandsveranstaltungen übten nicht nur die Zubereitung von Essen unter feldmäßigen Bedingungen. Mit ihren historischen Militärfahrzeugen fuhren sie einen Parcours ab, auf dem sie an verschiedenen Stationen ihr Wissen rund um die Erste Hilfe auffrischen und mit Karte und Kompass den nächsten Anlaufpunkt bestimmen konnten. **red**

Laage

Zum zweiten Mal in diesem Jahr traf sich der erweiterte Landesvorstand der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern in Laage. Auf dem Programm standen die Jahresrückblicke des Landesvorstandes, der Vorsitzenden der Reservistenkameradschaften und Reservistenarbeitsgemeinschaften und der Blick auf die finanziellen Situation der Landesgruppe. Zudem besprach man den Termin für die nächste Landesdelegiertenversammlung mit Wahl des Vorstandes und der Bundesdelegierten. Als Termin wurde der 6. Mai 2023 festgelegt. Eine Vorverlegung der ursprünglich für den Juni geplanten Versammlung ist notwendig, damit die Bundesdelegierten zeitgerecht zur Bundesdelegiertenversammlung im September 2023 eingeladen werden können. Schon jetzt sollten alle Mitglieder der Landesgruppe sich den Termin in den Kalender eintragen. Am Ende der Sitzung gab es noch Urkunden für langjährige Mitgliedschaften im Reservistenverband. **red**

Foto: RK Vechta/Arnold Wieferich

Händedruck über Gräbern zwischen dem Vorsitzenden der RK Vechta, Unteroffizier d.R. Alexander Esser (links), und Adjudant Majoor a.D. Patrick Vermeulen vom Vorstand der ostbelgischen Reservisten (rechts)

Zum ersten Mal beim Volkstrauertag in Lommel

Anlässlich des Volkstrauertages nahm die Reservistenkameradschaft (RK) Vechta zum ersten Mal an der Zeremonie auf dem deutschen Soldatenfriedhof im belgischen Lommel teil.

Die Reservisten aus Vechta waren einer Einladung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Sektion Belgien gefolgt. „Es war eine Ehre für uns, an dieser Gedenkveranstaltung teilnehmen zu dürfen und gemeinsam mit unseren belgischen Kameraden des Freundeskreises Eupen-Malmedy-St. Vith gemeinsam einen Kranz niederzulegen“, sagte der Vorsitzende der Reservistenkameradschaft Vechta, Unteroffizier d.R. Alexander Esser. Unter den Teilnehmern und Ehrengästen dieser zentralen Volkstrauertagsveranstaltung für die Benelux-Staaten waren neben dem deutschen und dem niederländischen Botschafter zahlreiche hochrangige Militärs verschiedener NATO-Staaten, so aus Belgien, Frankreich und Großbritannien. Das Totengedenken, das seit den 1950er Jahren formeller Bestandteil des Volkstrauertages ist, verlas der deutsche Botschafter im Königreich Belgien, Martin Kotthaus.

Auf der größten deutschen Kriegsgräberstätte im westeuropäischen Ausland in Lommel sind fast 40.000 deutsche Gefallene überwiegend des Zweiten Weltkriegs bestattet. Auch deutsche Soldaten, die während der Kämpfe in der Schlacht im Hürtgenwald ums Leben kamen, fanden dort ihre letzte Ruhestätte. Mit der Hürtgenwaldschlacht hatten sich die Vechtaer Reservisten tags zuvor während einer militärhistorischen Exkursion auseinandergesetzt. Von Oktober 1944 bis Februar 1945 lieferten sich das US-Militär und die deutsche Wehrmacht in diesem dichtbewaldeten und von Schluchten durchzogenen Gebiet südlich von Aachen die längste und unerbittlichste Schlacht des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden. In der amerikanischen Erinnerungskultur und in den Generalstabslehrgängen der US-Armee wird die Schlacht im Hürtgenwald als Verdun in der Eifel und als größtes Desaster der amerikanischen Truppen im Zweiten Weltkrieg behandelt. Der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway, der als Kriegsberichterstatter an den Kämpfen im Hürtgenwald teilnahm, beschrieb seine traumatischen Erlebnisse dort mit den Worten: „Es war eine sonderbare Gegend, in der es äußerst schwierig war, am Leben zu bleiben. Selbst, wenn man einfach nur dort war.“

RK Vechta

Viele Besucher

Wenn Rettungsorganisationen und Reservisten sich bei einer Veranstaltung treffen, dann ist Tag der Sicherheit - wie vor Kurzem in Celle. In der Innenstadt konnte man die beteiligten Blaulichtorganisationen aufsuchen. Diese hatten viele interessante Stände aufgebaut und die Experten in Sachen Sicherheit stellten ihre Arbeit den Besuchern vor.
Am Infostand der Kreisgruppe Celle wurden 627 Gäste gezählt, die informative Gespräche mit den Reservisten führten.

David Guttmann

Foto: David Guttmann

Die Reservisten aus Celle an ihrem Infostand

Fotos: Manuela Tönies

Die Reservisten aus Cuxhaven besichtigten die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora

Zu Besuch im Nachbarbundesland

Mitglieder der RK Cuxhaven haben erstmalig eine mehrtägige sicherheitspolitische Fahrt nach Thüringen unternommen. Hauptthema waren Gedenkstätten der Zwangsarbeit in Konzentrationslagern (KZ).

Erstes Ziel war das Außenlager Juliushütte in Ellrich. Bei diesem Lager mussten von Anfang Mai 1944 bis April 1945 durchschnittlich 8000 männliche KZ-Häftlinge arbeiten. Es handelte sich anfangs um ein Außenlager des KZ Buchenwald bei Weimar, ab November 1944 wurde es dem KZ Mittelbau Dora unterstellt. Die Besichtigung leitete der RK-Vorsitzende, Unteroffizier d.R. Jürgen Klindworth. Er informierte eingehend über das Lager und einzelne Gebäudeteile.

Heute sieht man leider nur noch Fundamente und einzelne Ruinenreste, da durch die innerdeutsche Grenze, die hier durchführte, vieles zerstört wurde. Am Gedenkstein des Lagers wurde ein Kranz niedergelegt und eine Gedenkminute abgehalten. Anschließend führte die Exkursion in das Grenzmuseum Bad Sachsa. Dieses recht kleine Museum ist gefüllt mit Zeitzeugendokumenten, Dioramen und Filmen über die Zeit der deutschen Teilung und auf jeden Fall einen Besuch wert.

Am nächsten Tag ging es nach Nordhausen zum KZ Mittelbau-Dora. Dort erfolgte eine Führung durch die Stollen der Gedenkstätte. In diesen Stollen mussten seinerzeit Zwangsarbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie arbeiten, unter anderem für die Produktion der V2-Raketen. Im Stollen waren Relikte dieser Fertigung ausgestellt. Mehr als 60.000 Menschen aus fast allen Ländern Europas, vor allem aus der Sowjetunion, Polen und Frankreich, mussten zwischen 1943 und 1945 im KZ Mittelbau-Dora Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie leisten. Die Todesrate durch Zwangsarbeit und Hunger war in diesem Lager extrem hoch. Jeder dritte von ihnen starb.

Danach besichtigte die Gruppe noch das Gelände. Am Denkmal beim Krematorium des Lagers legten sie ein Gesteck nieder und hielten eine Schweigeminute.

Letztes Ziel der Exkursionen war das Kyffhäuserdenkmal. Dort war ausgiebig Zeit für die Besichtigung und natürlich konnte auch der Turm erklommen werden. In gemütlicher Runde am Abend im Hotel diskutierte man über das Erlebte. Nach einer erholsamen Nacht reiste die Gruppe wieder nach Hause.

Manuela Tönies

Die Reservisten aus Cuxhaven legten an der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora in Thüringen ein Gesteck ab

Foto:MHA Wesendorf

Sönke Begert (rechts) dankt Berndt Rauer für die Schenkung

Foto: Alfred Claußen

Staatssekretär a.D. Thomas Kossendey referierte im Vereinsheim

Südheide

Viele seltene militärische Exponate haben einen Platz in der Militär-Historischen Ausstellung (MHA) in Wesendorf gefunden. Im Hammersteinpark (ehemalige Hammerstein-Kaserne) befinden sich mehr als 10.000 Ausstellungsstücke im ehemaligen Stabsgebäude des Panzergrenadierbataillons 332. Kürzlich wurde diese umfangreiche Sammlung von Handwaffen, Uniformen, Auszeichnungen etc. aus 150 Jahren deutscher Militärgeschichte um weitere Exponate ergänzt. Die MHA dankt Stabsfeldwebel d.R. Berndt Rauer für die Schenkung seiner umfangreichen Effekten- und Ausrüstungs-Sammlung.Die Ausstellung kann nach Terminabsprache mit dem Vorsitzenden Sönke Begert (Tel. 05361-655419 oder E-Mail: MHA-Wesendorf@web.de) besichtigt werden. **Alfred Claußen**

Wilhelmshaven

Vor Angehörigen und zahlreichen Gästen der Reservistenkameradschaft Edewecht gab Thomas Kossendey, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung (2006 bis 2013) und Präsident der Oldenburgischen Landschaft (2011 bis 2019), mit seinem Vortrag „Elisabet und Friedrich August – Eine verunglückte Ehe“ einen Einblick in das tragische Familienleben des letzten regierenden Großherzoges von Oldenburg. Anhand von Zitaten aus archivierten Schriftstücken zeigte er auf, dass es im privaten Eheleben des damaligen Monarchen weniger um Liebe und Zuneigung, sondern vorrangig um das Gewährleisten eines adligen Thronfolgers ging. Letztendlich musste seinerzeit der deutsche Kaiser Wilhelm II ein Machtwort sprechen, um den eskalierenden Familienstreit zwischen den beteiligten Dynastien zu beenden. **A. Claußen**

Emsland/Grafschaft Bentheim

30 Reservisten haben auf ihrer „Küstentour“ Verbände der Marine und Luftwaffe besucht. Während der viertägigen Fahrt waren sie beim Marinefliegergeschwader 5 ‚GZ‘ in Nordholz, dem Taktischen Luftwaffengeschwader 71 ‚R‘ in Wittmund, sowie im Marinestützpunkt Wilhelmshaven zu Gast.

Die Teilnehmer wurden durch die gastgebenden Verbände über deren Auftrag und Gliederung, aber auch über die derzeitigen Aufgaben und Aufträge detailliert informiert. Es wurden unter anderem Themen wie die maritime Abhängigkeit Deutschlands, der Einsatz der Luftwaffe beim Air-policing im Rahmen EFP, derzeitige Aktivitäten der Verbände im östlichen NATO-Raum sowie der derzeitigen Lage im Ukrainekrieg vermittelt.

Das Programm wurde durch Besuche des Deutschen Marinemuseum in Wilhelmshaven und des Aeronauticum in Nordholz abgerundet.

Alfred Rademaker

Foto: privat

Die Teilnehmer der Fahrt nach Nordholz

Garlstedt

Im November führte die RAG Sanitätsdienst Niedersachsen für die Heimatschutzkompanie Bremen eine Einsatz-Ersthelfer-A Basisausbildung in der Logistikschule der Bundeswehr in Garlstedt durch. Unterstützt wurde sie an dem Ausbildungswochenende von Mitgliedern der erst kürzlich gegründeten RAG Sanitätsdienst Weser-Ems. Nach dem erfolgreichen Abschluss des medizinischen Lehrgangs bescheinigten die Leitenden sowie der anwesende Bundesbeauftragte für die RAG Sanitätsdienste im Reservistenverand, Oberstabsfeldwebel d.R. Wolfgang Laudan, dass die Kameraden ihre Feuertaufe mit Bravour bestanden hätten. Die RAG Sanitätsdienst-Weser-Ems ist eine von derzeit 14 RAG-San. Die RAG Sanitätsdienste führen die Ausbildungen zum Einsatzersthelfer-A sowie die Ausbildung „Ersthelfer Territoriale Reserve" für Reservistinnen und Reservisten durch. Darüber hinaus führen sie auch die Kompetenzerhalt-Module durch und leisten Unterstützung im Rahmen der medizinischen Realversorgung, wie zum Beispiel bei Schießvorhaben, Veranstaltungen, Gelöbniss etc. Die Ausbildenden sind Fachleute aus verschiedenen medizinischen Bereichen.

Michael Will

Braunschweig

Im vergangenen Jahr konnte die Reservistenkameradschaft Wolfenbüttel, ihr 60-jähriges Jubiläum gebührend feiern. Der Tag begann mit Öffentlichkeitsarbeit in Form eines Infostandes in der Wolfenbütteler City. Weiterhin wurde neben einem Bundeswehr-Lkw die als Einsatzverpflegung abgepackte Tagesration und dessen Zubereitung präsentiert. Der Reservistenmusikzug Niedersachsen aus Hildesheim unter der Leitung von Hauptmann Thomas Andreas gab tagsüber ein Platzkonzert auf dem Schlossplatz und präsentierte am Abend vor dem Schützenhaus Wolfenbüttel eine Serenade.

Eduard Mirwald

Hildesheim

Beim Adventskonzert in der St.-Andreas-Kirche in Hildesheim hatte Hauptmann Thomas Andreas und seine 39 Musikerinnen und Musiker des Reservistenmusikzuges Niedersachsen neben vorweihnachtlicher Musik auch weltliche Lieder mit im Programm. Mehr als 600 Konzertbesucher und besondere Gäste wie beispielsweise den ursprünglichen Initiator des Adventskonzerts, Hauptmann a.D. Erwin Kreye, begrüßte der Vorsitzende der Kreisgruppe Hildesheim, Oberstabsgefreiter d.R. Reinhard Borchers, in der imposanten Kirche. Diese eignet sich von dem Altarraum her besonders für die Musiker, da dort die Kesselpauken, Glockengestell und Schlagzeug genug Platz finden.

Die Besucher des Konzerts wurden nicht nur durch die niedersächsischen Militärmusiker in den Bann gezogen, sondern auch durch den Dirigenten mit ausreichend Hintergrundinformation zu den einzelnen Stücken versorgt. Gleich zu Beginn des Konzerts setzten sich die Musiker für Frieden und Völkerverständigung ein. Mit dem Gebet für die Ukraine erinnerte das Orchester an den dort zurzeit stattfindenden Krieg. „Wir wollen damit ein Zeichen gegen den sinnlosen Krieg in der Ukraine setzen", bestätigte Hauptmann Andreas und erläuterte, dass das Lied seit Beginn des Krieges fest zum Repertoire der Musiker gehöre.

Julia Alin

Wilhelmshaven

Seit 2008 gibt es in Edewecht die weihnachtliche Wunschbaum-Aktion. Ende November wurde im dortigen Rathaus erneut der Weihnachtsbaum mit fast dreihundert Wunschzetteln von Kindern aus bedürftigen Familien aufgestellt. „Alle teilnehmenden Kinder hatten einen Weihnachtswunsch frei", erläuterte Bürgermeisterin Petra Knetemann. Im Familienbüro wurden die Wünsche gesammelt. Jeder durfte im Rathaus Wunschzettel vom Baum pflücken, um dem entsprechenden Kind den persönlichen Wunsch zu erfüllen. Die Reservistenkameradschaft Edewecht zeigte neben zahlreichen Edewechter Privatpersonen und einigen Vereinen ein Herz für Kinder und beteiligte sich wieder an der örtlichen Wunschbaumaktion.

„Wir haben die gewünschten Geschenkgutscheine von drei Mädchen im Alter von elf bis 14 Jahren gekauft und wollten seitens der RK Edewecht einen Beitrag für ein schönes Weihnachtsfest in den betroffenen Familien leisten", sagte RK-Vorsitzender Günter Melnichuk. Das benötigte Geld für die Wünsche der drei Kinder haben Angehörige und Gäste der RK Edewecht bei Veranstaltungen gespendet.

A. Claußen

Foto: Reinhard Borchers

Adventskonzert in der St. Andreas-Kirche in Hildesheim

Foto: Alfred Claußen

Bürgermeisterin Petra Knetemann (rechts) mit Stabsunteroffizier d.R. Günter Melnichuk und Oberstabsfeldwebel d.R. Alfred Claußen

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

im Rückblick stellen wir fest, dass mit 2022 eine sehr bewegte, ereignisreiche Zeit begonnen hat. Nach Corona ist nun der unfassbare Krieg Russlands gegen die Ukraine das bestimmende Thema. Ein Krieg, der sicherlich anders verläuft als geplant, da das überfallene Land sich nach Kräften erfolgreich gegen den Invasor verteidigt, womit dieser sicher nicht gerechnet hat. Ein Krieg, der jetzt im Winter verstärkt gegen die Bevölkerung geführt wird, indem gezielt zivile Infrastruktur zerstört wird, um die Menschen frieren und hungern zu lassen. Ein Krieg, der Putins Russland in der Welt isoliert. Ein Krieg, auch mit Folgen für uns. Inflation, steigende Energiekosten und Lebensmittelpreise.

Die Politik reagiert auf die Situation mit einem Sondervermögen zur Verbesserung von Ausstattung sowie Ausrüstung der Bundeswehr und prägt den Begriff der Zeitenwende. Im November hat Generalleutnant Markus Laubenthal die Weisung für die Reservistenarbeit in den Jahren 2023-2025 erlassen. Auch wenn die Weisung die ganze Spanne der Reservistenarbeit abdeckt, liegt der Schwerpunkt eindeutig auf dem Heimatschutz. In Nordrhein-Westfalen wird seit dem vergangenen Jahr im Standort Münster das zweite Heimatschutzregiment aufgestellt. Zurzeit erarbeiten wir eine gemeinsame Vereinbarung mit dem Landeskommando Nordrhein-Westfalen. Ziel ist es, dass der Reservistenverband in Teilen die Ausbildungsvorhaben im Heimatschutz unterstützt. Diese Vereinbarung soll im Ergebnis eine Win-Win-Situation auf Augenhöhe erreichen. Die Verbesserung des Ausbildungsstands der beorderten Reserve einerseits und die Sicherung des Fortbestands der beorderungsunabhängigen Reservistenarbeit andererseits.

Ein Highlight aus der Sicht der Reserve war im vergangenen Jahr sicherlich die Deutsche Reservistenmeisterschaft vom 23. bis 25. Juni in Warendorf. Hier haben das Landeskommando Nordrhein-Westfalen und die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen mit hervorragender Unterstützung durch die Sportschule der Bundeswahr Warendorf einen Wettkampf geplant und durchgeführt, an dem die Wettkampfmannschaften mit großer Begeisterung teilgenommen haben. Ich bedanke mich herzlich bei allen, die mit viel Herzblut diese besondere Veranstaltung ermöglicht haben. Das gilt für die vielen Reservistinnen und Reservisten aus dem gesamten Bundesgebiet und die aktiven Soldatinnen und Soldaten, die sich in Warendorf, in der Senne und in Düsseldorf engagiert haben.

Ein Wort in eigener Sache. Am 16. April dieses Jahres wird die Landesdelegiertenversammlung einen neuen Landesvorstand wählen. Nach zwölf Jahren im Amt werde ich nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden kandidieren. Ich bedanke mich bei Ihnen, liebe Kameradinnen und Kameraden für das Vertrauen, das Sie mir in dieser langen Zeit entgegengebracht haben, und die gute Zusammenarbeit, mit der wir gemeinsam die bisweilen auftretenden Unebenheiten auf allen Gliederungsebenen geglättet haben.

Mein Dank gilt vor allem den vielen ehren- und hauptamtlichen Leistungsträgern und Leistungsträgerinnen, die für den Reservistenverband täglich ihr Bestes geben. Bewahren Sie sich bitte dieses Engagement für die wichtigen Aufgaben, die vor uns liegen.

Im Namen des Landesvorstandes wünsche ich Ihnen, liebe Kameradinnen und Kameraden sowie Ihren Familien viel Glück, Erfolg und Gottes Segen für das Jahr 2023.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich.

Foto:Bundeswehr/Tappeser

Herzlichst
Ihr

WOLFGANG WEHREND
Oberstleutnant d.R.,
Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
und Vizepräsident für Kommunikation und digitale Transformation

Höchste Ehrung für Klaus-Dieter Löhnert

Das Umfeld für die Verleihung der höchsten Auszeichnung des Reservistenverbandes dürfte ganz nach dem Geschmack des Geehrten gewesen sein.

Während des diesjährigen gut besuchten Ausbildungsbiwaks der Reservistenkameradschaft (RK) Dülmen wurde Hauptfeldwebel d.R. Klaus-Dieter Löhnert vom RK-Vorsitzenden Oberfeldwebel d.R. Michael Hoffmann die goldene Ehrennadel mit Diamant im Auftrag des Präsidenten übergeben. Der stellvertretende RK-Vorsitzende, Obergefreiter d.R. Michael Fritzenkoetter, heftete die Nadel an. Die Laudatio begründete diese höchste Form der Ehrung mit den jahrzehntelangen Verdiensten von Klaus-Dieter Löhnert für die Verbandsarbeit in zahlreichen Ämtern auf allen Mandatsebenen und seiner hohen Präsenz in diesen Aufgaben weit über die Altersgrenze hinaus. Wichtige Stationen seiner Tätigkeit waren die Gründung der RK Dülmen 1969 und deren langjährige Führung als Vorsitzender. Er agierte als Vorsitzender der Kreisgruppe Münster, war stellvertretender Vorsitzender in der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen und mit Revisorenämtern auf Bundes- und Landesebene betraut. Als junger Wehrpflichtiger in der Luftwaffe konnte er noch an der Abschiedsparade für Bundeskanzler Adenauer in Wunstorf 1963 teilnehmen und war auch viele Jahre im Münsterland bei verschiedenen Einheiten beordert.

Sein soziales Engagement galt nicht nur der Reservistenarbeit, sondern auch dem Einsatz in Arbeitnehmervertretungen und bei der Rentnerberatung. Er war dadurch ein glaubwürdiger Mittler für das Anliegen der Bundeswehr und Reserve im gesellschaftlichen Umfeld von Dülmen. **Jürgen Dreifke**

Fotos: RK Dülmen

Von links nach rechts Michael Fritzenkoetter, Michael Hoffmann, Klaus-Dieter Löhnert

NACHRICHTEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

Siegburg

Seit 1952 ist der Volkstrauertag in der Bundesrepublik Deutschland ein staatlicher Gedenktag und gehört zu den sogenannten stillen Tagen. Für Reservisten ist es der Tag, an dem sie gefallener Kameraden und der Opfer von Gewalt und Vertreibung gedenken. Wie wichtig dies ist, zeigt sich gerade in diesen Tagen, wo Menschen, wenige hundert Kilometer entfernt, um ihre Freiheit kämpfen. Im Gefolge der Reservisten während der Gedenkfeier in Siegburg war der kleine Nikita, der vor dem Krieg aus Odessa geflohen ist. Die Reservisten kamen aus Lohmar, Neunkirchen-Seelscheid, Geldern und Marl nach Neunkirchen Seelscheid und Siegburg, um den Gedenkstunden einen würdigen Rahmen zu geben. „Für uns ist es wichtig, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen und wir freuen uns, dass die Gemeinden unser Angebot hier zu unterstützen, annehmen“, sagte Olaf Kortenhoff, ehemaliger Vorsitzender der Reservistenkameradschaft Siegburg. „Man gedenkt auch unserer Kameraden, die gefallen sind, die Vater und Söhne waren, und wir tragen die Uniform, um zu zeigen, dass wir bereit sind, unsere Freiheit zu schützen.“ **ok**

Foto: Olaf Kortenhoff

Reservisten stellten die Ehrenwache beim Volkstrauertag

Lippstadt/Bukarest

Die Reservistenkameradschaft (RK) Lippstadt übernahm vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge den Auftrag, den deutschen Soldatenfriedhof „Pro Patria“ in Rumänien zu pflegen. Für die knapp 2.000 Kilometer entfernte Strecke hatten sich vier Soldaten aus Frankenberg als Kraftfahrer zur Verfügung gestellt. Nach mehreren Pausen und einer Übernachtung in Ungarn erreichten die Teilnehmer am zweiten Tag ihr Ziel in Bukarest. Die Kameraden kamen im rumänischen Bataillon 96 GENIU unter. Am dritten Tag der Reise startete der Arbeitseinsatz auf dem Friedhof. Die Soldaten beider Nationen übertrafen ihre Tagesaufgaben in Qualität und Quantität. Als Sieger des Einsatzes stand am Ende eindeutig der Soldatenfriedhof fest. Am letzten Tag vor der Rückreise nach Deutschland wurde am steinernen Denkmal eine Gedenkfeier abgehalten. Im Auftrag des rumänischen Staatspräsidenten reiste Staatsrat General Mihai Somordolea an und bedankte sich für die geleisteten Arbeiten. **Frank Jansen**

Lernen aus der Zeitenwende

Die Mitglieder der Kreisgruppe Südwestfalen des Reservistenverbandes und Soldaten des Einsatzführungsbereichs 2 und des Systemzentrums 25, kamen zu einem sicherheitspolitischen Seminar im Casino der Hachenberg-Kaserne zusammen.

Das Thema: „Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik: Was Deutschland und Europa aus dem Ukraine-Krieg lernen können. Als Beauftragter für Sicherheitspolitik konnte Stabshauptmann d.R. Richard Rottenfußer für diesen Abend einen sehr guten Referenten gewinnen, den Politikwissenschaftler Dr. Sascha Arnautović, Initiator und Gründungsmitglied, Vorsitzender und Geschäftsführer des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS), Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Leiter der Sektion Köln der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V. (GSP).

Dr. Arnautović informierte über die seit dem Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar 2022 so genannte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Schockstarre über den Ausbruch des Krieges und die bis dahin doch recht naive deutsche Russlandpolitik hätte zu einem Umdenken in der neuen deutschen Regierung geführt. Ein solches sei ohnehin längst überfällig, da die vorherige Russlandpolitik Berlins durch eine allzu optimistische Einschätzung des Putin-Regimes und seiner Einhegungsmöglichkeiten gekennzeichnet gewesen sei.

Es stellten sich daher folgende Fragen: Wie sollten Berlin und Brüssel auf diese sicherheitspolitische Herausforderung reagieren? Wie sollte eine künftige deutsche und europäische Russlandpolitik aussehen? Und welche Verantwortung kommt dabei der rot-grün-gelben Bundesregierung und den politischen Entscheidern in Brüssel zu?

Arnautović ging sehr ausführlich auf die vom Publikum gestellten Fragen ein und konnte viele Unklarheiten beseitigen. Nach vier Stunden, die von einem kleinen Imbiss unterbrochen wurden, endete diese Veranstaltung mit langanhaltendem Applaus des Publikums. Der stellvertretende Kommandeur und Leiter der Einsatzgruppe Einsatzführungsbereich 2, Oberstleutnant Dirk Egger, und der Leiter des Lehr- und Verfahrenszentrums, Oberstleutnant Florian Horlacher, bedankten sich mit dem 1. stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisgruppe Südwestfalen, Stabshauptmann d.R. Richard Rottenfußer, bei Dr. Arnautović mit einem Wappen für diesen informationsreichen Abend. Mit der Ankündigung, im nächsten Jahr wieder ein Sicherheitspolitisches Seminar stattfinden zu lassen, endete die Veranstaltung mit anregenden Gesprächen in der Runde der Teilnehmer.

Richard Rottenfußer

Foto: privat/Richard Rottenfußer

Oberstleutnant Dirk Egger, Oberstleutnant Florian Horlacher, Stabshauptmann d.R. Richard Rottenfußer und Dr. Arnautović

Dormagener Reservisten sammelten für den Volksbund

Genau 4580,08 Euro kamen bei der diesjährigen Haus- und Straßensammlung zugunsten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) zusammen. Die Reservistenkameradschaft Dormagen sammelte bei der Auftaktveranstaltung, unterstützt durch die stellvertretenden Bürgermeister vor verschiedenen Geschäften, auf dem Wochenmarkt in Dormagen und an etlichen Friedhöfen zu Allerheiligen, nicht zuletzt auch vereinzelt an diversen Straßenzügen. Nach wie vor werden durch die Spenden die deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland gepflegt. Letztlich mahnen uns die Gräber zum Frieden. **Erik Heinen**

Foto: Erik Heinen

Die Dormagener Reservisten unterstützen den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Heimatschutz: Erfolgsmodell in kleinen Schritten

„Perspektiven des Heimatschutzes: gestern – heute – morgen“, lautete der Titel des sicherheitspolitischen Forums der Kreisgruppe Niederrhein im Reservistenverband. Eingeladen waren wieder unter anderem die sogenannten Blaulicht-Organisationen, also alle, die sich in Mönchengladbach haupt- oder ehrenamtlich um den Schutz, die Hilfe und die Rettung ihrer Mitbürger aus Not und Gefahren kümmern.

Brigadegeneral Dieter Meyerhoff, der Kommandeur des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen, betonte: „Die Bundeswehr muss sich nicht neu erfinden, aber in Teilen wieder neu aufstellen.“ Bis zum Mauerfall seien die deutschen Streitkräfte „für den Fall, den keiner wollte, bestens vorbereitet“ gewesen. Die folgende drastische Abrüstung, zwinge heute angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine dazu, die Gesamtverteidigung neu zu organisieren und zu stärken. Dazu gehörten auch der Zivilschutz, das Gesundheitssystem und das stör- und manipulationsanfällige Internet. Es handle sich also um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Mit Oberst i.G. Frank Baumgard, Referatsleiter im Führungsstab der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung, Oberstleutnant i.G. Holger Leutz vom Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr und Oberst d.R. Thomas Roßbroich, dem Leiter des Aufstellungsstabs des Heimatschutzregiments 2 NRW, hatte der Leitende des Forums, Oberst d.R. Gerald Joswowitz, weitere hochkarätige Referenten gewinnen können. Sie berichteten aus erster Hand aus ihren jeweiligen Aufgabenbereichen.

Der Schutz der Heimat sei nicht nur ein ergänzender Beitrag, sondern zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche nationale Territorialverteidigung, betonte Oberst Baumgard und verwies darauf, dass Deutschland als logistische Drehscheibe für den Schutz der NATO-Nordostflanke auch den reibungslosen Transit alliierter Verstärkungskräfte von Großbritannien und den Nordseehäfen in Richtung Polen und dem Baltikum sicherstellen müsse. Beim Schutz kritischer Infrastruktur „passiert allerdings bereits eine Menge“.

„Reizüberflutete Schulabgänger, die an die Hand genommen werden müssen“, große Konkurrenz durch den allgemeinen Fachkräftemangel, eine hohe Abbrecherquote bei den Rekruten – Oberstleutnant Leutz redete die Herausforderungen für die Personalgewinnung der Bundeswehr nicht klein. Sie sei dennoch erfolgreich: Auf 49.000 Bewerbungen innerhalb eines Jahres hätten 18.000 Einplanungen erfolgen können – und dies vor dem Hintergrund, dass von insgesamt 750.000 Schulabgängern lediglich 100.000 überhaupt am Soldatenberuf grundsätzlich interessiert seien.

Bei der Antwort von Oberst Baumgard zum Thema Altersgrenze für Reservistinnen und Reservisten hörten viele lebensältere Reservisten genau hin: Eine Anhebung von 65 auf 67 Jahre sei eindeutig kein Thema im Ministerium, sagte Baumgard.

Den Beiträgen schlossen sich jeweils lebhafte Diskussionsrunden an, die aber im Ganzen mit einem großen Beifall für das sicherheitspolitische Forum endeten.

Helmut Michelis

Foto: Helmut Michelis

Einige der aufmerksamen Zuhörer während des letzten sicherheitspolitischen Forums der Kreisgruppe Niederrhein im Reservistenverband in diesem Jahr

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

das Jahr 2023 bringt uns im Verband von der Bundesebene angefangen bis zur Ebene Reservistenarbeitsgemeinschaften eine Menge an Herausforderungen und gleichzeitig stehen wir immer noch vor einem Berg ungelöster Probleme.

In der Landesgruppe werden wir versuchen, beginnend mit unserem Jahresempfang am 11. März 2023 in Kirchheimbolanden, die Basis unserer Gemeinschaften, Kameradschaften und Gruppen mit der politischen Ebene der Kreise und des Landes zum Austausch zusammenzubringen. Bereits jetzt hat der Stellvertreter des Generalinspekteurs sein Kommen zugesagt. Mit einer zweitägigen Mandatsträgerschulung im ersten Halbjahr wollen wir unsere ehrenamtlichen Funktionsträger mit aktuellen Themen, Gesetzes- und Vorschriftenänderungen vertraut machen und den Meinungsaustausch fördern. Anfang September 2023 findet die Bundesdelegiertenversammlung statt. Der Schwerpunkt ist die Wahl des Präsidiums. Wir sollten aber nicht die Möglichkeit verstreichen lassen, Änderungsvorschläge in der Satzung und den Ordnungen unseres Verbandes zeitgerecht einzureichen, um unseren Verband etwas moderner und zeitgerecht aufzustellen, damit wir unseren Interessen und unserer Aufgabe gerecht werden können. Vorschläge sollten bis zum 18. März 2023 in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein.

Gegenwärtig höre ich viele Meinungen aus unseren Kreisgruppen, dass sich unsere Mitglieder Ü-65 vergessen und ausgegrenzt fühlen. Die gleiche Stimmung höre ich auch aus den Schießsportgemeinschaften unseres Verbandes im Land. Bitte macht Vorschläge, wie wir den Umgang miteinander und die Wahrnehmung ändern können. Wir sind als besonders beauftragter Träger der Reservistenarbeit außerhalb der Bundeswehr für die Betreuung aller Reservistinnen und Reservisten, ob Mitglied im Verband oder auch nicht, verantwortlich. Machen wir dem Gesetzgeber und dem Präsidium klar, dass es für den Verband ohne die Schießsportler und ohne die älteren Reservisten keinen bezuschussungsfähigen Fortbestand geben wird.

Ende September 2023 stehen die Neuwahlen für unseren Landesvorstand an. Wer für ein Amt kandidieren möchte, ist gerne gesehen und sollte es bitte auch frühzeitig äußern, damit keiner vergessen wird und wir die Aufgaben der Zukunft meistern können.

Für 2023 wünsche ich Ihnen Glück und Gesundheit sowie das notwendige Stehvermögen in der gegenwärtig schwierigen Zeit.

Kritik ist oft recht einfach. Machen ist meist schwieriger. Packen wir gemeinsam an!

Foto: Michael Sauer

Mit freundlichen Grüßen

Euer

HANS-ULRICH TÄUBERT,
Oberst d.R.
Vorsitzender der Landesgruppe Rheinland-Pfalz

Sensationeller dritter Platz

Die Wettkampfmannschaft der Landesgruppe Rheinland-Pfalz um Oberstleutnant d.R. Matthias Lötzke ist eine Wucht – und zwar auch international. Die Wettkämpfer aus Rheinland-Pfalz erreichten beim Raid Commando im französichen Guînes sensationell den dritten Gesamtplatz. Damit wurden sie beste ausländische Mannschaft. Der Abstand zum zweitplatzierten Team war minimal. „Unser gutes Ergebnis ist bemerkenswert, weil der Wettkampf ausschließlich in französischer Sprache ohne Übersetzung durchgeführt wird“, berichtete Oberstleutnant d.R. Lötzke. **red**

Foto: privat

Die Wettkampfmannschaft Rheinland-Pfalz wurde in Frankreich Dritter

Auf den Spuren des Ersten Weltkrieges

14 deutsche und amerikanische Mitglieder der Reservistenkameradschaft Ramstein-Landstuhl haben eine dreitägige militärhistorische Exkursion nach Verdun unternommen.

Das ist der Ort, an dem im Ersten Weltkrieg eine der längsten und verlustreichsten Schlachten zwischen Deutschland und Frankreich geführt wurde. Im Mittelpunkt der Exkursion stand der Hügel von Vauqois, der heiß umkämpft war, weil von dort aus Artilleriebeobachter freien Blick auf die strategisch wichtigen Orte Verdun und Sainte-Menehould hatten.Die Schlacht um Verdun war 1916 eine der verheerensten des Ersten Weltkrieges an der Westfront zwischen Deutschland und Frankeich. Sie begann am 21. Februar mit einem Angriff deutscher Truppen auf Verdun und endete nach zehn Monaten ohne Erfolg der Deutschen. Auf beiden Seiten fielen insgesamt rund 300.000 Soldaten.

Geführt von von Pierre Lenhard, einem aktiven Mitglied des Vereins Les Amis de Vauquois, besichtigten die Teilnehmer zunächst das dortige Museum und dann die ober- und unterirdischen Stellungen der französischen und der deutschen Seite. In diesem doch kleinen Hügel sind noch viele Kilometer unterirdischer Gänge gut erhalten. Da es 1916 auf beiden Seiten keine oberirdischen Erfolge gab, zündeten die Gegner insgesamt 536 Minen. Die größte Sprengung unternahmen die Deutschen am 14. Mai 1916. 60 Tonnen Sprengstoff wurden gezündet, wobei 108 französische Soldaten starben. Vom ursprünglichen Dorf Vauquois ist heute nichts mehr zu sehen.

Im benachbarten Ort Romagne-sous-Mountfacon besichtigte die Gruppe den dortigen deutschen Soldatenfriedhof und danach ein privates Museum, das dem deutschen Dichter Jean Paul (1763 – 1825) – eigentlich Johann Paul Friedrich Richter - gewidmet ist. Es folgte ein Besuch des naheliegenden amerikanischen Soldatenfriedhofs Meuse-Argonne. Nächste Stationen waren das amerikanische Monument Montfaucon, das größte US-Denkmal in Europa, die Ruine der ehemaligen französischen Kirche und ein deutscher Artilleriebeobachtungsstand.

Ein weiteres privates Museum in Chattancourt zeigte „Open Air“ nachgebaute Stellungen, Unterstände und Relikte aus dem 1. Weltkrieg. Der Tag endete mit dem Besuch der Höhen „Toter Mann“ (Le Mort Homme) und Hügel 304. Einige Teilnehmer übernachteten in Verdun und besichtigten weitere Objekte.

Der Vorsitzende der Reservistenkameradschaft Ramstein-Landstuhl, Oberstabsfeldwebel Ralf Bierwagen, sieht in den regelmäßigen militärhistorischen Erkundungen seiner mit rund 250 Mitgliedern stärksten RK in Rheinland-Pfalz ein wichtiges Mittel zur Mitgliederbindung.

Die nächste Exkursion steht schon fest: Am 25. Februar gibt es eine auf die Wünsche der Pfälzer Reservisten abgestimmte militärhistorische Führung zu den Ereignissen im Belgischen Bastogne. Diese Stadt liegt in der wallonischen Region Luxemburg, nahe an der Grenze zu Luxemburg. Überregionale Bekanntheit erlangte die Stadt durch die Belagerung von Bastogne in der Endphase des Zweiten Weltkrieges. Am 16. Dezember 1944 starteten Einheiten der deutschen Wehrmacht unter Feldmarschall Gerd von Rundstedt im Norden Luxemburgs und im angrenzenden östlichen Belgien einen letzten Großangriff, die Ardennenoffensive. In deren Verlauf wurden die amerikanischen Truppen zeitweilig zurückgeworfen und konnten sich nur im eingeschlossenen Bastogne halten. Deutsche Truppen des Panzergenerals Heinrich von Lüttwitz griffen ab dem 20. Dezember Bastogne an und kesselten die dortigen amerikanischen Einheiten ein. Fallschirmjäger der 101. US-Luftlandedivision unter US-Brigadegeneral Anthony McAuliffe verteidigten die Stadt jedoch erfolgreich gegen die deutsche Übermacht, bis Entsatztruppen ihnen zu Hilfe kamen.

Und am 25. März unternehmen die Pfälzer Reservisten eine weitere Exkursion. Sie führt als Tagesfahrt in das „Rheinwiesen-Lager“ bei Bretzenheim, unweit von Bad Kreuznach und wird mit einer Kranzniederlegung an der dortigen Gedenkstätte verbunden. **Jürgen Metzger**

Fotos: Jürgen Metzger

Der Soldatenfriedhof Meuse-Argonne

Im Dschungel eines hybriden Krieges

Annegret Kramp-Karrenbauer, die ehemalige Bundesministerin der Verteidigung, referierte während eines sicherheitspolitischen Seminars der Landesgruppe Saarland über die spezifischen Ausprägungen des Ukraine-Krieges und das, was wir in Deutschland und in Europa daraus lernen müssen. Veranstaltet hat das Seminar die Landesgruppe Saarland des Reservistenverbandes und die Gesellschaft für Sicherheitspolitik - Sektion Saar.

Foto: Bundeswehr/Karl

Annegret Kramp-Karrenbauer

Der Ukraine-Krieg lehrt, dass moderne Kriege in einem verwobenen und schwer zu durchschauenden Geflecht von offen und verdeckt zur Anwendung gebrachten regulären und irregulären, symmetrischen und asymmetrischen, militärischen wie nicht-militärischen Konfliktmitteln ausgetragen werden.

Annegret Kramp-Karrenbauer zeigte die einzelnen Facetten des Ukraine-Kriegs auf: Da sind zunächst die Kriegshandlungen selbst, die seit dem 24. Februar andauern, verstärkt geführt mit Artillerie, Raketenwerfern und Drohnen, begleitet von atomaren Drohungen. Besonders verwerflich dabei die russischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf die zivile Infrastruktur (Strom, Wasser). Dabei geht es darum, die Bevölkerung zu zermürben. Sabotageakte werden durchgeführt. Die bedeutendsten auf die Gaspipelines Nord-Stream 1 und 2. Energie als Waffe. Auch Flüchtlingsströme und ihre Folgen werden in einem solch verwerflichen Sinne missbraucht. Der Krieg findet darüber hinaus im Cyber- und Informationsraum statt. Desinformationskampagnen (Fake News) über TV und Internet (Russia Today) zeigen zusammen mit der Verteuerung der Energiekosten in unserem Land ihre Wirkung. Immer weniger Deutsche sind zur Unterstützung der Ukraine bereit.

Kramp-Karrenbauer forderte dem entgegenzutreten durch Informationskampagnen – in Deutschland wie in Russland. Sie verwies darauf, dass auch die Infrastruktur besser geschützt werden müsste. Hier sah sie eine wichtige Aufgabe für die Reserve. Die zivile Verteidigung sei sowohl Sache des Katastrophenschutzes, der Blaulicht- und Hilfsorganisationen, notfalls aber auch von Bundeswehr und Reserve, vergleichbar den Einsätzen bei Corona oder im Ahrtal.

Sie forderte ein Umdenken in der Bevölkerung. „Wir müssen erkennen, dass vor unserer Haustür ein Krieg stattfindet, der auch uns bedroht, unsere Freiheit, unsere demokratischen Werte. Wir werden uns von der liebgewordenen Gewohnheit verabschieden müssen, dass Frieden, Freiheit und Sicherheit umsonst zu haben sind.“ Dies alles erfordert, so Kramp-Karrenbauer, „eine neue Einstellung in den Köpfen. Wir müssen uns der uns umgebenen Risiken bewusst werden und mit Entschlossenheit und Kreativität Antworten finden.“ Kramp-Karrenbauer mahnte aber auch diplomatische Initiativen an.

Werner Theis

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

ein Jahr liegt hinter uns, das uns viel abverlangt hat. Der Ukraine-Krieg und seine auch für uns spürbaren Folgen, die Pandemie, die das Jahr immer noch geprägt hat, die Unsicherheit, wie es bei uns, in Europa und weltweit weitergehen wird. Ein neues Jahr ist aber immer auch ein Neuanfang. Lasst uns 2023 mit viel Mut, Entschlossenheit, Kreativität und Zuversicht anpacken und positiv gestalten. Lasst es zu einem erfolgreichen Jahr für jeden von uns und auch für unsere Reservistenarbeit im Saarland werden. Dazu wünsche ich Euch viel Tatkraft, Glück und Erfolg.

Euer
RUDI HERRMANN,
Vorsitzender der Landesgruppe Saarland

Nachruf

Am 15.11.2022 verstarb der langjährige Vorsitzende der RK Marine Saarland Obermaat d.R. Walter Schug. Lieber Walter, wir werden Dich nicht vergessen.

Neue Ziele mit dem Landeskommando

Oberst Klaus Finck, Kommandeur Landeskommando Sachsen, und Oberst d.R. Gunter Scharf, Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen des Reservistenverbandes, haben vor Kurzem die Ziele der Ausbildung in der Reservistenarbeit in Sachsen für das Jahr 2023 vereinbart.

Mit gerade einsetzender Gewöhnung an Corona stürzte Russland mit seinem Krieg in Europa unsere Gesellschaft in die nächste Krise. Schwerpunkt der Bundeswehr und ihrer Reserve ist nun wieder die Landes- und Bündnisverteidigung. Trotz vieler Herausforderungen sollen Gefechtsdienst und Schießausbildung verstärkt werden.

Wie bereits in den Vorjahren werden die Grundlinien der Zusammenarbeit fortgeschrieben und so bestmögliche Voraussetzungen für eine attraktive, fordernde und regelkonforme Ausbildung der Reservistinnen und Reservisten im Freistaat Sachsen geschaffen. Konkret vereinbart wurden neben Abnahme sowie Verbesserung von IGF/KLF auch Ausbildungen im Katstrophenschutz, in Erster Hilfe und weiterer militärischer Fähigkeiten.

Das übergeordnete gemeinsame Hauptziel der Vereinbarung des Landeskommandos und der Landesgruppe Sachsen sind gut ausgebildete, motivierte und einsatzbereite Reservistinnen und Reservisten, um jeder Krise angemessen begegnen zu können.

Michael Reinwaldt

Foto: Landeskommando Sachsen

Oberst d.R. Gunter Scharf und Oberst Klaus Finck unterzeichnen die Zielvereinbarung der Landesgruppe und des Landeskommandos Sachsen

Bundeswehr-IT vorgestellt

Bei der Reservistenkameradschaft Leipzig-Leutzsch hat kürzlich Generalleutnant Frank Leidenberger, Chief Digital Officer der BWI GmbH, einen sicherheitspolitischen Vortrag zur Digitalisierung in der Bundeswehr gehalten. Bis August 2018 verantwortete er als Kommandeur Deutsche Anteile des Multinationalen Korps/Militärische Grundorganisation im Kommando Heer unter anderem die Herausgabe von Thesenpapieren zur Digitalisierung von Landoperationen. Zunächst stellte der frühere Kommandeur der Luftlandebrigade 31 und Amtschef des Planungsamtes die BWI als Inhouse-Gesellschaft und IT-Systemhaus der Bundeswehr vor. 6.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen mehr als 200.000 Nutzerinnen und Nutzer in Bundeswehr und im Verteidigungsministerium, deutschlandweit und in den Einsätzen. Schwerpunkt des Vortrages war die IT-Nutzung und IT-Unterstützung im Feld. Dabei ging er auf Bedrohungen im Cyberraum oder Abläufe im Gefecht, wie verbesserte Sensor-to-Shooter-Abläufe, ein. General Leidenbergers Vortrag führte unter IT-Spezialisten und normalen IT-Nutzern zu einer regen Diskussion. Nach dem „Doppel-Wumms“ von zwei Drei-Sterne-Generälen als Referenten binnen drei Wochen beendet Oberstleutnant a.D. Rainer Stange seine Aktivitäten als SiPol-Organisator. Die Landesgruppe dankt ihm für seinen Einsatz. Möge ein baldiger Nachfolger seine großen Fußabdrücke füllen.

M.Hinrichs

Foto: A. Vogel

Generalleutnant Frank Leidenberger während des Vortrags

Die Podiumsteilnehmerin und -teilnehmer während der Veranstaltung

Blick in den Saal

Fotos: Reservistenverband

Rückblick und Ausschau auf kommende Aufgaben

Das Landeskommando Sachsen-Anhalt hat vor Kurzem zu einer Tagung mit Mandatsträgern des Reservistenverbandes nach Peißen eingeladen. Nach einer Videobotschaft des Kommandeurs des Landeskommandos Sachsen-Anhalt, Oberst Bernd Albers, arbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die umfangreiche Tagesordnung ab. Durch diese leiteten der Stabsoffizier für Reservistenangelegenheiten des Landeskommandos, Oberstleutnant Göran Schmidt, und der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Oberst d.R. Hans Thiele.

Unter anderem behandelten die Beteiligten die aktuelle politische Lage und die Auswirkungen auf die Auftragserfüllung des Landeskommandos Sachsen-Anhalt und den Sachstand der Heimatschutzkompanien im Land. Man blickte zurück und wertete die beorderungsunabhängige und freiwillige Reservistenarbeit des vergangenen Jahres aus. Es ging aber auch um die Jahresplanung 2023 für die Durchführung von Dienstlichen Veranstaltungen. Die Anwesenheit von Vertreterinnen und Vertretern aller Reservistenkameradschaften im Bundesland machten das große Interesse deutlich.

Zur Auflockerung gab es noch Vorträge zum Thema neuer Kommunikationswerkzeuge für Reservistinnen und Reservisten sowie der Weltmeisterin Katharina Dieckow. Diese hatte sehr erfolgreich an den World Police and Fire Games 2022 in Rotterdam teilgenommen (wir berichteten). Danach gab es noch eine erweitere Landesvorstandssitzung des Reservistenverbandes. Mit neuem Elan geht die Arbeit der Reservistinnen und Reservisten auch im Jahr 2023 in Sachsen-Anhalt weiter.

Tobias Krull

Anerkennungsmedaille des Landtags verliehen

Seit 2003 verleiht der Landtag von Sachsen-Anhalt an Angehörige der Bundeswehr und der Polizei aus Sachsen-Anhalt, die zu Weihnachten und über den Jahreswechsel im besonderen Auslandseinsatz sind, eine Anerkennungsmedaille. Dazu lud der Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger am 29. November stellvertretend fünf Familien in den Landtag ein. „Als Angehörige der Bundeswehr aus Sachsen-Anhalt tragen die Soldatinnen und Soldaten auch für ein positives Ansehen Deutschlands und unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt bei“, erklärte Schellenberger. „Im Namen aller Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt wünsche ich ihnen einen erfolgreichen Einsatz, Gesundheit und Wohlergehen. Mögen sie körperlich und seelisch unversehrt nach Hause zurückkehren und Gottes Segen sie begleiten.“ Stellvertretend würdigte der Kommandeur des Landeskommandos Sachsen-Anhalt, Oberst Bernd Albers, die Initiative des Landesparlaments als Zeichen der Anerkennung und Würdigung der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Im Anschluss gab es noch die Gelegenheit zum Austausch zwischen den Familienangehörigen, Vertretern der Bundeswehr und Mitgliedern des Landesparlaments.

Tobias Krull

Foto: Landeskommando Sachsen-Anhalt

Die Familien der Einsatzsoldaten mit Vertretern des Landtags, darunter Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger (Vierter von links), und der Bundeswehr

Neue RAG für militärische Ausbildung

Unter dem Motto „Der Anspruch formt das Organ“ trifft sich die neu gegründete Reservistenarbeitsgemeinschaft (RAG) 12 Zwo einmal die Woche. Ins Leben gerufen haben sie Obergefreiter d.R. Andre Deponte (RAG Vorsitzender) und Stabsgefreiter d.R. Stefan Rubarth (erster Stellvertreter) mit dem Ziel, die körperliche Leistungsfähigkeit nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen.

„Militärspezifisches Kraft- und Ausdauertraining ist unsere Grundlage, die wir durch regelmäßiges Training anbieten wollen“, sagt der Physiotherapeut und Diplom-Trainer Andre Deponte. Eine gute Vorbereitung für die IGF/KLF-Anforderungen, aber auch regelmäßige Märsche zur Gewöhnung umfasst das Angebot. So hat die 12Zwo den Sögard-Marsch in Dänemark von 40 Kilometern Länge mitgemacht.

„Es ist ein gutes Gefühlt weiterzumachen, auch wenn man denkt es geht nicht mehr“, sagt Stefan Rubarth mit einem Lächeln im Gesicht. Mitmachen kann jeder, der motiviert ist und Lust hat seinen Körper kennenzulernen. Die Vorhaben der 12Zwo werden deutlich mehr und beziehen sich nicht nur auf das Krafttraining und Märsche. Auch Grundlagen wie Karte und Kompass finden ihren Platz im Kalender. Die Treffen wechseln immer wieder den Ort, mal Lübeck, Lütjenburg oder Kiel frei nach Absprache, so dass alle Kameraden im Norden dabei sein können. Trainiert wird frei nach dem Motto „Train as you Fight“.

Also, kurze Hose und Schweißbänder können zu Hause bleiben, gerne lange Hose, Stiefel und Plattenträger, sagt Andre Deponte. Mit dem Keiler-Marsch startete der erste Wettkampf für die RAG auf dem Truppenübungsplatz. Reservisten und Gäste des Mobilen Einsatzkommandos der Polizei nahmen teil. Eine 18 Kilometer lange Marschstrecke musste mit Eilmärschen und 15 Kilogramm schwerem Gepäck absolviert werden. Stationen wie Seilsteg, Verwundetenbergung- und Transport aus einem Haus gehörten in den Aufgabenbereich. Nach dem Durchlaufen einer tiefen mit Wasser gefüllten Fahrrinne, war die ABC-Einlage für die Wettkämpfer eine große Herausforderung. Den Wettkämpfern wurden neu angeschaffte Blueguns G36 ausgehändigt, um eine realistische militärische Ausrüstung vortäuschen zu können.

Für weitere Fragen zu Ausbildungsthemen der RAG 12Zwo steht Obergefreiter d.R. Andre Deponte unter 0177 2688695 gerne zur Verfügung. Auch sind Informationen bei Instagram unter RAG12Zwo ersichtlich. **Andre Deponte**

Foto: privat

Die Teilnehmer beim Keiler-Marsch

Verdient ist verdient

Das traditionelle Grünkohlessen der Reservistenkameradschaft (RK) Flensburg war genau der richtige Anlass. Der Vorsitzende der RK Flensburg, Oberstleutnant d.R. Norbert Dethlefs, hatte zum Vortrag mit dem Thema „Munitionsräumdienst Schleswig-Holstein“ und Grünkohlessen eingeladen. Bei dieser Gelegenheit nahm Kreisgeschäftsführer Michael Riedel vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. die Danksagung für die diesjährigen Sammler der RK Flensburg vor. Noch mehr Kameraden als vorheriges Jahr haben sich an der Sammlung für den Volksbund in diesem Jahr beteiligt. Somit konnte die RK Flensburg ihr Sammelergebnis noch einmal beachtlich steigern.

Aber damit sollte es nicht genug sein. Der Beauftragte des Volksbundes, Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Spill konnte die Reservisten aus Flensburg mit der Dankesplakette in Silber auszeichnen. Seit 2005 engagieren sich die Reservisten für den Volksbund. Sechs Kriegsgräberpflegeeinsätze haben sie in den vergangenen Jahren durchgeführt. Und natürlich die jährliche Beteiligung an der Haus- und Straßensammlung und Präsenz am Volkstrauertag.

Die Freude über die Auszeichnung war dem Vorsitzenden der RK Flensburg Oberstleutnant d.R. Norbert Detlefs deutlich anzusehen. Er dankte dem Reservistenbeauftragten für diese Wertschätzung der Flensburger Reservisten. Jürgen Spill sagte daraufhin nordisch trocken nur: „Verdient ist verdient.“

Jürgen Spill

Foto: privat

Die vom Volksbund geehrten Reservisten

Die RK Marine Kiel legt Boote in den Winterschlaf

Seit Anfang Oktober stehen unsere Boote wieder an Land. Bei hervorragendem Wetter konnten die Reservisten ihre Boote in kurzer Zeit aus dem Wasser holen und am gleichen Tag noch zwei Boote wieder in Zeltplanen einhüllen. Nun befinden sich sieben Boote gemeinsam auf einem Winterlagerplatz auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle 71 in Kiel. Dort stehen nun die Winterarbeiten an einem zentralen Ort an, wo sich nun alle RK Mitglieder an einem Ort treffen, gemeinsam arbeiten und Planungen machen können.

Zurückblickend konnten die Reservisten in diesem Jahr endlich und ohne wesentliche Corona-Auflagen Freunden, Kameraden und Gästen aus dem ganzen Bundesgebiet wieder mit ihren Booten die Schönheit der Kieler Förde zeigen. Leider kamen in diesem Jahr weniger Gäste als vor der Coronazeit, da es doch noch erhebliche Ängste vor einer Corona-Infizierung gab.

Die Spenden und Umlagen, die man bei diesen Fahrten erhalten hat, werden dringend benötigt, um die Wartung, den Betrieb und die Sanierung der Boote zu gewährleisten. „Wir hoffen, dass im nächsten Jahr wieder viele Gäste den Weg zu uns finden“, sagt Frank Steffen von der RK Marine Kiel. Anmeldungen für nächstes Jahr nehmen die Kameraden jetzt schon unter veranstaltung@rk-marine-kiel.de entgegen.

Im nächsten Jahr bietet die RK ab Mai wieder wöchentlich regelmäßiges Marinekuttersegeln und Barkassenfahrten auf unseren Booten sowie Jollensegeln in Kooperation an. Im Mittelpunkt steht die seemännische Aus- und Weiterbildung unserer Kameraden. Jeweils freitags ab 17 Uhr treffen sich die Mitglieder mit Gästen an Bord der Barkasse Kuddel. Für die Boote sucht die RK Kameradinnen und Kameraden, die sie als Bootsbesatzung, Bootsführer oder bei den Bootsarbeiten unterstützen. Sofern die erforderlichen Lizenzen (Sportbootführerschein See und der SRC Funkschein, bei Fahrten auf Binnengewässern der Sportbootführerschein Binnen und Ubi Funkschein) noch fehlen, helfen die Reservisten gern bei der Qualifizierung. Interessierte melden sich bitte per Mail an frank.steffen@rk-marine-kiel.de

Im nächsten Jahr plant die RK weitere interessante Veranstaltungen: Dies sind zum einen die beliebten Märsche und zum anderen auch ein- und mehrtägige Bootsfahrten, die jeweils oder auch kurzfristig auf der Homepage www.rk-marine-kiel.de im Terminkalender veröffentlicht werden. Alle Verbandsmitglieder sind eingeladen, daran teilzunehmen.

Frank Steffen

Foto: Frank Steffen

Die Mitglieder der RK Marine Kiel machen ihre Boote winterfest

Modellbauer übergeben Spende

Die Reservistenkameradschaft Henstedt-Ulzburg Militärmodellbau Nord nahm im vergangenen Jahr an vielen Großveranstaltungen teil. Unter anderem waren die Modellbauer auf der Hanse Sail auf dem Marinestützpunkt Hohe Düne in Warnemünde vertreten, stellten ihre Modelle beim Tag der offenen Tür an der Marinetechnikschule in Parow oder auf dem Flugplatzfest in Gatow aus. Bei den jeweiligen Veranstaltungen engagieren sie sich für einen sozialen Zweck, der regelmäßig zu Beginn des Jahres festgelegt wird. In diesem Jahr sammelten sie die Spenden für die Werkstatt in Kaltenkirchen vom Landesverein für Innere Mission der Segeberger Werkstätten. Zum Abschluss des Veranstaltungsjahres 2022 überreichten sie einen Spendencheck in Höhe von 512,61 Euro an Birgit Beyer und Kersten Hansen vom Behindertenbeirat der Werkstatt in Kaltenkirchen.

Andreas Meckelburg

Foto: Andreas Meckelburg

Birgit Beyer, Kersten Hansen (Werkstattrat, Behindertenbeirat) und Leutnant d.R. Andreas Meckelburg

Foto: Volksbund

Der Soldatenfriedhof in Ysselsteyn ist einer der größten in Europa

Historische Bildung in den Niederlanden

Die Exkursion mit der Kreisgruppe Holstein-Ost zur deutschen Kriegsgräberstätte Ysselsteyn in den Niederlanden war lange geplant.

Der Vorsitzende der Reservistenkameradschaft (RK) Preetz, Korvettenkapitän d.R. Stefan Mödl, plante bereits Anfang des Jahres mit dem Reservistenbeauftragten, Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Spill das Vorhaben. Die Reservisten brachen auf, um die flächenmäßig größte deutsche Kriegsgräberstätte weltweit zu besuchen. Mehr als 31.700 Kriegstote haben dort ihre letzte Ruhestätte gefunden. Auf diesem Gelände unterhält der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. eine seiner vier Bildungs-und Begegnungsstätten.

Es ist ein idealer Ort für die Durchführung von Exkursionen und Weiterbildungen, da er nur etwa 20 Kilometer von der niederländisch-deutschen Grenze entfernt liegt. Zur offiziellen Übergabe der Kriegsgräberstätte am 7. November 1976 sagte der damalige Präsident des Volksbundes, Professor Dr. Willi Thiele: „Jedes Kriegsgrab ist ein Aufruf, der Gewalt zu entsagen; Kriege lösen keine Probleme, sie schaffen nur Ungerechtigkeiten und Leiden." Wie treffend für unsere heutige Zeit.

Das Thema dieses Seminars lautete unter anderem: „Overloon - Die größte Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs auf niederländischen Boden". Dazu besichtigte die Gruppe auch das Kriegsmuseum in Overloon. „Krieg gehört ins Museum". Das ist das Motto des Kriegsmuseums Overloon. Dort wird die Geschichte des Zweiten Weltkriegs präsentiert. Im Museum ist zu sehen, wie es so weit kommen konnte, dass innerhalb von fünf Jahren mehr als fünfzig Millionen Menschen ihr Leben verloren und wie die unterdrückte Bevölkerung auf erfindungsreiche Weise mit Beschränkungen und Mängeln umging. Die Befreiung und die Schlacht bei Overloon thematisiert das Museum ebenfalls.

Spurensuche, das war ein weiteres Thema für die Reservisten. Der Reservistenbeauftragte, Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Spill, hatte sich dafür das Schicksal eines Luftwaffen-Piloten ausgewählt. Obergefreiter d.R. Hauke Knabe erläuterte den Teilnehmern etwas über den Wehrmachtsangehörigen.

Hauptmann Reinhold Knacke wurde zur Nachtjagd kommandiert. Am 1. Juli 1942 wurde ihm als Flugzeugführer in der 3. Staffel des Nachtjagd-Geschwaders 1 und als Oberleutnant das Ritterkreuz verliehen. Am 1. Januar 1942 errang der seinen 40. Luftsieg. Am 3. Februar 1943 wurde er im Luftkampf mit einem Halifax-Bomber abgeschossen. Posthum wurde ihm als Hauptmann und Staffelkapitän der dritten Staffel im Nachtjagdgeschwader 1 das Eichenlaub verliehen. War Reinhold Knacke ein Held, ein Täter oder ein Opfer? Diese Einordnung sollten die Teilnehmer vornehmen, und am Abend, beim Grillen am Lagerfeuer diskutierten die Teilnehmer eifrig darüber.

Zum Besuch einer deutschen Kriegsgräberstätte gehört ebenfalls eine Kranzniederlegung zum Gedenken aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Hierzu hatten die Reservisten aus Preetz extra einen Kranz mitgeführt. Das Glockenspiel, im Zentrum der Friedhofsanlage, das alle 30 Minuten einen Choral spielt, war hierbei für alle Teilnehmer sehr beeindruckend.

Aktive Soldaten der Bundeswehr und Reservisten sind seit vielen Jahren in Ysselsteyn präsent. Sie unterstützen, durch Arbeitseinsätze auf dem Friedhof und auch in der Begegnungsstätte, die Arbeit des Stammpersonals. Sichtbares Zeichen, eine gestiftete Glocke, während eines Arbeitseinsatzes im Jahr 1995 von der damaligen Panzerpionierkompanie 510 errichtet.

Auch im nächsten Jahr wird die Kreisgruppe Holstein-Ost eine Exkursion zur Kriegsgräberstätte Ysselsteyn durchführen.

Jürgen Spill

100 Jahre Volksbund in Thüringen

Im November 1922 fand im Deutschen Reichstag die erste offizielle Feierstunde zum Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt statt.

Der damalige Reichstagspräsident Paul Löbe setzte damit ein Zeichen für den daraufhin jährlich begangenen Volkstrauertag. Im selben Jahr wurde am 22. Februar der Landesverband Thüringen im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet. Die Erinnerung an diese beiden, mittlerweile 100 Jahre zurückliegenden Ereignisse stand im Mittelpunkt zweier Veranstaltungen in Ostthüringen, die von der Reservistenkameradschaft (RK) Gera maßgeblich unterstützt wurden.

Ein besonderer Höhepunkt in Steinsdorf bei Weida war die Übergabe des sanierten Denkmals für die Kriegsopfer 1914–18 an die Gemeinde. Die RK Gera fungierte bei dieser Renovierung, die sich über zwei Jahresetappen hinzog, als Projektleitung und Verwalter der Finanzen (Sponsorengelder, Spenden und Fördermittel). Kommunale Haushaltsmittel standen nicht zur Verfügung. Als Vertreter der Hauptsponsoren nahmen aus Munster Stabsfeldwebel a.D. Rüdiger Schulz und Gattin an der Feierstunde teil. Kameraden dieses Standortes stellten 43 Prozent der Gesamtsumme im Rahmen von Sponsoring bereit.

Die kleine Ortschaft Steinsdorf verfügt damit über drei würdige Gedenkstätten: das renovierte Denkmal auf dem Alten Friedhof, ein neues Denkmal (seit 1998) für die Opfer des Zweiten Weltkrieges sowie ein Soldatengrab (beide auf dem Neuen Friedhof). Bei Letzterem handelt es sich um einen im April 1945 in der Steinsdorfer Flur getöteten deutschen Soldaten, der 1997 hier seine endgültige Ruhestätte fand. Eine solche Umbettung wäre ohne Unterstützung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge nicht möglich gewesen.

Gleichzeitig beteiligten sich Kameraden des Kreisverbindungskommandos der Bundeswehr zum Landkreis Greiz, ebenfalls überwiegend Angehörige der RK Gera, an der Gedenkveranstaltung der Stadt Zeulenroda-Triebes auf dem Friedhof im Stadtteil Triebes. Neben der Erinnerung an die oben genannten zwei Jubiläen thematisierten die Reden von Bürgermeister Nils Hammerschmidt, Pfarrer Michel Debus und Oberstleutnant d.R. Jens Bickel vor allem das aktuelle Sterben und das Leid der Menschen in der von Russland angegriffenen Ukraine sowie die damit verbundene Erschütterung der europäischen Friedensordnung mit all ihren Folgen auch für die Menschen hierzulande.

Rüdiger Söllner/Jens Bickel

Das renovierte Denkmal für die Opfer des Ersten Weltkrieges auf dem Alten Friedhof in Steinsdorf

Fotos: Heinz-Dieter Böttger

Das Grab eines Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg auf dem Neuen Friedhof in Steinsdorf

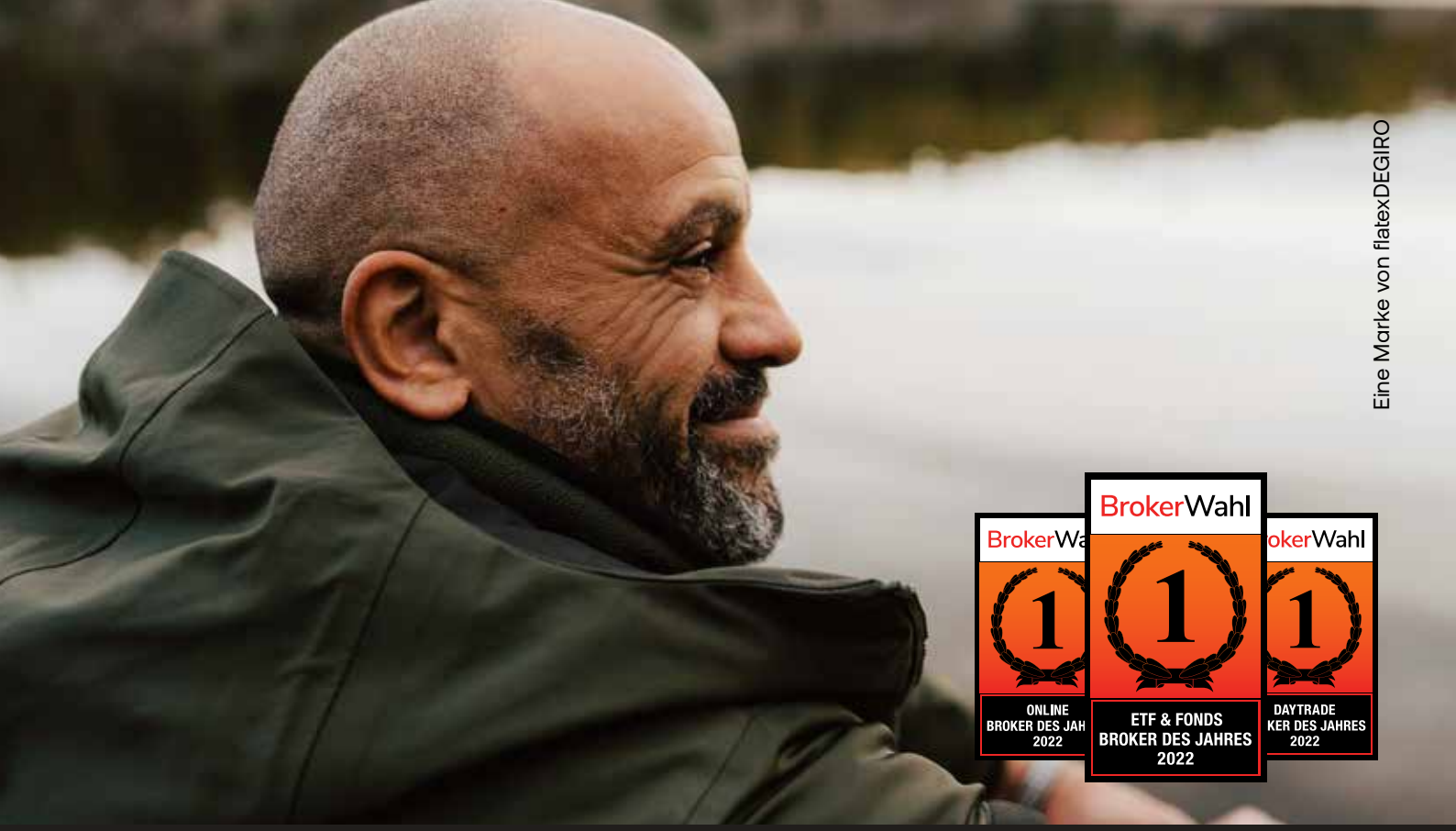
Vielversprechende Wechselwirkung

Verflechtung in Thüringen zum gegenseitigen Vorteil: Nachdem im Mai 2022 die Delegierten einen aktiven Feldwebel für Reservisten (FwRes), Stabsfeldwebel Frank Stöhr, zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten, fand nun sozusagen die Ergänzung statt. Die Reservisten leisten auch einen Beitrag. Der stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe Thüringen, Oberfeldwebel d.R. Rüdiger Krack, trat am 28. November seinen Dienst als gespiegelter Feldwebel für Reservisten beim Landeskommando Thüringen an. Irgendwie ungewöhnlich und sensationell zugleich. Es ist ein Zeichen der engen Verbundenheit zwischen Landesgruppe und Landeskommando. Das ist gelebte Kameradschaft.

Constantin Graf von Faber-Castell

Foto: Constantin Graf von Faber-Castell

Teamarbeit: Stabsfeldwebel Frank Stöhr (links) und Oberfeldwebel d.R. Rüdiger Krack



Eine Marke von flatexDEGIRO

Vorsorge, die zu Ihnen passt.

Aktien, ETF-Sparpläne und mehr

Profitieren Sie jetzt von Ihren Vorteilen
als Reservist und eröffnen Sie ein Depot:

- ✓ Kostenloses Konto
- ✓ Keine Depotgebühr
- ✓ 50 Euro Orderguthaben im ersten Jahr
- ✓ Keine Ordergebühr auf über 4.000 ETF-und Fondssparpläne
- ✓ Automatische und kostenfreie Jahressteuerbescheinigung

Jetzt informieren
und Depot eröffnen

Diese Aktion gilt ausschließlich für Mitglieder des Reservistenverbandes. Dieses Angebot gilt nicht für die Eröffnung eines Minderjährigendepots. Nach Beendigung der Aktion gelten anschließend die Konditionen gem. des zu dem Zeitpunkt der Beendigung der Aktion gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis für flatex Deutschland. Die flatexDEGIRO Bank AG behält sich des Weiteren vor, Kunden aus wichtigem Grund von diesem Angebot auszuschließen. Keine Anlageberatung. Mehr unter: **www.flatex.de/reservistenverband**

flatex
Invest in yourself

RUNDUM ABGESICHERT MIT DEM ACV.

Exklusiv für Kooperationspartner

Ob bei Panne oder Unfall, im Ernstfall ist der ACV für Sie da – rund um die Uhr. So gelangen Sie immer sicher und unbeschwert an Ihr Ziel.

Bis zu 50 € Tankgutschein sichern

ACV - der umfassende Mobilitätsschutz

Sichern Sie sich und Ihre Familie optimal ab und genießen Sie maximalen Schutz bei Pannen und Unfällen. Werden Sie heute noch Mitglied beim ersten klimaneutralen Automobilclub in Deutschland und profitieren Sie von Ihrem Partnervorteil:
Bei Abschluss einer Mitgliedschaft im **Komfort** oder **Premium** Tarif erhalten Sie jeweils einen 30 € bzw. 50 € Tankgutschein. Weiterhin sparen Sie bei vielen Partnern des ACV und erhalten weitere Leistungen im Zuge Ihrer Mitgliedschaft.

Mehr Infos unter www.acv.de/partnervorteil

acv
Automobil-Club Verkehr